

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pr. Monat. Eingereicht in der Post-Verwaltung-Preisliste für 1895 unter Nr. 7128.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Mittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, am Sonntag und Festtagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 4. Oktober 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Karl Marx

über das Kleinbauernthum

(Aus dem dritten Band des „Kapital“)

Karl Marx giebt am Schluß seiner Erörterungen über die Grundrente im sechsten Abschnitt des dritten Bandes seines theoretischen Hauptwerks eine ökonomische Charakteristik des „Parzelleneigentums“. Es ist nur ein Anfang, eine kurz hingeworfene Skizze. Vieles ist bloß angedeutet, offenbar in der Absicht, es später zu erweitern und ausarbeiten zu lassen. Und doch, wie es ist, eine kaum mit einigen Strichen angedeutete Zeichnung eines genialen Meisters, enthält es in präziser und tief erfassender Form alles, was bis jetzt für und wider den bäuerlichen Betrieb gesagt worden ist und noch viel darüber hinaus. Es erläutert, obwohl unvollkommen, obwohl ein Bruchstück, besser die Sachlage, als es sonst jemand gethan hat.

Diese Charakteristik soll hier wiedergegeben werden. Zum Zwecke einer besseren Uebersicht haben wir das Ganze, das ja aus dem allgemeinen Zusammenhang des Buches herausgerissen werden mußte, in drei Abschnitte zerlegt, deren Ueberschriften ebenfalls von uns herrühren. Sonst war es, außer mehreren Auslassungen, nur an einer Stelle notwendig, eine längere Auseinandersetzung kurz zusammenzufassen. Wenige von uns gemachte Andeutungen sind in solche [] gesetzt. Der gesperrte Druck rührt von uns her. Orthographie und Interpunktion sind nach dem Originaldruck des „Kapital“.

Allgemeine Charakteristik.

Der Bauer ist hier zugleich freier Eigentümer seines Bodens, der als sein Hauptproduktions-Instrument erscheint, als das unentbehrliche Beschäftigungsfeld für seine Arbeit und sein Kapital.

Diese Form des Grundeigentums setzt voraus, daß, wie in den früheren älteren Formen desselben, die ländliche Bevölkerung ein großes numerisches Uebergewicht über die städtische besitzt, daß also, wenn auch sonst kapitalistische Produktionsweise herrscht, sie relativ nur wenig entwickelt ist, und daher auch in den anderen Produktionszweigen die Konzentration der Kapitale sich in engen Schranken bewegt. Kapitalersplitterung vorwiegt. Der Natur der Sache nach muß hier ein überwiegender Theil des ländlichen Produkts als unmittelbares Subsistenzmittel von seinen Produzenten, den Bauern, selbst verzehrt werden, und nur der Ueberschuß darüber als Waare in den Handel mit den Städten eingehen.

Grundrente weist auch der bäuerliche Grundbesitz ab, weil die Grundrente eben der Unterschied ist zwischen den Produktionskosten auf besserem und auf schlechterem Boden, diese aber auch im bäuerlichen Betrieb verschieden sind.

Da aber die Landwirtschaft hier großen Theils als Ackerbau für die unmittelbare Subsistenz, und der Boden als ein für die Mehrzahl der Bevölkerung unentbehrliches Beschäftigungsfeld

ihrer Arbeit und ihres Kapitals besteht, so wird der regulirte Marktpreis des Produkts nur unter außerordentlichen Umständen seinen Werth erreichen.“ (D. h. der Mann verkauft gewöhnlich sein Produkt unter dem Werth.)

Als Schranke der Exploitation (der Ausnutzung des Bodens) für den Parzellenbauer erscheint einerseits nicht der Durchschnittsprofit des Kapitals, soweit er kleiner Kapitalist ist; noch andererseits die Nothwendigkeit einer Rente, soweit er Grundeigentümer ist. Als absolute Schranke für ihn als kleinen Kapitalisten erscheint nichts als der Arbeitslohn, den er sich selbst zahlt, nach Abzug der eigentlichen Kosten. So lange der Preis des Produkts ihm diesen deckt, wird er sein Land bebauen, und dies oft bis herab zu einem physischen Minimum des Arbeitslohns. . . Damit der Parzellenbauer sein Land bebauen oder Land zum Verkauf kaufen, ist es also nicht, wie in der normalen kapitalistischen Produktionsweise, nötig, daß der Marktpreis des Bodenprodukts hoch genug steige, um ihm den Durchschnittsprofit abzuwerfen, und noch weniger einen in der Form der Rente fixirten Ueberschuß über diesen Durchschnittsprofit. Es ist also nicht nötig, daß der Marktpreis steige, sei es zum Werth, sei es zum Produktionspreis seines Produkts. Es ist dies eine der Ursachen, warum der Getreidepreis in Ländern vorherrschenden Parzelleneigentums niedriger steht als in den Ländern kapitalistischer Produktionsweise. Ein Theil der Mehrarbeit der Bauern, die unter den ungünstigsten Bedingungen arbeiten, wird der Gesellschaft unisoni geschenkt und geht nicht in die Regelung der Produktionspreise oder in die Werthbildung überhaupt ein. Dieser niedrigere Preis ist also ein Resultat der Armut der Produzenten und keineswegs der Produktivität ihrer Arbeit.“

[Das die bekannte „Konkurrenzfähigkeit“ des Bauern, auf die man sich so oft berufen hat.]

Diese Form des freien Parzelleneigentums selbstwirthschaftender Bauern als herrschende normale Form bildet einerseits die ökonomische Grundlage der Gesellschaft in den besten Zeiten des klassischen Alterthums, andererseits finden wir sie bei den modernen Völkern als eine der Formen vor, die aus der Auflösung des feudalen Grundeigentums hervorgehen. So die Yeomanry in England, der Bauernstand in Schweden, die französischen und westdeutschen Bauern. Von den Kolonien sprechen wir nicht, da der unabhängige Bauer sich hier unter anderen Bedingungen entwickelte.“ [Das letztere speziell von demjenigen zu beachten, die am liebsten in ihren Kritiken den deutschen Bauer durch den amerikanischen Farmer ersetzen.]

Das freie Eigentum des selbstwirthschaftenden Bauern ist offenbar die normalste Form des Grundeigentums für den kleinen Betrieb; d. h. für eine Produktionsweise, worin der Besitz des Bodens eine Bedingung für das Eigentum des Arbeiters an dem Produkt seiner eigenen Arbeit ist, und worin, er mag freier Eigentümer oder Unterkasse sein, der Ackerbauer stets seine Subsistenzmittel sich selbst, unabhängig, als vereinzelter Arbeiter mit seiner Familie zu produciren hat. Das Eigentum am Boden ist zur vollständigen Entwicklung dieser Betriebsweise ebenso nötig, wie das Eigentum am Instrument zur freien Entwicklung des handwerksmäßigen Betriebs. [Darauf ist der Werth der Versuche zu beurtheilen, die Kleinbetrieb zu behalten unter Abschaffung des Privateigentums.]

Politische Uebersicht.

Berlin, 3. Oktober.

Die Revision im Essener Meicidsprozeß abgelehnt! Der Mechanismus unserer Rechtspflege hat sein Werk vollendet. Aus Leipzig geht uns folgendes Privattelegramm zu:

Vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts fand die Verhandlung über die von Schröder und Genossen eingelegte Revision statt. Die Revisionschrift rügte prozessuale Verstöße durch Beschränkung der Verteidigung, daß durch die Enthebung des Rechtsanwalts Niemeyer als Verteidiger die Angeklagten eine zeitlang ohne Verteidigung geblieben seien; ferner die unzulässige Verlesung des nicht rechtskräftigen Strafurtheils gegen Markgraf wegen des Artikels der „Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“; dann die Nichtinzugziehung des Verteidigers bei kommissarischer Vernehmung eines Zeugen und daß Münster mehrere Mal nach dem Eide ohne Berufung auf denselben ausgesagt habe. — Rechtsanwalt Niemeyer aus Essen vertrat die Revision. Er beantragte Aufhebung des Urtheils und Verweisung an ein anderes Schwurgericht. Rechtsanwalt Schumann beantragt die Verwerfung der Revision, da keiner der vorgeführten Gründe zu beachten sei. Die Revision wird verworfen.

Nach Eintreffen des ausführlichen Berichts wird uns eine Würdigung dieses abschließenden Aktes der Rechtsprechung in Sachen Schröder und Genossen möglich sein. Jetzt können wir nur unseren unglücklichen Genossen, die wir als Opfer einer Kette von Irrthümern der Rechtsprechung ansehen, bei dem Antritt ihrer Zuchthausstrafe unsere volle Achtung und Theilnahme aussprechen. Wir wissen uns eins in diesem Gefühl mit allen unseren Genossen in Deutschland und über die ganze Welt und hoffen, daß das Bewußtsein dieser Theilnahme für sie selbst und ihre Familien unseren schmerzgeprüften Freunden ein Trost sein wird in den Leiden, denen sie entgegengehen. —

Genosse Ilge, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, wegen Majestätsbeleidigung zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt!

Ueber die Verhandlung geht uns folgender Bericht aus Leipzig zu:

Anlässlich der Bemerkung des Kaisers beim Festessen über die „Rotte von Menschen, die nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen“ brachte die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Nummer 204 vom 3. September einen 81 Zeilen umfassenden Artikel, in dem außer einer Stelle des Trinkspruches einige redaktionelle Bemerkungen enthalten waren. Diesen Artikel druckte die „Fränkische Tagespost“ ab und knüpfte noch einige Bemerkungen daran. Wegen dieses Artikels wurde die „Fränkische Tagespost“ konfiszirt und einige Tage später am 10. September die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ mit einer Haussuchung beehrt. Von der Nummer 204 wurden 28 Exemplare beschlagnahmt und der verantwortliche Redakteur Genosse

Skizzen

(Nachdruck verboten.)

aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

56

Er dachte an nichts; auch nicht daran, daß er in der nächsten Sekunde begraben bei seinen Schätzen liegen könnte, ohne ein einziges Pfund unter seinen Fingern gehabt zu haben. Er war auf ihm jetzt. . . Ja ein dumpfer metallener Ton drang aus dem Erdloch, und ein Aufschrei des Mannes, ein Gemisch von Freude und Erschöpfung; und zugleich zog über ihm her das Unwetter mit aller nur denkbaren Macht. Der Wind piff heulend in den Bäumen und schüttelte ihre Wipfel, Blitz folgte auf Blitz in einem Lichte, dessen Farbe man nicht beschreiben kann; ein Getöse, als wenn der ganze Erdball eine riesige Paule wäre, an der ein Unstünniger wie besessen herumhämmerte und statt Tropfen fielen jetzt Eimer. Von den Abhängen auf beiden Seiten goß das Wasser jetzt in stetigem Fall; der Bach wuchs, wuchs wie rasend und trieb unten Geröll, oben schmutzigen Schaum mit sich, ein Fuß hoch, zwei . . . drei . . . Der Wall des Bierocks wurde rasch kleiner. Wenn dem Goldsucher sein Leben keinen Heller werth war, sollte er nur noch ein paar Minuten da unten bleiben. Und jetzt mußte er den Schatz haben; jetzt die Hand in die oberste Ritze stecken, um eine Faust voll hervor zu langen. Ja er langte wirklich hinein und stieß einen gellenden unnatürlichen Ton aus, der so stark war, daß er den Donner überhallte. Dann ein Gepolter, ungeheuer rasch geführte Schläge mit der Axt, ein Trampeln, ein Schreien, das Wuth anzeigt, Narrheit, Lohsucht, Verzweiflung, alles in demselben Ton. — In diesem Augenblick fällt etwas wie eine lange schwarze schattenhafte Linie herunter an der Felswand, die hinaus führt an den Bachrand zu Häupten Herrn German Winterfeld's, vom Sturm bewegt peitscht diese

Linie hin und her; und da wir keine Gespenstergeschichten erzählen, sondern etwas Wahrhaftiges und Borgefallenes, können wir gleich sagen, daß diese Linie nichts weiter vorstellte, als zwei aneinander geknüpfte lange starke rindslederne Lasso, wie sie die Gaucho's in Südamerika hinten an ihren Sätteln tragen. An diesem Lasso klettert eine behende Gestalt herab wie ein großer Affe; den Lasso in der Hand läuft sie die paar Schritte nach der Grube, verschwindet darin ebenso wenig gespenstisch, obwohl es so aussah, als wenn sie in der Unterwelt verfinstert. Zum Beweise daß dieses nicht der Fall war, kommt die Gestalt wieder in die Höhe nach einer Zeit, die ungefähr eine halbe Sekunde betragen haben mochte, aber nicht allein; denn an ihr hing schlaff wie ein Todter der bewußtlose Goldsucher. Diese beiden Gestalten scheinen wieder sehr gespensthaft in die Höhe zu steigen, just als wenn sie die Luftschiffahrt ohne Ballon erfinden hätten; aber in der That klettert die Gestalt, die aussah wie ein großer Affe, mit der Geschicklichkeit eines solchen Thieres an dem Lasso in die Höhe, weil sie auf einem anderen Wege überhaupt gar nicht mehr nach oben gekommen wäre des reißenden Wassers wegen, mit ihr Herr German Winterfeld, von dem wir vorläufig noch nicht wissen, ob er lebte oder todt war. Als die beiden Gestalten oben über der Felswand verschwinden, verschüttet das Wasser mit einem kleinen Geräusch, als wenn jemand das Schlucken hat, die Grube, die Herr German Winterfeld eben geöffnet hatte, und man sieht nichts weiter, als den dunklen Spiegel des Wassers, das sich an dem Basalt und rund um ihn bricht. —

Als Herr Winterfeld, der natürlich nicht gestorben war, wieder zu sich kam und das spürte, was man Bewußtsein nennt, wußte er vorläufig weder wo er sich eigentlich befand, noch viel weniger, was eigentlich mit ihm vorgegangen war. Er schlug seine Augen auf und die erste Empfindung, die er hatte, war die, daß diese Bewegung ihm außergewöhn-

liche Mühe verursachte. Er sah dann starr vor sich hin und versuchte irgend etwas zu denken, ohne einen Gedanken zu finden; nicht der lächerlichste und einfachste Gedanke fiel ihm ein; auch hörte er nichts, keinen Ton weiter als ein eigenthümliches Summen, das aber nicht von außen, sondern aus seinen eigenen Ohren zu kommen schien. Also hörte er doch etwas, wenn man es recht nehmen will. Und er sah auch etwas, aber nur Licht im allgemeinen. Er sah wieder gerade aus mit eigenthümlich gläsernen Augen und dann erkannte er ein Paar Hände und eine Bettdecke, auf der diese lagen, wie ein ruhiges friedliches altes Ehepaar zur Morgenstunde. Zu der Bettdecke fand sich auch ganz allmählig ein Bett hinzu und zu dem Bett ein Raum, in dem dieses stand. Anfänglich konnte er diesen Raum nicht begrenzen und er erschien ihm wie die Verkörperung der Unendlichkeit; aber nach einer Weile erschienen vor ihm ein paar Wände, die den unendlichen Raum abschlossen zu einem wirklichen Zimmer mit einem Fenster, vor dem sich irgend etwas Grünes befand. Als dieses Grün ihn näher anzog, wurde es gelb und roth und blau und es schien ihm, als wenn das ganze Zimmer mit seinen Wänden, dem Bett, der Decke und seine Finger in diesem Farbenspiel zu einem unbestimmten tanzenden Ding verschwamm, das ihn ganz unwillkürlich dazu zwang, seine Augenlider wieder zu schließen. Er konnte nicht sagen, wann und wie er sie wieder zum zweiten Male öffnete; aber hierbei konnte er genau feststellen, daß das eben erwähnte Paar Hände ihm selber angehörte und daß es entsetzlich mager war und daß die dünnen Finger lange weiße Nägel trugen. Daß es wirklich seine Hände waren, merkte er daraus, daß sie sich regten, wenn er den Wurf dazu verspürte. Und er verspürte ihn mehrere Male hintereinander und es machte ihm ein ungeheures Vergnügen zu sehen, wie sich die Finger in ihren Gelenken bewegten. Und wenn er sah, mußte er Augen haben; und wenn er Augen

Richard Illge verhaftet. Am 13. September, abends 6 Uhr, wurde Illge gegen Stellung von 10 000 Mark Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen. Wegen Illge wurde gleich seinem Nürnberger Kollegen Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben. Er hatte sich am 3. Oktober vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Leipzig zu verantworten. Am 1. Oktober ist der verantwortliche Redakteur der „Frankischen Tagespost“ Genosse Dehne wegen dieses Artikels vom Schwurgericht von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen worden. Illge wurde von H. A. Otto Freitag, Leipzig, die Anklage durch Staatsanwalt Dr. Lange vertreten. Die Verhandlung war öffentlich. Nach Verlesung des Artikels erklärte Illge, daß er nicht selbst der Verfasser sei, aber den Artikel in der Korrektur kennen gelernt, eingehend geprüft und keine Majestätsbeleidigung gefunden habe. Staatsanwalt Dr. Lange beantragt, da Illge nur die Bürgerrechte besucht und Schriftsteller gelernt und er nach seinem ganzen Bildungsgrade gar nicht befähigt ist, politische Vorträge zu beurteilen, er somit nur Sühndredakteur sei, auf Gefängnisstrafe zu erkennen, und bei der Strafbemessung zu berücksichtigen, daß die Beleidigung eine große und zu einer Zeit geschehen sei, wo das entwickelte patriotische Gefühl zum Ausdruck gekommen ist und somit die Beleidigung verheerend wirken mußte. Es war während der Verhandlung festgestellt worden, daß Illge seit sechs Jahren als Redakteur tätig ist. Rechtsanwältin Freitag plädierte für Freisprechung und wies darauf hin, daß die Kritik der Rede eine sehr ruhige gewesen und der Redakteur der „Frankischen Tagespost“ wegen desselben Artikels freigesprochen worden ist. Das Gericht verurteilte Illge zu fünf Monaten Gefängnis. In dem Artikel hat das Gericht aus seinem Zusammenhange die Beleidigung gefunden. Aus der Fassung der Artikel habe man angenommen, daß der Verfasser beabsichtigt hat, den Kaiser zu beleidigen.

Die „Thüringer Tribune“ soll wohl zu Tode konfiszirt werden. In den letzten vier Wochen wurden neun Nummern unseres Bruderorgans konfiszirt. Die von den Gegnern erhoffte Wirkung wird aber nicht eintreten, da der Abonnentenstand des wackeren Blattes gerade in der Epoche der Konfiskation sich sehr stark gehoben hat.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe befindet sich auf einer Rundreise an den deutschen Höfen. Gestern hat er mit dem Prinzregenten und den Ministern konferirt. Heute hat er sich nach Stuttgart begeben. Was dabei für das Volk herauskommt, müssen wir abwarten. —

Ein freisinniger Ober-Bürgermeister als Bürgerkriegs-Trompeter. Herr Ober-Bürgermeister Dr. Baumbach in Danzig scheint sein Durchfall im fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis so sehr in die Glieder gefahren zu sein, daß ihm in der Besorgnis vor dem Wachstum der Sozialdemokratie alle staatsmännliche Besonnenheit abhanden gekommen ist. Bei der äußerst passenden Gelegenheit, als am 1. Oktober in Langfuhr, einer Vorstadt von Danzig, die 3. und 4. Eskadron des 1. Leib-Gusaren-Regiments ihre neue Garnison bezogen, hielt zu Ehren des Einzugs Herr Dr. Baumbach eine Begrüßungsansprache an den Kommandeur des Regiments, in der er, nach der „Danziger Zeitung“, Herrn Ricker's Organ, sagte:

„Mögen wir uns in der Folgezeit, Dank den friedlichen Bestrebungen unseres erhabenen Kaisers, noch lange des Segens des Friedens erfreuen, oder mögen uns ernste schwere Zeiten und Konflikte mit anderen Nationen beschieden sein, mögen sich die inneren Verhältnisse in Deutschland und Preußen friedlich sortieren, oder mögen uns schwere innere Kämpfe bevorstehen, wir werden treu zu Kaiser und Reich stehen und gleichviel, ob wir des Königs Noth oder das höchste Kleid des Bürgers tragen, wir Danziger sind und bleiben gut kaiserlich!“

Herr Dr. Baumbach im schlichten Kleide des Bürgers malt also die Möglichkeit an die Wand, daß nicht auf friedliche Weise, also doch durch den Bürgerkrieg unsere inneren Streitfragen ihre Lösung finden. Ueber die Geschmackswidrigkeit, als Bürgermeister eine solche Ansprache an Soldaten zu halten, wollen wir mit diesem freisinnigen Bürger uns nicht weiter auseinandersetzen. Uns ist diese Ansprache ein Symbol dafür, wie das Bürgerthum, jeder eigenen Würde verfeßend, Miene macht, sich unter den Schutz der Bajonnette zu flüchten. —

hatte, die sehen und Fingern, die sich rühren konnten, so mußte er nothwendigerweise da sein und leben. Dieser ganze Vernunftschluß kostete ihm aber ziemlich geraum Zeit Nachdenkens und ein mehrmaliges Schließen der Augen. Zum dritten Male sah er schon sehr klar; denn er erkannte deutlich das Eigengitter an dem Fenster und bemerkte, daß hinter demselben große lichtgrüne Bananenblätter hin- und hergeschwankten, wie ein wehender Schleier, und zuletzt entdeckte er sogar ein kleines Kolibriflößchen in der oberen Fensterecke, und sein Auge war so stark geworden, daß es die zwei dünnen Zwirnsfäden sah, an denen das Nest hing, und darin sah das Kolibriflößchen, das ihn selber aufmerksam zu betrachten schien. Denn als Herr German Winterfeld unausgesetzt starr nach dem kleinen Nest hinsah, fühlte sich das kleine Vögelchen augenscheinlich belästigt, erhob sich mit einem eigenthümlich cholertischen Brummen von seiner Niststätte, zitterte einen Augenblick vor dem Fenster hin und her und schob dann durch das Gitter davon wie ein glühender Funke, der vom Amboss stiebt. Alles, was Herr German so sah, war leicht genug zu begreifen für einen andern Menschen; für ihn war es aber nur sehr schwer und sehr langsam möglich, und nachdem er den dünnen Fäden, an dem das Nest hing, eine Zeit lang betrachtet hatte, war er so ermüdet und das glühende Gefieder des Vogels brannte ihm so in das Auge, wie wenn ein wirklicher Funke in dasselbe gefallen wäre; und er schloß es ermüdet für eine lange Zeit. Als er wieder erwachte, sagte er zu sich, daß er wohl geschlafen haben mußte; und eine Frau, die im selben Augenblicke an sein Bett trat, seine alte braune Dienerin, sagte ihm mit einer wohlklingenden gedämpften Stimme dasselbe. Die Frau war eine Indianerin, aber sie sprach ein sehr reines und gut betontes Spanisch.

So kam allmählig Herr Winterfeld immer mehr zu sich. Er mußte mit Interesse jeden Gegenstand in dem ganzen Zimmer von dem Rücken her, das über seinem Bett hing, bis zu dem Schranke aus Zedernholz, der in der gegenüberliegenden Ecke stand. Sein Kopf brauchte noch immer eine unverhältnißmäßig lange Zeit, bis er jedes einzelne Ding begriff und erfaßte; jedoch schließlich kam er immer dahinter. Am Ende auch dahinter, daß er lange Zeit krank gewesen sei, schwer krank, nach seinen mageren Fingern zu urtheilen, und daß er jetzt in der Genesung begriffen sei.

(Fortsetzung folgt.)

Die Braunschweiger Erbfolgefrage ist richtig auf die Tagesordnung gesetzt. Es wird in der Presse das für und das Wider diskutiert — gesetzliche und politische Argumente werden ins Feld geführt. Wer in derartigen Dingen Bescheid weiß, der weiß auch, daß es dabei nicht auf das Gewicht der Gründe ankommt, sondern auf das Gewicht, das heißt die Macht derer, welche mit den „Gründen“ manipuliren. Und im vorliegenden Falle läßt das Ergebnis und der Inhalt der ganzen Diskussion sich in die Worte zusammenfassen: Braunschweig soll annektirt werden.

Wir haben keine Veranlassung, uns in der Sache irgendwie zu erwärmen, oder gar zu erhitzen. Wir wollen nur feststellen, daß abermals in drastischer Weise belundet wird, wie wenig Werth heutzutage das Gottesgnadenthum in den Augen derjenigen hat, die es salbungsvoll im Munde führen und gegen die sogenannten Umsturzparteien zu verfechten behaupten. Unser Schade ist es nicht, wenn die angeblichen Grundlagen des Thrones und Altars von den Thron- und Altarwächtern und -Stützen selbst untergraben und revolutionären Möglichkeitenbrüchlingen geopfert werden. —

Bruder Heinrich freigesprochen! Aus Aachen, 3. Oktober, erhalten wir folgende Depesche:

Im Prozeß gegen den Aachenerbruder Heinrich wurde heute in später Nachmittagsstunde das Urtheil gefällt. Bruder Heinrich wurde freigesprochen. (Siehe Gerichtsberichte.)

Bruder Heinrich freigesprochen, Schröder und Genossen ins Zuchthaus! Das ist der Lauf der Welt!

Hammerstein's Verfahren. Aus einer und als zuverlässig bekannten Quelle erfahren wir, daß Herr von Hammerstein sich schon vor einiger Zeit in Havre auf einem Salondampfer der Compagnie Transatlantique nach Amerika eingeschifft hat. Man nimmt nun an, daß er sich dort nach Washington gewandt habe, woselbst ein Verwandter von ihm (Herr Legationsrath v. Kettler) im Reichsdienste thätig ist. Herr v. Kettler wird über diesen Besuch sicherlich wenig erbaunt sein.

Der Papst hat sich wieder einmal interviewen lassen — und zwar diesmal von einem Russen, einem Berichterstatter der „Nowoje Wremja“. Mit diesem Herrn unterhielt sich der Heilige Vater zunächst über die katholische Doktorfrage, der Vereinigung aller christlichen Kirchen und äußerte sich dann, nach dem Berichte des Interviewers, wie folgt:

„Die Geistesfreiheit muß national sein. Sie wissen vielleicht, welche Fortschritte die katholische Kirche in England macht. Selbst in den Vereinigten Staaten erhält sie Einfluß, und dies ohne Zuthun des päpstlichen Stuhles. Das ist das natürliche, die Wahrheit muß siegen. Was die orientalische und römische Kirche betrifft, so waren diese bis zur Trennung von einem Geiste befeuert. Selbst vom sozialen Standpunkt erschienen die Resultate der Vereinigung groß. Gegenwärtig haben wir keinen wahren Frieden. Alles stützt sich auf die Bajonnette, daher befinden sich alle Staaten im Zustande bewaffneter Lager. Die Ideen, Kunst, Wissenschaft und Handwerk können sich nicht entwickeln. Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen kann der menschliche Geist kaum zur vollen Geltung gelangen. Welch' großartige Erfindung aber wäre es, wenn eine Aera des wirklichen Friedens anbräche, wenn die Geschütze, die Gewehre bei Seite geworfen und internationale Fragen durch freie Berathung der europäischen Herrscher und des Papstes entschieden würden.“

Ueber die Polen äußerte sich der Papst: „Ich habe immer wieder allen Polen gesagt: Erkennt die religiöse Seite von der Politik, laßt von dieser! Die historischen Geschehnisse waren derart, daß ihr die Selbstständigkeit verloren habt und einer Macht euch unterordnen müßt. Ihr müßt ihr gehorchen, anders kann ich auf eure Beziehungen zu Rußland nicht mein Augenmerk lenken. Auch in meiner Enzyklika an die Polen sprach ich dasselbe aus.“

Hinsichtlich der Sozialisten äußerte sich Leo XIII.: „Die Besserung der ökonomischen Bedingungen, die größere Thätigkeit der Kirche wird den Sozialismus verschwinden machen oder doch verändern. Schon jetzt ist eine Besserung bemerkbar, wo die Kirche in dieser Beziehung viel that. Ueberhaupt wird die Kirche, die Geister erleuchtend, für die moralische Entwicklung der Massen sorgend, dazu beitragen, daß jede anti-soziale Erscheinung, wie die Sozialdemokratie und der Nihilismus von selbst verschwinden

Die nationalökonomischen Ferienkurse des Vereins für Sozialpolitik.

In unseren Nachbarländern sehen wir überall eine Bewegung mit der Tendenz, die Schätze, welche die universitäre Wissenschaft zu Tage gefördert hat, den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Die London-Society for the Extension of University Teaching konnte auf ihrer Jahresversammlung von Ende 1894 mit Stolz darauf hinweisen, daß sie 42 Serien von 152 Kursen im Jahre 1893/94 abgehalten habe, die sich auf acht Monate erstreckten und von 15 865 Zuhörern besucht wurden. Beim Volke der Denker und Dichter dagegen spannt sich die Wissenschaft völlig in die Hörsäle der Universitäten ein und führte in ihrer jüngsten Verfassung ein vollkommen für sich abgeschlossenes Dasein, ohne daß sie von weiteren Kreisen irgendwie erheblich beachtet worden wäre.

Der Sozialismus ruht auf festen wissenschaftlichen Grundlagen. Sein Vordringen ist daher mit der Verbreitung der modernen Wissenschaft identisch. Wollten also die Arbeiter den Sozialismus propagiren, so mußten sie gleichzeitig und in der richtigen Erkenntnis, daß Wissen Macht sei, für die Verbreitung echter Wissenschaft thätig sein. Auch erkannten sie bald, daß in ihrem schweren Kampfe gegen den Kapitalismus und den Polizeistaat die Wissenschaft eine ihrer schärfsten Waffen sei. Aber diese Waffen fanden sie nicht in den Universitäten; ihr Arsenal hatten andere Männer eingerichtet. So entstanden in Deutschland vornehmlich in Verbindung mit Nationalökonomie sozusagen zwei wissenschaftliche Heerlager: auf der einen Seite die Wissenschaft der Universitäten in Dienst und Auftrag des Staates und der herrschenden Klassen in theoretischen Klagen oder historischem Schutze ihre hohe Aufgabe findend, und auf der anderen Seite die Wissenschaft der Arbeiter in der Verführung mit dem praktischen Leben gezeugt und fortwährend in thätigstem Kampfe betätigt und erprobt.

Als nun vor einigen Jahren die Christlich-Sozialen auf den Plan traten, mußten sie die Erfahrung machen, daß die Pastoren und ihre sonstigen Führer in spo in himmlischen Dingen zwar gut beschlagen waren, in ökonomischen weltlichen Sachen dagegen recht unwissend waren. Wollten sie sich also zu lästigen Führer herabwinden, so mußten sie ihnen wenigstens das A. B. C. der Volkswirtschaft beibringen, und zu diesem Zwecke entstanden die evangelisch-sozialen Kurse. Jetzt wurde die Lage für die Universitätswissenschaft prekär. Die Arbeiter standen ihr gleichgültig, ja feindselig gegenüber. Jetzt traten nun die Christlich-Sozialen auf, denen sich die entschieden sozial-reformerisch gefärbten jüngeren Universitätslehrer (nur Adolf Wagner gehört der älteren Generation an, nahm aber auch schon vorher als Schüler und Verehrer von Rodbertus eine Sonderstellung unter den Professoren ein) angeschlossen, und machten der altererbten Universitätswissenschaft auch noch die gebildeten

müssen. Auf die Frage des Berichterstatters, ob er das Gespräch in der „Nowoje Wremja“ veröffentlichen dürfe, entgegnete der Papst: „Indem ich mit Ihnen sprach, wünschte ich, mit allen Ihren Landsleuten zu sprechen.“

Wo das Interview war, welches am 17. September stattgefunden haben soll — ob am 17. alten oder neuen Stils, daß ist nicht gesagt.

Die Neuperungen, die dem Papste in den Mund gelegt sind, können sehr wohl von ihm herrühren. Ähnliche hat er schon gethan. Von Interesse sind nur die Bemerkungen über den Militarismus. Es wäre bloß zu wünschen, daß der Papst seinen Worten entsprechend handelte.

Warum läßt er auf seine folgamen Getreuen keinen Einfluß aus? Warum hindert er z. B. nicht die durch und durch katholisch-rechtgläubige Regierung von Belgien, sich Hals über Kopf in den Militarismus zu stürzen.

In Bezug auf den Sozialismus ist der Heilige Vater noch immer schlecht unterrichtet. Wenn er glaubt, der Katholizismus habe durch Beförderung der ökonomischen Lage dem Sozialismus schon viel Wasser abgegraben, so ist er entweder von seinen Berathern arg getäuscht worden oder er hat sich selbst arg getäuscht. —

Die armenischen Unruhen in Konstantinopel sind bedeutend eristeren Charakters noch, als es anfangs ersahen, und können ernste Folgen haben. Leider ist es, da die Interessen der türkischen Regierung und der widersprechenden der europäischen Mächte dabei hineinspielen, nicht möglich, den einlaufenden Berichten völlig zu trauen. Die Straßensituation soll, wie von türkischer Seite berichtet wird, schon von langer Hand vorbereitet gewesen sein; ihr Zweck soll gewesen sein, die Mächte zur Intervention zu Gunsten der Armenier zu zwingen. Wahrscheinlich wäre aber die Demonstration ganz friedlich verlaufen, wenn die Polizei nicht brutal dazwischengefahren wäre. Ihr Zweck soll bloß die Ueberreichung einer Bittschrift an den Großvezier (Reichskanzler) gewesen sein. Sie ist von den armenischen Armeniern ausgegangen, die Reichen hatten sich bemüht, sie zu verhindern.

Einige gestern Nachmittag in Galata (einer Vorstadt von Konstantinopel) vorgenommene Verhaftungen von Armeniern nahmen wieder einen blutigen Verlauf. Viele Geschäfte in Stambul blieben geschlossen. Montag Nacht wurde ein armenischer Bureaudienster der orientalischen Bahn, ungeachtet der Verwundung seines türkischen Hausherrn, unter Drohung durch die Polizei gezwungen, sein Wohnhaus zu verlassen. Heute Vormittag wurden alle armenischen Briefträger der orientalischen Bahn verhaftet. Ähnliche Szenen und Fälle von Todtschlägen, wie in der Nähe der Pforte am 30. September, sollen am gleichen Tage Nachmittags am At-Meidan und in der Nähe der Sophien-Moschee stattgefunden haben. Für die Aufreizung der türkischen Bevölkerung bei diesen Gewaltthätigkeiten und für die festgestellten Einzelfälle inkorrektten Vorgehens der Gendarmen und der Polizei wird Haussein Oeffendi, der Adlatus des Polizeiministers, verantwortlich gemacht.

In der Vorstadt Kassin-Pascha am Goldenen Horn haben zahlreiche Verhaftungen, die während der Nacht vorgenommen wurden und von denen viele wieder einen blutigen Ausgang nahmen, eine große Panik hervorgerufen. Die Bevölkerung flüchtet in großer Zahl in die Kirchen; die Aufregung ist im Steigen begriffen, insbesondere unter der armenischen Bevölkerung, welche die allerdings nicht nachzuweisende Behauptung aufstellt, daß die Türken bei den Waffenhändlern auffällig große Käufe machen.

Offiziell wird der Verlust der Türken auf 7 Offiziere und 45 Mann an Todten und Verwundeten angegeben; auf armenischer Seite ist er bedeutend höher. Londoner Blätter geben die Zahl der Getödteten verschieden an. Ihre Angaben schwanken zwischen 30 und 200. Die Vertreter der fremden Mächte haben der Pforte zur Mäßigung gerathen. Man scheint in diplomatischen Kreisen den Ausbruch des muslimänischen Fanatismus gegen die Christen zu fürchten, wodurch die Gefahr eines großen Krieges heraufbeschworen werden könnte. Der Sultan soll in großer Angst sein, er entzieht sich dem Anblicke der Menschen und hat den Empfang fremder Fürstlichkeiten verweigert. Er ist bekanntlich erblich belastet. Sein Bruder Mahmud leidet seit Jahren an unheilbarem Wahnsinn. Das einzige, was der Sultan verfügte, war die Entziehung des Großveziers. —

Kreise absprengt. Das konnte so nicht weiter gehen, wenn nicht der in langen Jahren mühsam angehäufte Reich der Professoren zum Teufel gehen sollte. So machten sie sich denn in ihrem Verein für Sozialpolitik daran, einen Ferienkursus mit 14 Vortragszyklen einzurichten und hierzu Beamte und gebildete (1) Frauen als Theilnehmer einzuladen. Als Vortragende fungiren die berühmtesten Korpsbäden professoral-nationalökonomischer Wissenschaft in Deutschland Geh. Hofrath von Miaskowski, Geh. Regierungsrath Conrad, Staatsrath Schmolzer, Geh. Hofrath Brentano, die Professoren Knapp, Neumann, Sering u. s. w., als radikalere wurden Bucher und Philippovich, als Köder für die Christlich-Sozialen Wagner hinzugezogen, während der Privatdozent Oldenberg zum Vernichter der Sozialdemokratie engagirt wurde.

Statt sich nun wie in anderen Ländern an alle Kreise zu wenden und vor der Wissenschaft wenigstens alle Stände gleich sein zu lassen, richtete man die Einladung nur an die nach Bildung und Besitz maßgebenden Kreise und suchte auch durch den hohen Eintrittspreis von 25 Mark den unteren Klassen die Früchte aus dem Garten der Wissenschaft vorzuenthalten. Vielleicht in der ganz richtigen Erkenntnis, daß diese Früchte denn doch etwas gar zu trocken gerathen möchten und daher den Arbeitern, die an fastigere, nahrhaftere Kost gewöhnt sind, nicht munden würden.

Damit soll keineswegs die Bedeutung dieser Kurse für die oberen Klassen herabgesetzt werden. Es ist gewiß, auch von unserem ganz andersartigen Standpunkt aus, nur zu begrüssen, wenn den Herren Fabrikanten, Regierungsdassessoren, Kaufleuten u. s. w. zum ersten Mal in ihrem Leben gesagt wird, wie unbillig es sei, es einfach als selbstverständlich anzusehen, wenn ein Kaufmann bei günstiger Konjunktur seine Waaren theurer verkauft, dagegen mit stiller Entrüstung über die Unverschämtheit der Arbeiter zu schelten, die sich erfreuen, bei günstiger Konjunktur für ihre einzige Waare, ihre Arbeitskraft, einen höheren Preis zu fordern; oder wenn ausgeführt wird, wie inkonsequent es sei, bei sinkender Konjunktur dem Arbeiter zuzumuthen, sich einen Lohnabzug gefallen zu lassen, bei steigender Konjunktur aber über den Lohnhöhung heischenden Arbeiter außer sich zu gerathen. Wer bei diesen oder ähnlichen Auseinandersetzungen die erstaunten Gesichter der Hörer durchmustert hat, der muß diesen Kursen einen beträchtlichen Werth zuerkennen. Andererseits zeigt sich aber auch gerade hieran, wie breit die Kluft ist, die in unserem Volke gähnt zwischen herrschenden und beherrschten Klassen. Gewerkschaft, Streik, Boykott, Organisation und dergleichen Begriffe, die jedes Profetarierkind schon mit der Muttermilch einfaugt, müssen dem Verstandnis der oberen Klassen erst mühsam und auch nur schüchtern näher gebracht werden.

Ein großer Theil der Vorträge bringt, wie ja leicht erklärlich, nur leichte Oberflächlichkeiten und Allgemeinbheiten, wie der Miaskowski'sche, der nur auf Klame für die Kolonisation im Osten Deutschlands hinausläuft. Ob die begrifflichen Auseinandersetzungen von Neumann auch nur der Hälfte der Hörer verständig

Deutsches Reich.

Die Viehdurchfuhr durch den Nord-Ostsee-Kanal ist unter folgenden Bedingungen gestattet: Thierische Abfallstoffe dürfen während der Fahrt nicht entfernt, insbesondere nicht in das Kanalwasser geworfen werden.

Münster i. Westf., 8. Oktober. Gestern und heute Nacht fanden hier Volksansammlungen vor dem Rathhause und dem Regierungsgebäude statt wegen einer Polizeiverordnung, wonach sämtliche Wirthschaften um 11 Uhr Nachts schließen müssen.

Weshalb denn die Verhaftungen?

Riel, 2. Oktober. (Eig. Bericht.) Doppelte Strafvollstreckung für Majestäts-Beleidigungs-Sünder! Auf der kaiserlichen Werts zu Riel erhielt ein Arbeiter nach annähernd 15jähriger Beschäftigung seine Entlassung, weil, wie ihm sein Meister nach langem Zögern mittheilte, die Werts von der Staatsanwaltschaft die Mittheilung empfangen hatte, daß er wegen Majestätsbeleidigung mit 2 Monaten Gefängnis bestraft sei.

München, 1. Oktober. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion brachte folgenden Antrag ein: Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen: Es sei an die Staatsregierung das Ersuchen zu richten, dieselbe wolle baldmöglichst, jedenfalls aber noch während der gegenwärtigen Legislaturperiode, dem Landtag den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes zur Verhandlung und Beschlußfassung unterbreiten.

Brüssel, 8. Oktober. Der Völkerrechts-Kongreß nahm einstimmig einen Antrag an, welcher eine internationale Uebereinkunft als die einzige zweckmäßige Lösung der Streitfälle in Sachen der Schiffszusammenstöße bezeichnet.

Wien, 8. Oktober. Der Kaiser hat die von dem Reichsrath beschlossene Verfassung des Reiches genehmigt.

Budapest, 8. Oktober. Zum Kampfe gegen die Zivilehe. Der „Magyar Hirlap“ meldet: In den Ortschaften Trezsenä und Turdossin drangen die Einwohner in das Amtsbüro des Matrikelführers, zerrissen die Bücher und vertrieben den Matrikelführer. Das von dem Vorgange

ich sind, möchten wir bezweifeln, mehr Zweck hätte es entschieden, wenn er die Steuern mehr von ihrer materiellen Seite her betrachten wollte.

Das Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

Daß Hofrath Brentano, der ja professionell vom Sozialisten tödtet, sich die Gelegenheit nicht entgehen läßt, Karl Marx zu vernichten, ist so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn es anders wäre.

verständigte Einrichteramt verfügte, daß die Matrikelführer nöthigenfalls unter Anwendung von Gewalt wieder in das Amt eingeführt werden. Einige Geistliche, welche der Aufreißung der Bevölkerung beschuldigt werden, sollen verhaftet und das gesetzliche Verfahren gegen dieselben eingeleitet worden sein.

Damit ist der Widerstand der Geistlichkeit gegen die Zivilehe und die staatlichen Zivilstandsämter in ein neues Stadium getreten. Da aber die Bischöfe den Frieden mit der Regierung haben wollen, dürfte dieser Fall sich kaum noch wiederholen.

Italien.

Rom, 8. Oktober. Mehrere Blätter behaupten, die von Crispi geplante Reise nach Sizilien sei aufgeschoben worden und zwar auf Antrag des Präsidenten von Palermo, welcher dem Ministerpräsidenten einen Bericht zugesandt hat, in welcher er von der Reise abrät, da er für die Folgen nicht einstehen könne.

Afrika.

Kampj in Madagaskar. Der „Frankfurter Zig.“ wird aus Paris gemeldet, daß die mit dem neuen Madagaskar-Kourier eingetroffenen Korrespondenzen von dem Kampje bei Andriaba berichten. Der Korrespondent des „Temps“ meldet, die Hovas seien von den Engländern Graves und Henning besetzt, welche sämtliche Schiffe richteten. Die Hovas erwiderten längere Zeit das Artilleriefeuer; erst Mörser-Granaten, welche große Zerstörungen in ihren Reihen anrichteten, zwangen sie zur Flucht.

Kürst Bismarck

und Herr v. Hammerstein.

Herr v. Hammerstein ist unbehagen geworden. Gar viele, die ihm nahe gestanden, erinnern sich seiner nicht mehr. Auch die früheren nahen Beziehungen des Fürsten Bismarck zu dem ehemaligen Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“ werden von dienstfertigen Federn in den „Hamburger Nachrichten“ und anderen Bismarck-Blättern in Abrede gestellt. Da fällt uns nun aus unserer Hammerstein-Mappe ein Beweisstück in die Hände, aus dem hervorgeht, wie über jene Beziehungen und seine ganze politische Stellung sich Herr v. Hammerstein selbst in Gegenwart der Abgeordneten v. Vandemer, Selesen, v. Below, Saleste, v. Braunschweig-Wollin, v. d. Marwitz-Wundichow u. a. ausgesprochen habe.

Sollten sich jedoch die konservativen Herren, gleich Herrn Dr. Kropatsch, zwar eines sehr guten Gedächtnisses erfreuen, sich aber beim besten Willen nicht mehr erinnern können, wo und wann sie diesen oder einen ähnlichen Vortrag ihres ehemaligen Generalgewaltigen mit brausendem „Bravo“ entgegengenommen haben, so wollen wir, hilfreich wie immer, gleich bemerken, daß das „Bravo“ in dem hinterpommerschen Städtchen Stolp, im Jahre 1888 ertönte und zwar am 5. November, abends 9 Uhr 30 Minuten.

Herr v. Hammerstein aber sprach:

Meine Kandidatur ist zum Theil aus sehr persönlichen Momenten angefochten. Es ist nöthig auf diese Angriffe näher einzugehen. Seit 12 Jahren vertritt ich diesen Wahlkreis. Als ich vor 12 Jahren zum ersten Male vor meine Wähler hintretend und meine Grundzüge entwickelte, waren es durchaus dieselben, wie heute. Mein Wort, das ich damals gesagt, werde ich heute zurücknehmen. Ich war damals der ganz entschiedenen Meinung, daß es hohe Zeit sei, endlich für die produktiven Stände einzutreten, das das Handwerk schwer darniederlag, daß es Zeit sei, eine Wirtschaftspolitik zu verlangen, die zu einer Aenderung führe. Ich hatte die Ansicht, daß der Kulturkampf, der damals noch in hellen Blumen loderte, beendet und Mittel gefunden werden müßten, den konfessionellen Frieden wieder herzustellen. Man hat mir damals wie heute den Vorwurf gemacht: ich stehe im Gegensatz zur Staatsregierung. Was haben diese Angriffe für eine Berechtigung? Damals hatten sie eine sachliche Berechtigung. Damals herrschte der Liberalismus noch unbedrängt in unseren Parlamenten, damals war das Manchesterthum noch die Summe aller politischen Weisheit. Camphausen verkündete als die Summe der Finanzpolitik den Grundsatz, daß es nur darauf anläge, keine Zinsen zu verlieren. Delbrück sprach den Satz aus: Der Staat sei nicht im Stande, die Steuern zu schätzen. Dieser Auffassung trat ich allerdings diametral entgegen. Der Staat hat gerade die Pflicht, die Schwachen gegen das Manchesterthum zu schützen; er hat die Aufgabe, Mittel zu finden, um den kleinen Ständen auszuweichen. . . . Als Eugen Richter die Steuer- und Wirtschaftsreformer, zu denen auch ich gehörte, „Bauernfänger“ nannte, da war im ganzen Abgeordnetenhaus nur einer, Herr von Below-Saleste, der diesem schwachvollen Angriff entgegentrat. Damals war meine Stimmung dafür, daß es eine Ehre sei, die nothwendige Landwirtschaft zu schützen. Herr Richter war in der Lage, Herrn von Below gegenüber zu revolviren. Ich bin damals nach Berlin gereist, um Richter zu zwingen, den Vorwurf zurückzunehmen, und er hat das denn auch in einer Erklärung gethan.

Als man mich 1876 wählte, machte man mir auch den Vorwurf, ich stehe gegen Bismarck. Als meine Wähler mich 1881 in den Reichstag schickten, da berief mich der Reichskanzler telegraphisch nach Paris und besprach sich dort mit mir zwei Tage lang; er beklagte, wünschte mich zu meiner Wahl und hieß mich willkommen als Mitglied des Reichstages, weil ich der beste Vermittler zwischen den Konservativen und dem Centrum sei. Wir besprachen weiter die Organisation der konservativen Partei und wie dem Kulturkampf ein Ende zu machen sei. Ich führte das nur an, um zu zeigen, daß man andere Wege gehen kann und doch auf dem richtigen Wege ist. . . .

Weiter trete ich dem mir auch jetzt wieder gemachten Vorwurf entgegen, daß ich im Gegensatz zur Regierung stehe. Wer ist denn die Regierung? Sind es die Minister, oder der Reichskanzler? Bei uns wird die Regierung durch S. Majestät den Kaiser geführt, und Kaiser Wilhelm hat bisher bewiesen, daß er ein sehr persönliches Regiment beabsichtigt. Ich bin weit entfernt, den Kaiser in die Debatte zu ziehen. Wenn aber jemand der Meinung sein sollte, es sei der Wunsch des Kaisers, den rechten Flügel der konservativen Partei überhaupt gleich seinen rechten Flügel, aber man braucht einmal diesen Ausdruck — aus dem Parlament verschwinden zu lassen, der befindet sich in einem großen Irrthum. . . .

Was die Waldsee-Versammlung betrifft, so ist dabei hervorzuheben, daß der Kaiser, damals noch Prinz, und seine erlauchte Gemahlin Gegenstand der schwachvollsten und schamlosesten Verdächtigungen gewesen sei. . . .

Herr v. d. Osen-Jannewitz hat erklärt, daß er unter seinen Umständen ein Mandat annimmt. . . .

Mein kirchenpolitischer Antrag vom Jahre 1886, betreffend die größere Selbständigkeit der evangelischen Kirche, soll Landesverrätteri sein und dahin führen, der evangelischen Kirche eine hierarchische Gestalt zu geben u. s. w. Solche Absichten habe ich nicht. Der katholischen Kirche sind ihre Rechte und ihre Freiheit Schritt für Schritt zurückgenommen worden und ich will, daß der evangelischen ein gleiches geschehe. Ich habe den Antrag doch auch nicht

*) Der Landtags-Wahlkreis Stolp-Pauenburg-Bütow war lange Jahre von den drei Abgeordneten v. Vandemer, v. Below und v. Hammerstein vertreten.

allein gestellt, sondern es haben ihn 45 Mitglieder der konservativen Fraktion unterschrieben und zu gunsten desselben ist eine große Bewegung in den Provinzialparlamenten entstanden. Ich will keine Befreiung des summus episcopus, ich will aber auch nicht, daß ein Kultusminister zwischen dem Könige als Oberbischof und der Kirche steht. Ich will das Regiment des Königs loslösen von den Fesseln, denen es jetzt unterliegt. Wenn der Oberkirchenrath oder die Generalsynode dem Oberbischof ein Gesetz vorlegt, so ist er nicht in der Lage, dasselbe zu vollziehen, es muß erst den Weg über das Abgeordnetenhaus machen, das doch aus Vertretern verschiedener Konfessionen zusammengesetzt ist. Mein Antrag will die evangelische Kirche mit ihrem summus episcopus loslösen von dem interkonfessionellen Landtag. Wo bleibt da der Vorwurf, daß ich gegen die Macht unseres Kaisers, Königs und Herrn in der evangelischen Kirche aufzutreten will? — Dem weiteren Vorwurf, daß ich als Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“ nicht in der Lage sei, frei und unabhängig aufzutreten, halte ich das Gegentheil entgegen und betone, daß ich stets für meine Ueberzeugung eintrete; ich kann darin von niemand gehindert werden und glaube schon oft bewiesen zu haben, wie frei und unabhängig ich meine Ansicht vertritt. — Dem weiteren Vorwurf, daß ich nicht mehr im Kreise wohne, halte ich entgegen, daß ich doch 20 Jahre in der Gegend gewohnt habe und die diesigen Verhältnisse wohl kenne. — Was mein Verhalten bei der Abstimmung über das Volksschulgesetz betrifft, so habe ich in letzterem eine Verfassungsänderung gesehen und kann nicht, wenn ich zwei- oder dreimal gegen ein Gesetz gestimmt habe, zum vierten Male für dasselbe stimmen. Der Abgeordnete hat einen Eid geleistet und ist in seinem Gewissen gebunden. Ich weise auf meine christlich-konservativen Anschauungen hin, die ich stets vertreten werde. . . .

Ich bekenne mich wie früher als Mitbegründer des Kartells, meine aber, daß die Sache beim Landtage doch anders liegt als beim Reichstage. Bei den Wahlen zum Landtage hat kein Grund vorgelegen, ein Kartell zu schließen. Der Bruch des Kartells ist von den Nationalliberalen ausgegangen, sie sind vom Kartellwege abgewandt. Ich verstehe das ganze Gerede von einem Kartell bei den Landtagswahlen nicht. Man macht mir immer den Vorwurf, daß ich das Kartell gebrochen habe. Das ist die Unwahrheit, die Nationalliberalen haben es gethan und das Anerbieten der Konservativen zurückgewiesen. . . .

Partei-Nachrichten.

In dem Berichte des Parteivorstandes, den wir in der letzten Nummer veröffentlichten, hat sich ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen, der von den meisten unserer Leser zwar sofort bemerkt worden sein dürfte, den wir aber doch hier korrigiren wollen. Es heißt nämlich, daß unsere Fraktion im bayrischen Landtage 14 Mitglieder zählt. Es soll natürlich fünf Mitglieder heißen.

An die Parteigenossen der Provinz Brandenburg!

Nachdem die Neuwahlen der Mitglieder der Agitations-Kommission stattgefunden und dieselben damit für 1895/96 die Verpflichtung übernommen haben, die Agitation in der Provinz nach jeder Richtung hin zu fördern, bringen wir den Genossen zur Kenntniß, daß alle Briefe und Sendungen (Bestellungen auf Agitationsmaterial, Gesuche um Referenten u.) an Carl Dimmid, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55, zu richten sind; alle Gelder wolle man adressiren an Otto Antrick, Berlin W. Steinmetzstr. 60. — Um den Verkehr, insbesondere auf schriftlichem Wege, mit den Genossen in der Provinz ungehindert pflegen zu können, ersuchen wir, uns jeden Wechsel der Vertrauenspersonen bezw. jede Wohnungsveränderung derselben sofort mitzuthellen. Auch ersuchen wir die Genossen, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß uns neue Adressen vertrauenswürdiger Personen hauptsächlich aus denjenigen Orten überwiesen werden, mit welchen wir bis jetzt in Verkehr zu treten nicht in der Lage waren.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die Agitations-Kommission

für die Provinz Brandenburg.

J. A.: Carl Dimmid, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 55.

Die in der Provinz erscheinenden Partei-Organen werden um gest. Abdruck vorliegender Notiz gebeten.

An die Parteigenossen von Deutsch-Wilmersdorf, Halensee und Rheingau!

Parteigenossen! Trotz wiederholter Aufforderung fehlen noch immer ein großer Theil von Unterschriften in den Petitionslisten, welche die Errichtung eines Gewerbegerichtes für die obgenannten Orte befrworten sollen; speziell sind es Halensee und Rheingau, welche noch viel zu wünschen übrig lassen. Genossen, wir richten nun an Euch die dringende Mahnung, die Sache keineswegs unbeachtet zu lassen, denn nur eine möglichst starke Betheiligung vermag unsern Wünsche genügende Geltung zu verschaffen. Darum nochmals, versäume niemand, sich in die Listen einzuzichnen. Dieselben liegen aus für Halensee und Rheingau bei A. Wünsche, Westfälischestr. 44; für Wilmersdorf bei W. Tepper, Umland- und Gängelstrassen-Ecke; S. Klingenberg, Berlinerstr. 40, und A. Stabinsky, Wabenschtr. 18. Alles Material, welches bezug auf obige Angelegenheit hat, nehmen die Kommissionsmitglieder Greß, Berlinerstr. 105; Witte, Umlandstr. 68, und Kübler, Sigmaringenstr. 32, entgegen. J. A.: Nerre, Umlandstr. 68.

Die Bremer Parteigenossen beschließen, in diesem Jahre

von einer Besichtigung des Parteitages Abstand zu nehmen.

Parteifinanzen.

Im Wahlkreise Bochum wurden für die Besichtigung des Kölner Parteitages 134,60 M., für die des Frankfurter Parteitages 280,50 M. gesammelt. Der Ueberschuß dieser Sammlung betrug nach Abrechnung der Delegationskosten 154,35 M. Der Kreis-Vertrauensmann nahm im Jahre 1894/95 241,65 M. ein und veranschlagte 180,55 M. Der Kasseebestand betrug am Ende des Geschäftsjahres 61,10 M.

Polizeilich., Gerichtliches u. c.

Einmüthig freigesprochen wurde von den Bräunern Geschworenen Genosse Krapka, Redakteur des tschechischen Parteiblattes „Kovnost“ (Gleichheit). Er war angeklagt, in seinem Blatte das Verbrechen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung begangen zu haben. Weitere derartige Verhandlungen sind für den 3., 4. und 5. Oktober anberaumt.

Genosse Goldstein, der Redakteur des „Sächsischen Volksblattes“, wurde am 2. Oktober wegen Uebertretung der Amtshauptmannschafts-Verordnung vom 3. September 1894, Verstoß von Geschäftsakten betr., in Verbindung mit § 260, 11 des Reichs-Strafgesetzbuches (grober Unfug) vom Zwickauer Schöffengericht zu 100 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Haft verurtheilt. Der Schankwirth Arzberger in Planitz hatte dem dort bestehenden Ortsverein sein Lokal gelündigt, dies wurde im „Sächs. Volksblatt“ durch eine Annonce bekannt gemacht, welche mit dem Satze schloß: Arbeiter, richtet Euch danach! Darauf wurde obiges Vergehen begründet.

Grober Unfug. Ein neuer Angriff auf die wenigen Rechte, welche den Arbeitern zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährleistet sind, soll durch den groben Un-

Der Herr Brentano versteht sich dergleichen von selbst. Ueber die Dozenten, die in der nächsten Woche vorzutragen haben, werden wir noch berichten.

Gewerkschaftliches.

Sämtliche Mitteilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Ausperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Achtung, Metallarbeiter und Fischer! In der Telefon-Bauanstalt von Welles, Engel-Ufer 1a, streiken sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen infolge von Lohnhöhen. Zugut ist ferngehalten. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

An die Parquetbodenleger von Berlin und der Umgegend! Kollegen! Wie Ihr wohl alle wißt, ist in der öffentlichen Parquetbodenleger-Versammlung vom 18. Juli beschloffen worden, über die Firma Rosenfeld u. Komp., Igl. Hoflieferanten, die Sperre zu verhängen.

Außer einigen Herren, welche entgegen ihrer gegebenen Unterschrift, sich mit ihren Kollegen nicht solidarisch erklärten, hat sich bis jetzt nur ein Bodenleger gefunden, welcher den traurigen Muth bezeugt hat, bei der Firma Arbeit zu nehmen und dadurch seinen Leidensgefährten in den Rücken zu fallen. Kollegen, es gilt nun, weiter Eure Solidarität zu betätigen und zu zeigen, daß wir dem Kapitalisten sammt Ihren Helfershelfern zu begegnen wissen; gebe sich kein Kollege her, bei Rosenfeld u. Komp. um Arbeit anzufordern oder gar in Arbeit zu treten, sondern laßt die Herren, welche andere Interessen zu verfolgen scheinen als ihr, in aller Freude das Privilegium genießen, für eine gesperrte Firma zu arbeiten. Auch diese Bodenleger werden ihre Handlungsweise noch bereuen.

Weiter ist es Pflicht jedes Kollegen, alles Material, welches auf die Firma Rosenfeld u. Komp. bezug hat, sofort der Werkstatt-Kontrollkommission zu unterbreiten. Derselbe tagt jeden Dienstag, 8 1/2 Uhr abends, bei Zubeil, Lindenstr. 106.

J. A. Rerre.

Barbiere. Die Zahlstelle für den Bezirk S. und S.O. des Verbandes der Barbier und Friseur befindet sich beim Kollegen Paul Piere, S., Gräferstr. 37. Sprechstunden täglich von 8 bis 8 Uhr.

Barbiere. Der Raubzug von den sich um uns in „väterlicher Fürsorge“ abmühenden Innungshelden auf die uns gesetzlich gewährte Sonntagsruhe wird jetzt, laut Beschluß des Innungsangestrichenen, seinen Anfang nehmen. Wir fordern alle Kollegen auf, an die von ihren Arbeitgeber das Erlaubnis gestellt wird, Sonntags länger als bis 2 Uhr zu arbeiten, dies unverzüglich unterzeichnetem mitzuteilen. Sämtliche Kollegen werden aufgefordert, unterzeichnetem diejenigen Geschäfte namhaft zu machen, die nach 2 Uhr Sonntags geöffnet sind. Franz Starostoff, Prinzen-Allee 5/6.

Eine Frankfurter Steinmeger-Versammlung verhängte über das Spentwerck Schöneberg, welches die mit den Arbeitern getroffenen Vereinbarungen über den Lohn nicht halten wollte. Es war Taglohn vereinbart und schließlich sollte Akkordarbeit eingeführt werden. Drei Arbeiter, und gerade die, welche die Abmachungen mit der Firma getroffen hatten, wurden gefänglich, weil sie sich weigerten einen diesbezüglichen Kewer zu unterschreiben. Die Versammlung erbatte darin eine Maßregelung und verhängte die Sperre über das Werk.

Töpfer. Zugut ist ferngehalten nach München, Geschäft von Hansleiter, für Werkstubearbeiter wegen Maßregelung nach Hamburg, Tilsit, Königsberg i. Pr. und Zürich (Schweiz) wegen Lohnkampf und nach Seen b. Winterthur, Geschäft von A. Peter. In Bukarest ist nur die Firma Bege gesperrt.

Ende des Kopenhagener Vieharbeiterstreiks. Die Arbeiter beschloffen am Sonntag in einer großen Versammlung, auf die von dem Fabrikantenverein gemachten Vorschläge einzugehen. Die Arbeiter werden in Zukunft ca. 18 Kronen erhalten, was nach der Erklärung des Fabrikantenvereins bedeutet: mehr als 17 1/2 Kronen, und zwar werden diesen Lohn alle Vieharbeiter erhalten. Die Arbeiter werden in Zukunft also 29 bis 30 Dore pro Stunde verdienen, während sie vor dem Streik etwa 27 Dore erhielten, inkl. der Ueberstunden, während diese hinfür mit 25 pCt. Zuschlag auf den regulären Stundentarif bezahlt werden sollen. Daß die Fabrikanten nicht alle Arbeiter wieder annehmen wollen und etwa 70 vorläufig zurückgewiesen werden, bildet noch einen Beschwerdepunkt, der hoffentlich auch noch beigelegt werden kann. Jedenfalls wird die Arbeit nicht früher aufgenommen, als bis auch diese Frage entschieden ist.

Gerichts-Beitrag.

Die Verhandlungen in dem großen Falschdiebstahl-Prozess wurden gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I fortgesetzt. Seitens der Verteidigung wurden noch einige Verweisanträge gestellt. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Jovers befähigt der Brauereibesitzer King, daß er im Jahre 1891 über 1000 Fässer direkt von der Schultheiß-Brauerei zum Preise von durchschnittlich 50 Pf. pro Faß gekauft habe. Der Angeklagte Jegen führt einen Jegen vor, aus dessen Bekundung er beweisen will, daß in dem Falle, wenn ihm ein unbekannter Fässhändler zum Kaufe anbot, diesem auszugeben wurde, einen befriedigenden Nachweis des ehrlichen Erwerbes zu bringen. — Eine zur Stelle gebrachte halbe Tonne soll zur Belastung des Angekl. Lehmann dienen. Wie der Brauereibesitzer Otto Müller behauptet, stammt dieses noch ganz neue Faß aus der Schloßbrauerei in Fürstentum. Der Zeuge Müller hat dieses Faß gerade als Probe auf das Exempel bemüht, welcher Anzug in Berlin mit den Fässern getrieben wird. Er meint, daß kleinere Brauereien bei diesen fortgesetzten großen Verlusten an Fässern überhaupt kaum noch bestehen können. Das hier in Frage stehende Faß zeigt noch den oberflächlich desittigten Brand der Schloßbrauerei und dann den Brand „Brauerei Lehmann“. Der Angeklagte Lehmann erklärt, daß er von der Herkunft und den Wandlungen dieses Fasses gar nichts wisse und die neue Signierung nicht angeordnet habe. Unter Berufung auf Jegen beschuldigt der Angeklagte gerade den Zeugen Müller, daß dieser Versuche darüber angeordnet habe, ob und wie man die Firmenbezeichnungen aus den Bierfässern herausbringen könne. — Angeklagter Lehmann bemächtigt sich ferner, den bezüglich der Unterschlagung an den Fässern der Hoser Brauerei auf ihn gewälzten Verdacht zu entkräften. Einige Belastungszeugen hatten bekundet, daß Herr Lehmann gesagt habe: Die Fässer bleiben hier, die brauchen wir! Der Angeklagte erläutert dies jetzt dahin, daß die Fässer nicht den richtigen Inhalt gehabt hätten und er deshalb die Fässer zurückgehalten habe, um seine Erbschaftsprüche geltend zu machen. Die Beweisaufnahme wird hierauf geschlossen. — Staatsanwalt Fiedler: Der Prozeß habe weit über die Brauerkreise hinaus berechtigtes Aufsehen erregt, denn man hat mit Stutzen gesehen, daß hier in Berlin alljährlich soviel Bierfässer abhanden kommen, daß es sich in der That um eine Lebensfrage der kleineren Brauereien handelt. Die Brauereien werden sich gegen derartige Unredlichkeiten selbst schützen müssen und es wird ihre Sache sein, zu erwägen, wie dies am besten geschehen kann. Wie auch dieser Prozeß ausfallen möge, einen Vortheil wird diese Verhandlung immerhin in Zukunft für die Brauereien haben: sie werden diejenigen, welche Fässer, die Stempel Berliner Brauereien tragen, ankaufen wollen, zur allergrößten Vorsicht mahnen. Der Staatsanwalt hält außer den theils zugestanden, theils erwiesenen Fällen des Diebstahls und der Unterschlagung auch die Fälle der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hehlerei für erwiesen. Er unterscheidet die Gruppen der kleinen und die der großen Hehler und ist der Meinung, daß die unendlich große Zahl der Fässer, die spottbilligen Preise, das Frisiren der Fässer deutlich zeigen, daß es sich hier um einen unehrlichen Erwerb handle. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kessel 1 1/2 Jahre Ge-

fängnis und 2 Jahre Ehrverlust, gegen Baer, Polensky und Klemmstein je 9 Monate Gefängnis und je 1 Jahr Ehrverlust, gegen Gauernd 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Hensel, Darsch, Knorr, Nötzig, Lehmann und Lewin je 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust. — Von den Verteidigern nimmt zunächst Rechtsanwält Dr. Jovers das Wort, um nachzuweisen, daß hier keinesfalls von einer Hehlerei die Rede sein könne, sondern ein ganz offenes, legales Geschäft vorliege. Die Thatfache liege fest, daß in Berlin fort und fort Fastagen zu Spottpreisen erworben werden können, wahrscheinlich infolge der mindestens nicht großen Ordnung, die bei den Brauereien herrsche. Die Brauereien werden ihre Kontrollmaßregeln selbst zu treffen haben, der Staatsanwalt habe ihre diesbezüglichen Geschäfte nicht zu führen, die Brauereien mühten sich schon die Mühe geben, dahin zu gelangen, was andere Firmen in anderen Branchen schon längst erreicht haben. Was speziell den Angekl. Nötzig betrifft, so habe schon vor zwei Jahren der Staatsanwalt in einem Bescheide ausgeführt, daß die sorgfältigsten Ermittlungen und Beobachtungen nicht ergeben haben, daß der Geschäftsbetrieb Nötzig's auf Hehlerei beruhe. — Rechtsanwält Sachs führt aus, daß sein Klient Lewin der Hehlerei nicht nur nicht überführt worden sei, sondern auch nicht einmal ein genügender Verdacht vorliege. Er habe erwartet, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragen werde. Man könnte vielleicht wünschen, daß die jetzt in den Kreisen von Brauereien, Destillateuren u. ähnliche Methode, Fässer zu kaufen, einer anderen Form Platz machen und eine größere Vorsicht eintreten möge, da aber diese Methode von anerkannt makellosen Leuten ganz offen gehandhabt werde, so könne man den Angeklagten keinen Strich daraus drehen. Er bitte, den Angeklagten Lewin nicht nur freizusprechen, sondern auch im Erkenntnis auszudrücken, daß seine Unschuld erwiesen sei. — Rechtsanwält Dr. Schwindt findet es unbegreiflich, daß man überhaupt nur annehmen könne, daß ein Mann von der Vergangenheit und der Lebenslage des Angeklagten Lehmann, ein Mann, der vor den Gerichtstagen auf der Bank der Geschworenen gesessen, sich eines Verbrechens schuldig machen könne, welches mit Zuchthaus bedroht sei. In diesen Verhandlungen sei unendlich viel von außen her und von den Zeugen hineingetragen worden, wobei vielleicht Nachklänge des Bierdogotts, Konkurrenz- und Geschäftstneid und andere schöner Dinge eine Hauptrolle spielen. Der Angeklagte Lehmann sei durchaus unschuldig, denn bei dem Erwerb der Fässer seien ihm keinerlei Umstände nahe getreten, aus denen er annehmen konnte, daß sie aus einer verbrecherischen Handlung herrührten. Der Verteidiger schloß seine längeren Ausführungen mit den Ausdrücken der Erwartung, daß der Vorsitzende des Gerichtshofes bei der Urtheilverkündung besonders betonen werde, daß die Schuld des Angeklagten Lehmann nicht nur nicht erwiesen sei, sondern daß thatsächlich seine völlige Unschuld erwiesen sei. — A. A. Vincs plädierte gleichfalls für Freisprechung seines, sowie die übrigen Verteidiger für Freisprechung ihrer Klienten beziehungsweise für Herabsetzung des beantragten Strafmaßes. — Rechtsanwält Hugo Sachs weist noch aus der „Fachzeitung für Brauer“ nach, daß die Zahl der Brauereien im Deutschen Reich sich um etwa 3000 innerhalb der letzten zehn Jahre vermindert hat. Daraus lasse sich ein Schluß auf die Menge gebrauchter Fässer ziehen, welche in den Verlehr gelangt seien.

Nachdem die Angeklagten noch sämtlich ihre Unschuld behauptet, bezw. um eine milde Strafe gebeten haben, zieht sich der Gerichtshof um 3 1/2 Uhr zur Verhandlung zurück.

Am 6 Uhr verhandelte Landgerichts-Direktor Denjo das Urtheil. Der Angeklagte Kessel wurde zu einem Jahre einem Monat, Baer zu neun Monaten Gefängnis und einjährigem Ehrverlust, Polensky zu drei Monaten, Klemmstein ebenfalls zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. In betref der Hehlerei Angeklagten sei deren Schulfrage einer eingehenden Erörterung unterzogen worden. An der Schuld des Angeklagten Gauernd konnte kein Zweifel abwalten, er sei wegen gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurtheilt worden. Dagegen sei die Schuld des Angeklagten Hensel nicht für genügend erwiesen angesehen und derselbe deshalb freigesprochen worden. Der Angeklagte Darsch habe dem Kriminalkommissar Kühne gegenüber ein Geständnis abgelegt und die Verhandlung habe seine Schuld bestätigt. Er sei zu einem Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht verurtheilt worden. Knorr habe freigesprochen werden müssen, aber nur, weil ein Nachweis seiner Schuld in nicht genügender Weise zu erbringen gewesen. Der Angeklagte Nötzig habe freigesprochen werden müssen, weil ihm nicht nachgewiesen worden sei, daß er Kenntniß von dem unlauteren Erwerb der Fässer gehabt. — Der Angeklagte Lehmann sei zunächst von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen worden. Es lasse sich schwer ein triftiger Grund finden, weshalb der Angeklagte sich an den Fässern bereichern sollte. In betref der Hehlerei sei der Gerichtshof allerdings auch zu einer Freisprechung gelangt, aber er sei außer Stande gewesen, dem Angeklagten Lehmann die gewünschte Ehrenerklärung zu geben. Die Freisprechung sei erfolgt, weil ein hinreichender Beweis nicht erbracht sei. Günstiger liege die Sache mit bezug auf den letzten Angeklagten Lewin, obgleich auch ihm die gewünschte Ehrenerklärung nicht ertheilt werden könne. Es habe seine einfache Freisprechung erfolgen müssen mangels hinreichenden Beweises.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Koburg, 3. Oktober. (W. Z. B.) Es wird angenommen, daß die in Neustadt stattgefundenen vielfachen Brände auf Brandstiftung beruhen. Nachdem gestern eine Person unter diesem Verdachte verhaftet worden war, wurde heute eine zweite Person verhaftet, in deren brennendem Haus man planmäßige Vorbereitungen zur Brandstiftung gefunden hatte.

Genf, 3. Oktober. (W. Z. B.) Der Anstand der Baumwoll-Arbeiter ist beendet. Die von den Arbeitgebern zu gewöhnliche Lohnerhöhung wird von einem Schiedsgerichte festgesetzt werden. — Die Metallfabriken sind noch geschlossen.

Sofia, 3. Oktober. (W. Z. B.) Seitens der türkischen Regierung werden in Makedonien große militärische Vorbereitungen getroffen. Aus Asien werden fortwährend Infanterieregimenter requirirt.

London, 3. Oktober. (W. Z. B.) Die gegenwärtigen Vorgänge in Konstantinopel werden in der hiesigen Presse lebhaft besprochen; allgemein hält man die Lage daselbst für sehr ernst. „Standard“ ist der Ueberzeugung, daß die Armenier die Sympathien Europas durch die von ihnen in Syene gesetzten Ausschreitungen verlohren haben und behauptet, daß die Lösung der armenischen Frage jetzt schwieriger denn je sei. — Die „Times“ betonen, nur durch rasche Annahme der Vorschläge der Mächte könne der Sultan eine Wiederholung solcher Vorgänge verhindern. — „Daily News“ schreiben, die Türken dürften nicht länger mehr christliche Massen beherrschen. Die Absichten der Armenier seien durchaus friedlich gewesen.

Konstantinopel, 3. Oktober. (W. Z. B.) Die Aufregung in der türkischen Bevölkerung nimmt immer mehr zu. Die Lage wird von Tag zu Tag ernster. Die Sofas predigen auf den Straßen den heiligen Krieg gegen die Fremden. Die Polizei geht gegen die Armenier ziemlich rücksichtslos vor; sie werden in jeder Weise gemahregt. So oft daher Verhaftungen vorgenommen wurden, ist es auch zu blutigen Zusammenstößen gekommen, bei denen es Tode und Verwundete gab. Besonders in Galata ist die Bevölkerung ungemein erregt. Heute sind die Vertreter sämtlicher Großmächte zusammengetreten, um über die Situation zu berathen.

zugparagrafen inszenirt werden. Die Notiz, daß Zugut nach verschiedenen Orten für Teufel ferngehalten ist, und daß Mitglieder des Verbandes, wenn sie an den Orten Arbeit nehmen, aus dem Verband ausgeschlossen werden, soll geeignet sein, andere unbestimmte Gewerbetreibende in Unruhe zu versetzen, und den Gewerbetreibenden einer Anzahl von Arbeitgebern zu beeinträchtigen. Die Androhung des Verbandsausschlusses soll ferner geeignet sein, diejenigen „unbestimmten Arbeitnehmer“, welche in den bespotteten Orten Arbeit nehmen, zu beunruhigen und zu beunruhigen. Wegen dieses Vergehens erhielt Kollege Gabriel in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur des „Töpfer“ einen Strafbefehl in Höhe von 100 M. event. 20 Tagen Haft.

Sollte in der That diese Rechtsanschauung durchdringen, so würde das im § 182 der Gewerbe-Ordnung gewährte Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch gemacht werden. Wegen dieses Strafbefehls ist selbstverständlich gerichtliche Entscheidung beantragt.

Wie Majestäts-Beleidigungs-Prozesse entstehen. Die „Schleswig-Holst. Volks-Zeitung“ schreibt zur Geschichte der Verurteilung des Genossen Bauer zu 6 Monaten wegen Majestätsbeleidigung:

Der Pantoffelfabrikant Ritz, bei dem Bauer in Arbeit gestanden, wurde verdächtigt, den Genossen Bauer denunziert zu haben. Ritz sollte sich dahin geäußert haben, daß, wenn Bauer die Arbeit bei ihm verliesse, er ihn wegen Majestätsbeleidigung anzeigen wolle. Bei der damaligen Verhandlung befandete Ritz aber unter Eid, daß er der Denunziant nicht sei. Genosse Bauer hat nun auf grund der Aussage des Drechlers Nagel, welche auch bei einem Rechtsanwalt in Altona zu Protokoll gegeben wurde, Anzeige gegen Ritz wegen Meineid bei der Staatsanwaltschaft gemacht, und haben bereits mehrere Vernehmungen in dieser Sache stattgefunden. Wir werden über den Verlauf der Sache noch später berichten.

Weitere Beschränkung des Versammlungsrechts in Sachsen. Ein Gemeinderath Döhlen's berief eine Parteiverammlung ein. Vom Einberufer wurde die Weibung einer Legitimation, daß er in Döhlen wohne und die bürgerlichen Ehrenrechte besitze, verlangt. Dabei hat der Genosse schon 2 Versammlungen angemeldet und ist zugleich Mitglied des Gemeinderaths in Döhlen, was er gar nicht sein kann, wenn er nicht die zur Einberufung einer Versammlung erforderlichen Eigenschaften hat.

Ein netter Polizeikommissär. Wegen eines Sittlichkeitsverbrechens (§ 182 des Strafgesetzbuchs) wurde vom Schwurgericht Tübingen der Polizeikommissär Kaufmann der Kreisstadt Reutlingen (Württ.) zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Soziale Ueberblick.

Zur Theilnahme an den Unfalluntersuchungen nach § 45 des Unfall-Versicherungsgesetzes hat die Zentral-Kranken- und Sterbeliste der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter in Hamburg, welche von etwa 700 auch in Berlin 8 britische Verwaltungsstellen hat, nicht weniger als 430 Bevollmächtigte und dementsprechend 800 Ersahmänner gewählt. Wenn man bedenkt, daß die Anzeigen über die Gewählten an die unteren Aufsichtsbehörden zu erfolgen haben, diese aber je nach den einzelnen Ländern des lieben deutschen Vaterlandes recht verschieden bezeichnet werden, wie: Landrathsamt, Bezirksamt, Oberamt, Amtshauptmannschaft, Polizeidirektion, Bürgermeister, Magistrat u., so kann man ermessen, welche umfangreiche Arbeit dem Klassenorgan dadurch verursacht ist. Aber, wie wir es gewöhnt sind, überwinden unsere Genossen auch solche Schwierigkeiten selbst dann, wenn sie noch größer sind. Freilich wird derartige Arbeit in einfacher, nicht in moderner unständlicher bürokratischer Weise ausgeführt.

Schutz der Bauarbeiter. Aus Mainz wird uns geschrieben: In einer öffentlichen Bauarbeiter-Versammlung wurde beschlossen, die städtische Verwaltung um Erlass eines Ortsstatuts mit Vorschriften zum Schutze der auf Bauten beschäftigten Arbeiter anzugehen und ernannte eine aus den verschiedenen Branchen des Baugewerbes bestehende Kommission, welche die Eingabe auszuarbeiten hat. Einen gleichen Beschluß forderte eine Bauarbeiter-Versammlung, welche in Worms in der Hehl-Stadt stattgefunden hat.

Gegen das Schwibsystem. Eine am 30. September in Mainz abgehaltene Schneiderversammlung sprach sich entschieden gegen das Schwibsystem und gegen die Errichtung von Betriebswerkstätten aus.

Die Erhaltung des Bauernstandes macht den bürgerlichen Nationalökonomern arge Kopfschmerzen. So schlägt z. B. der Landgerichts-Präsident Dr. v. Lang in Rottweil (Württemberg) zur Erhaltung des Bauernstandes bezw. des Erbrechts in bäuerlichen Anwesen vor, es möge die Lebensversicherung event. in betracht gezogen werden und wenn möglich, durch einen wohlthätigen Zwang resp. durch gesetzliche Verpflichtung zur Versicherung dem Untergang der Kleinbauern entgegengetreten werden.

Industrie und Arbeitskräfte in Nordamerika. Aus Chicago schreibt man dem „Damb. Corr.“: „Sehr häufig wird in letzter Zeit bei den Eisen- und Stahlfabrikanten die Klage laut, daß großer Mangel an geschickten Arbeitern herrsche, der sich jetzt gelegentlich des Wiederanflutens jener Industriezweige doppelt fühlbar mache. Es scheint, als ob der Fortschritt zu schnell für die herkömmlichen Methoden, nach welchen die Arbeiter ausgebildet werden, sei, und die Anforderungen sind derartig gestiegen, daß ihnen die vorhandenen Kräfte nicht mehr genügen sind. Die größten Establishments, die ihrer Stellung nach mit zahlreichen technischen und praktischen Beamten ausgerüstet sein sollten, suchen fortgesetzt nach Männern von Fähigkeiten mit praktischen und wissenschaftlichen Kenntnissen. Es giebt kaum einen Eisenbahnpräsidenten, welcher das Eisenbahnsach wirklich studirt hat, und wenn sich trotzdem die Industrien theilweise großartig entwickelt haben, so ist das meistens den „unwissenden Ausländern“ zu verdanken oder auch der Nothwendigkeit, welche die Mutter aller Erfindungen ist. Auch hatten es die amerikanischen Industriellen nicht nötig, sehr genau zu rechnen und mit ihren Mitteln Haus zu halten, denn sie waren durch ungeheureliche Zölle gegen den Wettbewerb des Auslandes geschützt. Auch hatten nicht sie selbst, sondern die Käufer für die mannigfachen Fehler der amerikanischen Industrie-Erzeugnisse zu büßen, denn man redete dem Volke vor, die Fabrikanten müßten nur deshalb so fabelhafte Preise für ihre Erzeugnisse fordern, weil sie höhere Löhne als jedes andere Land zahlten. Was in vielen amerikanischen Fabriken verwüßt und verloren wurde, hätte allein genügt, europäische Unternehmer reich zu machen.“

Die Krisis des Jahres 1893 und die, wenn auch nur mäßige, Herabsetzung einiger Zölle haben sehr dazu beigetragen, die amerikanischen Industriellen ihre Irthümer einsehen zu lassen. Sie kommen zur Erkenntniß, daß die amerikanischen und verwickelten Maschinen nicht mehr von beliebigen Händen bedient werden können, sondern daß dazu auch Kenntniß und Erfahrung nötig sind. Sie tabeln sich aber nicht selbst für den fühlbaren Mangel an zuständigen Kräften, sondern schieben die Schuld auf die großen Gewerkschaften, welche, wie sie behaupten, die Gleichmacherei betreiben und die Ausbildung von Lehrlingen verhindern. Jedenfalls aber sind die Gewerkschaften nicht verantwortlich dafür, daß gerade in den Eisen- und Stahlwerken die geschulten Arbeiter nach und nach durch schlecht bezahlte Slovaken und Italiener ersetzt worden sind. Daß die großen Arbeiterverbände von ihrer ursprünglichen Einrichtung, nur vollständig ausgebildete Handwerker als Mitglieder aufzunehmen, abgesehen sind, daß sie vorwiegend auf die Jagd der Unternehmer nach möglichst billigen Händen zurückzuführen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 3. Oktober, nachmittags 5 Uhr.

Unter den in geheimer Sitzung zu verhandelnden Gegenständen befindet sich auch ein Antrag Spinola auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Maler Professor Adolf Menzel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl eines Bürgerdeputierten in die Gewerbe-Deputation. Zu Vorschlag sind gebracht Buchdruckereibesitzer Otto Dreher, Brüderstr. 4, Fabrikbesitzer Weigert, Anklamerstr. 33 und Druckereibesitzer Max Bading, Weuthstraße 2. Ferner sind zu wählen je ein Mitglied in den Wahlprüfungsausschuss (gemeldet Stadtv. Michel und Ladewig), in die Deputation für Gesundheitspflege (gemeldet Stadtv. Weiß), in die Deputation für die Krankenanstalten (gemeldet Stadtv. Frenzel, Giese, Dr. Neumann, Dr. Auge, Wallach, Dr. Jadel) und in das Kuratorium des Nikolaus-Bürger-Hospitals (gemeldet Stadtv. Gemeinhardt, Wehner und Wallach).

Die Wahl des Stadtv. Weiß in die Gesundheitspflege-Deputation wird durch Akklamation vollzogen. Das Resultat der übrigen Wahlen war bis zum Schluß der öffentlichen Sitzung noch nicht festgestellt.

Gegen die Vorlage wegen Verlegung der sogenannten Kirchhofstraße in der Hasenhaide erhebt Stadtv. Esmann entschiedenen Widerspruch. Sei es schon höchst merkwürdig, daß die Stadt ihr Eigentumsrecht an dem bestehenden Wege aufgeben, der Militärklub dagegen das seinige an dem von ihm als Ersatz anzulegenden Wege behalten solle, so müsse man die Verlegung ganz unbedingt schon aus dem Grunde ablehnen, weil der Pionierübungsplatz, eine feste Gefahr für die Anwohner, nicht etwa beseitigt, sondern gerade auf das von der Kirchhofstraße durchschnittene Terrain verlegt werden solle. Um diese Gefahr und überhaupt die durch diese Verhältnisse geschaffene unwürdige und unhaltbare Situation der Bewohner jenes Stadttheils nach Möglichkeit zurückzubringen, müsse die Stadtvertretung das an sie gestellte Ansuchen zurückweisen. Jedenfalls empfehle sich Ausschussberatung.

Dem letzteren Antrag entsprechend beschließt die Versammlung:

Die Ersahwahl zum brandenburgischen Kommunallandtag an Stelle der verstorbenen Mitglieder Stadtv. Selle und Gerth wird am 31. Oktober stattfinden.

Im Mai und Juni d. J. haben bekanntlich 3 Stadträte im Auftrage des Magistrats aus städtische Kosten eine Informationsreise zur Besichtigung von Verkehrseinrichtungen in anderen Städten unternommen. Im Anschluß an den von ihnen erstatteten Bericht hat die „Gewerbliche Deputation zur Verwaltung über die zur Zeit innerhalb der städtischen Verwaltung schwebenden Fragen des Verkehrswezens“ beschlossen, bei den Gemeindebehörden die Bewilligung eines Kredits von zunächst 50 000 M. zu beantragen, um mit dem geeignet erscheinenden Betriebssystemen Versuche anstellen zu können.

Es soll durch diese Versuche an Ort und Stelle erprobt werden, ob und welche Straßenbahn-Systeme den allgemeinen Bestrebungen nach Verkehrsverbesserungen gerecht werden und speziell dazu geeignet sind, den Pferdebahnbetrieb zu ersetzen. Zu betrachten kommen:

1. das System mit oberirdischer Zuführung des elektrischen Stromes,
2. das Dresdener Klette'sche System,
3. das verbesserte Akkumulatorensystem,
4. das Gasmotorwagen-System,
5. das System Serpollet.

Da das erste System schon bei der elektrischen Bahn Gesundbrunnen-Pankow zur Anschauung gelangt, das erste in Verbindung mit dem zweiten bei der der Firma Siemens u. Halske für die Ausstellung konzeptionierten Linie Wehrensstraße-Treptow und bei den beiden der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft vom Zoologischen Garten bezw. Dönhofsplatz nach der Ausstellung konzeptionierten Linien, so werden sich die anzustellenden Versuche, für welche die Große Berliner Pferdebahn geeignete Strecken zur Verfügung stellen soll, zunächst auf die letztangeführten drei Systeme beschränken. Die Hauptpflicht für Betriebsunfälle soll den betr. Unternehmern (Akkumulatoren-Fabrik, A. G. in Hagen, Deutsche Gasbahn-Gesellschaft in Dessau, Serpollet in Paris bezw. dem Inhaber des Serpollet-Patents Brandeis daselbst) obliegen.

Die Vorlage gelangt ohne Diskussion zur Annahme.

Um für die Ausstellung 1896 einen neuen Zufahrtsweg zum Treptower Park zu schaffen, ist seinerzeit die Anlegung einer fahrbaren, zugleich zur Aufnahme der elektrischen Bahn Wehrensstraße-Treptow bestimmten Verbindungsstraße zwischen dem Lohmühlentweg und dem Schlesischen Busch längs der dortigen Anilinfabrik neben der Treptower Brücke beschlossen worden. Zur Herstellung dieser Anlage sind 586 Quadratmeter der Böschungsfäche des oberen Freiachengrabens zu erwerben. Der Fiskus will in die Abtretung gegen Zahlung von 20 M. für den Quadratmeter willigen und der Magistrat sucht dafür die Zustimmung der Versammlung nach.

Auf Antrag der Stadtv. Rosenow und Wohlgemuth wird die Vorlage einem Ausschuss überwiesen, der sofort durch den Vorstand gewählt wird und dem auch der Stadtv. Bruns angehört.

Schluß 6 1/4 Uhr.

In später Stunde erfahren wir noch das summarische Wahlergebnis: In die Gewerbe-Deputation ist Druckereibesitzer Dreher gewählt, in den Wahlprüfungsausschuss Michel, in das Kuratorium für das Nikolaus-Bürgerhospital Wallach; für die Krankenanstalten-Deputation muß Stichwahl zwischen Giese und Auge stattfinden.

Der Antrag Spinola wegen Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Adolf Menzel ist ohne jeden Widerspruch einstimmig angenommen worden.

Lokales.

Um einem unter den Parteigenossen laut gewordenen Wunsche nachzukommen, werden die Versammlungsanzeigen im Inseratenteil fortan unter eine bestimmte Rubrik gebracht werden. Wir hoffen so die Anläßigungen dieser Art übersichtlicher als bisher gestalten zu können. Anzeigen, welche für diese Rubrik in der Nummer des folgenden Tages bestimmt sind, müssen jedoch spätestens nachmittags 4 Uhr in unserer Expedition eingereicht sein.

Unser Genosse Moritz Voas ist gestorben. Gestern Abend 6 Uhr wurde er in seiner Wohnung plötzlich vom Herzschlage gerührt und starb ohne längeren Lebenskampf. Er war in Schwerin a. d. Warthe 1841 geboren, seit 1861 als Kaufmann in Berlin ansässig, hat sich schon zu Vossale's Zeiten

der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen und war bis an sein Lebensende, ohne je agitatorisch hervorzutreten, wozu er sich nicht veranlaßt fühlte, doch stets und durch Propaganda in privaten Kreisen mit seinen Mitteln nach Kräften für die sozialdemokratische Sache eingetreten. Ehre seinem Andenken!

Brausewetter in Preßhaken. Die Kunst des Staatsanwalts hat es, wie wir gestern mittheilen konnten, fertig gebracht, daß unsere immer noch wegen des berühmten Fluchtverdachts in Untersuchungshaft sitzenden Kollegen Pfund, Dierl und Rautmann zum Theil den Richtern, vor die sie gehören, entzogen und vor die Kammer Brausewetter gebracht werden sollten. Gestern bereits erinnerten wir an die verchiedenartige Behandlung, welche zwei Richter den Angeklagten im Gummischlauchprozeß haben zu Theil werden lassen. Zur Bekräftigung der Meinung, die wir von der Kammer Brausewetter hierbei begien, fühlen wir uns verpflichtet, aus der reichhaltigen Fundgrube, zu welcher der von dem bekannten Vorhändigen der bekannten zweiten Strafkammer geführte Prozeß für uns geworden, einige besonders markante Aussprüche hervorzuziehen. Möge die Öffentlichkeit an der Hand der angeführten Zitate die Frage entscheiden, ob es einem vorgeblichen Preßsünder und namentlich einem Sozialdemokraten möglich ist, zu dem Richter Brausewetter das Vertrauen zu hegen, daß dieser Mann ohne Voreingenommenheit an seinen Anlagefall herantreten wird.

Ziemlich zu Beginn der Verhandlung des Gummischlauch-Prozesses in der zehnten Morgenstunde des 8. Mai 1894, als noch kein einziger Zeuge ein Bild von den Einbrüchen gegeben hatte, die er von der That am Friedrichshain empfing, da wußte Herr Brausewetter zum Erstaunen der Angeklagten und ihrer Verteidiger bereits festzustellen, daß die ganze Sache (von der Preßs) aufgebauscht, und daß „aus Nichts ein großer Elefant gemacht sei“.

Und dem Angeklagten Kehler warf dieser Vorhändige ebenfalls ziemlich zu Beginn der Verhandlung die Worte entgegen:

„Wenn Sie aus dem „Vorwärts“ schöpfen, so ist das die trübste Quelle!“

Zu dem Angeklagten Jachau vom „Sozialdemokrat“ sprach Brausewetter:

„Sie werden doch zugeben, daß die ganze Tendenz Ihres Blattes bloß auf Heberei gerichtet ist. Sie wollen doch nicht den Arbeitslosen helfen, sondern bloß gegen die Besitzenden aufbegehren. Sie haben kein Interesse daran, den Leuten Arbeit zu verschaffen, das ist auch nicht der Zweck dieser Versammlungen, dazu findet sich kein Mensch ein, der gute Rathschläge giebt, wie Arbeit zu erlangen wäre, sondern Sie wollen durch Ihre Zeitung bloß anreizen, daß die Leute weiter unzufrieden gemacht werden.“

Als Jachau diese Unterstellung zurückweisen wollte, unterbrach ihn Brausewetter mit den Worten:

„Das ist so notorisch, daß es keines Beweises bedarf!“

Von der Polizei stand bei Brausewetter von vornherein fest, daß sie gezwungen gewesen sei, die Besucher der Arbeitslosen-Versammlung am Friedrichshain auseinander zu treiben.

In solche Versammlungen mischt sich ein Theil der Bevölkerung durchgängig der schlimmsten Sorte, das sind diese Leute von 16-20 Jahren, deren Köpfe wir jeden Tag auf der Straße sehen; die Leute kommen nicht hin, um Reden zu hören, sondern um an dem Stande, der gemacht wird, theilzunehmen.“

Die Existenz der agents provocateurs im verpreukten Deutschland war für Herrn Brausewetter „bloß eine Einbildung gewisser Zeitungen.“

Die Thatsachen, daß Spigel Horsch vom Polizeirath Rumpp in Frankfurt a. M. im Jahre 1880 mit 20 M. wöchentlich honorirt wurde und Säuren zu Attentaten besorgte; daß die Spigel Schröder und Haupt nach der Bekämpfung des schweizerischen Polizeihauptmanns Fischer 1886 mit 250 resp. 200 Mark monatlich von der Berliner Polizei bezahlt wurden und Dynamit bei sich borgen, sowie den Druck der anarchistischen „Freiheit“ besorgten, daß der Polizeibeamte Hring-Mahlow unter Berliner Arbeitern entsprechend wühlte, alle diese und ähnliche Thatsachen waren Brausewetter aufeinander unbekannt. Wovon er aber von vornherein überzeugt schien, das war die Unschuld der Polizei an der Affäre am Friedrichshain und — die Schuld der Angeklagten.

Diese Meinung, sowie die Meinung, daß fast nur Gelfindel die Arbeitslosen-Versammlung besucht habe, wurde auch später bei Herrn Brausewetter durch keine noch so gravirende Zeugnisaufgabe erschüttert.

Brausewetter fragte einen Belastungszeugen:

„Die erhöhte Phantasie derer, die diese Artikel schreiben, spricht immer von ausgehungerten Leuten, welchen man die Sorge um Arbeit auf dem Gesicht ansehen konnte. War es nicht vielmehr der Schnaps, den man ihnen ansetzte? Waren es ausgehungerte oder wohlgenährte Leute? War es nicht wieder diese Horde von jungen rohen Patronen, die die Straßen unsicher machen?“

Diese Meinung wurde auch nicht besonders berührt, nachdem neben ähnlich lautenden Aussagen vieler anderer Zeugen Oberstlieutenant von Egidy unter seinem Eide folgendes bekräftigt hatte:

„Als die Versammlung förmlich aufgelöst wurde, erhob sich die Menge mit einer Rube, die, ich muß es wiederholen, einen geradezu peinlichen Eindruck auf jeden Unbefangenen machen mußte. Ich habe mich nachher reichlich und oft gefragt, ob die Annahmen und Vermuthungen in den Zeitungen, daß irgend ein Vorhaben geplant gewesen sei, ob die in dem Verhalten der Versammelten irgend wie zum Ausdruck gekommen wären. Ich habe nie mit jemandem mündlich mich über die Sache unterhalten. Ich habe diese Frage aufs bestimmteste verneinen müssen. Ich bin nicht mit dem Argwohn hingegangen, daß etwas Besonderes geplant sei; aber auch während der Versammlung habe ich ausgehalten und während der ganzen Zeit nichts bemerkt, was mich darauf hätte schließen lassen, daß irgend etwas geplant gewesen sei, daß diese Rube, mit der sich die Versammlung erhob, hinter sich etwas hatte, was etwas anderes gewesen wäre. Ich habe dann mich von der Menge hinaustragen lassen, ich ging aber etwas langsamer als die Menge abstrubete, und da habe ich ebenso wenig etwas bemerkt, was zu einem Einschreiten irgendwie hätte Veranlassung geben können, auch nicht bemerkt, daß in dem Augenblicke, als ich herauskam, eingeschritten worden wäre. Ich war ganz überrascht, als ich ein Drittel dieses bergab gehenden Weges zurückgelegt hatte und da dieses Eingreifen und Herauskommen der Kolonne sah“,

und daß die feindselige Erregung der deutschen Soldaten in Frankreich nicht so groß gewesen, wie die der

Schulleute bei diesem Vorfall, daß jedermann im Vaterlande, der noch für sich die Bezeichnung patriotisch, religiös, ehrlich, gestiftet, edel, gut, ordnungsliebend oder auch nur seinfähig in Anspruch nehme, von einem unsäglichen Schmerz erfüllt sein würde, wenn er Zeuge dieser 15 Minuten am Friedrichshain gewesen wäre.“

Die harten Strafen, die Brausewetter über die angeklagten Redakteure am Schluß der Verhandlung ansprach, lassen die Annahme zu, daß die Wucht derartigen Entlastungsaussagen auf die bereits zu Beginn der Verhandlung zum Ausdruck gebrachte Anschauung dieses Richters von der Schuld der angeklagten Redakteure wenig oder gar nicht wirkte.

Wir haben kein Anzeichen dafür, daß diese Anschauungen kurze Zeit später durch die Behandlung erschüttert worden sind, die der Kollege des Herrn Brausewetter, Landgerichtsdirektor Höfeler, der gleichen Materie zu Theil werden ließ.

Der Anarchist Pawlowicz, der am 29. Mai vor. 3. vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stand, hatte sich in einer öffentlichen Versammlung über die Vorgänge am Friedrichshain mit einer Schärfe geäußert, an die auch nicht entfernt die abgemessene Kritik heranreicht, mit der die angeklagten Redakteure sich begnügt hatten. Herr Höfeler, der den Angeklagten zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilte, fühlte sich in der Gerichtsverhandlung veranlaßt, zu fragen, ob denn bei der Gummischlauch-Praxis nicht die Gefahr vorliege, daß ein Krach, der vermieden werden soll, sich vermehre, wenn das Publikum glaube, sich die Angriffe von Zivilpersonen nicht gefallen lassen zu brauchen. Auch wurde in dem von Herrn Höfeler gesprochenen Urtheil konstatiert, daß der Gerichtshof sich auf die Seite der Entlastungsjungen gestellt habe.

Wir sind der Anschauung, daß die hier geschilderten Thatsachen den drei Angeklagten Pfund, Dierl und Rautmann ein volles Recht geben, Herrn Brausewetter und die von ihm präsidirte Kammer als besungen abzulehnen.

Wir sind begierig, ob sich eine Stimme in der Öffentlichkeit erheben wird, die eine gegentheilige Ansicht auszusprechen den moralischen Muth hätte.

Von der Heiligkeit der bürgerlichen Ehe spricht der Inseratenteil der Bourgeoisblätter ganze Bände. In dem „Berliner Volksanzeiger“ Nr. 459 finden wir wieder folgende unmuthige Anzeige:

Heirath. Junge Damen (respektabler Eltern), welche über 15 000 M. und höher verfügen und heirathen wollen, finden diskrete Aufnahme im Pensionat bei Kiel, wo viele Offiziere, Beamte (Marine) verkehren. Monatliche Pension 130 M. Anfragen (folgt Chiffre).

Man bewundere gebührend, wie ungenirt die Kuppelerei sich breit macht.

Religionsunterricht auf jeden Fall. In der Pache'schen Zeitschrift „Der Vektor“ (Nr. 14) schildert ein hiesiger Vektor seinen „Tageslauf“ in einem längeren Artikel und dabei erzählt er auch folgendes schier ungläubliche Ereignis:

„Ein Kind kommt zu ihm, um ihn unter Ueberreichung eines öffentlichen Attestes um einen Urlaub von vier Wochen zu bitten. Dieses Attest lautete aber buchstäblich also: „Ich bescheinige hiermit der Schülerin Gr., daß sie wegen allgemeiner Erschlaffung und Anschwellung der Schleimhäute einer vierwöchigen Dispensation vom Schulunterricht bedarf, da sie zum Zwecke der Besserung ihres Zustandes einige Zeit auf dem Lande leben soll und in den großen Ferien wegen ihres Religions-Unterrichts nicht Berlin verlassen darf. Berlin, 10. Mai 1895. Dr. R.“ Auf die Frage, weshalb es denn in den großen Ferien nicht verreisen dürfe, erklärt das Kind, der betreffende Weisliche sei jetzt verreist und habe befohlen, daß seine Schüler und Schülerinnen in den Hundstagen zum Konfirmanden-Unterricht kommen sollten, eine Angabe, die der herbeigerufenen Vater lediglich bestätigte, wie er auch bei der Meinung verharre, sein Kind dürfe keine Konfirmandenstunden versäumen und müsse darum vor den Ferien verreisen und dadurch dem Schulunterricht vier Wochen lang fernbleiben. Der Vektor begleitet seine Erzählung mit den zutreffenden Bemerkungen: Wenn das Kind während der Hundstage verreist, so verliert es 8 Konfirmandenstunden; wenn es jetzt aufs Land geht, so verliert es dagegen 128 Unterrichtsstunden mit Einschluss von 16 Religionsstunden, letztere freilich nicht vom Weislichen ertheilt. Schämt man den Schulunterricht so gering, daß eine Konfirmandenstunde 16 Schulstunden aufwiegt? Ist eine so geringe Werthschätzung der Schule und ihrer Arbeit am Ende des 19. Jahrhunderts noch denkbar? Aber da sieht ja schwarz auf weiß: das Kind bedarf jetzt einer vierwöchigen Dispensation, da es in den großen Ferien wegen seines Religionsunterrichts nicht Berlin verlassen darf.“

Traurig genug, daß es Eltern giebt, die sich eine derartige Ueberhebung ruhig gefallen lassen.

Das ist noch ein Stück Vorkie des Landlebens. Ein in Berder erscheinendes Blättchen, der „General-Anzeiger“ giebt das folgende Stück „Poesie“ zum besten:

Die große Kartoffelernte steht bevor, und auf allen Dörfern der Umgegend werden jetzt Kartoffelbuddler verlangt. Es ist das für ärmere Leute ein ganz hübscher Nebenverdienst, da sie vierzehn Tage bis drei Wochen damit beschäftigt sind. Namentlich wird die männliche und weibliche Schuljugend zu dieser leichten Feldarbeit herangezogen, und gerade für sie ist es eine angenehme Zeit der Erdolung, die sie in freier Natur zubringen können. Sind sie doch während dieser Zeit vom Schulbesuch und den häuslichen Schularbeiten befreit. Ist aber das Tageswerk auf dem freien Felde beendet und lagern sich des Abends Schatten über Fluß und Wald, dann flammen rings die Kartoffelfeuer auf, die das von der unentbehrlichen Feldfrucht abgerissene Kraut zu vernichten bestimmt sind. Das ist noch ein Stück Poesie des Landlebens.

Ein nettes Stück Poesie, das da zum Heil der Agrarier auf Kosten der so wie so schon jämmerlichen Schulbildung der Kinder getrieben wird!

Der vollzogene Umzug bringt den Miethern gar vielfach als Ueberraschung ein polizeiliches Strafmandat wegen falscher Anmeldung. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Hauswirth nur die eingezogenen Miethner und die direkten Familienmitglieder anzumelden hat. Die Anmeldung der Diensthofen, im Hause schlafender Gehilfen und Lehrlinge hat der betreffende Familienvorstand zu bewirken und zwar muß dazu für jede einzelne Person ein eigenes Anmeldeformular benutzt werden. Die von außerhalb zugezogenen Personen, — bei Familien der Haushaltungsvorstand — müssen die Anmeldungen auf das Polizeibureau persönlich abgeben.

Das Weberelend. Die Lohnverhältnisse der Rixdorfer Weber haben sich in den letzten Jahren fortgesetzt derart verschlechtert, daß sich jetzt selbst die dortige Weber-Zunft mit denselben eingehend beschäftigt. In der letzten Zunftversammlung wurde der durch eine Kommission verfaßte Vorstand beauftragt, mit den Fabrikanten behufs Verbesserung der Arbeitslöhne in Verbindung zu treten und über das Ergebnis der Verhandlungen

demnachst in einer öffentlichen Weber-Versammlung Bericht zu erstatten.

Von zahlreichen Unglücksfällen auf dem Bauernrain der 1896er Berliner Gewerbe-Ausstellung giebt wieder der für Monat September erstattete Bericht der dort befindlichen Sanitätskommission Kunde. Die Hülfe der Wache wurde bei 74 Unglücksfällen und drei Erkrankungsfällen in Anspruch genommen. Es fanden sechs schwere Verletzungen statt, davon zwei durch Abstrich.

Das polnische Element bildet einen bedeutenden Prozent-satz der hauptstädtischen Bevölkerung. Es erscheint seit dem 1. Oktober hier ein Tagesblatt in polnischer Sprache; die Wochenchrift „Gazeta Polska“ ist in eine Tageszeitung umgewandelt.

Ein Student der Medizin aus Berlin wurde in der Nacht zum Mittwoch in Potsdam als Einbrecher festgenommen. Der Schuhmann Verfeld bemerkte einen Menschen, vom Berliner Thor herkommend, der unter seinem Kaisermantel in auffälliger Weise etwas zu verbergen bemüht war. Da nun in der letzten Zeit in Potsdam viel gestohlen wurde, schöpfte er Verdacht und machte sich an die Verfolgung des Mannes, der seine Schritte beschleunigte und schließlich in eine Seitenstraße rannte. In Gemeinschaft mit dem Wachmeister Vogler gelang es, den Fliehenden in eine Sackgasse zu treiben und festzunehmen. Es stellte sich heraus, daß der Mann einen werthvollen Teppich und verschiedene andere Sachen, die er in der Wohnung des Lieutenants im Regiment der Gardes du Corps, Grafen von der Schulenburg, gestohlen, bei sich trug. Er hatte die Wohnung, deren Inhaber verreist ist, mit einem Nachschlüssel geöffnet, nach Geld und Werthsachen gesucht, aber diese nicht gefunden, weil der Graf von der Schulenburg, gewarnt durch einen Diebstahl, der vor einiger Zeit bei ihm begangen worden war, dieselben vor seiner Abreise aus dem Hause gebracht hatte. Man vermutet, daß der jetzt festgenommene Dieb auch damals der Thäter gewesen ist und noch verschiedene andere Diebstähle in Berlin und anderwärts ausgeführt hat. Die Feststellung der Person des Diebes ergab das überraschende Resultat, daß derselbe der bisher unbefragte, in Berlin im siebenten Semester studierende Mediziner St., aus Pommern gebürtig, ist. Derselbe ist ein Krüppel, ihm fehlt der rechte Arm, der durch einen künstlichen ersetzt worden ist. Er will aus Geldverlegenheit den Diebstahl begangen haben.

Die Wasserbau-Inspektion zu Küstrin giebt bekannt: Behufs Ausbesserung des Durchfahrtsbojes der Frankfurter Oberbrücke wird Anfang der nächsten Woche wegen des mangelnden Fahrwassers in den anderen Jochen eine theilweise Sperrung des Schiffverkehrs für beladene Fahrzeuge auf einige Tage erforderlich. Die Sperrung wird sich auf die Zeit von 10 Uhr vormittags bis abends erstrecken, wogegen die Zeit von Tagesanbruch bis 10 Uhr vormittags für die Schiffsahrt verfügbar bleibt.

Ein neuer Schwindel, der fast immer gelingt, ist in den letzten Tagen vielfach im Südosten ausgeführt worden. Der Schwindler ist ein Mann in mittleren Jahren, und seine Opfer sind vielfach die neueingesetzten Knaben, bei welchen er Taschenuhren entdeckt. Der Schwindler tritt an solche Knaben heran und zeigt ihnen eine Rechnung über Tischlerarbeiten in Höhe von 80-85 M. vor, die er angeblich in einem benachbarten Hause einkaufen soll. Da er aber mit dem betr. Hausverwalter arg verfeindet ist, will er das Haus nicht betreten und bittet daher sein Opfer, an seiner Stelle die Rechnung zu kassiren. Erhalte er Geld, so bekomme der Knabe 3 M., anderenfalls 1 M. Provision; damit er aber nicht mit dem Gelde durchgehe, müsse er ihm bis zur Rückkehr die Uhr zum Pfande lassen. In den meisten Fällen — bisher etwa 30 — ist der Knabe gelungen. Wenn die Knaben den angeblichen Empfänger der Rechnung in dem angegebenen Hause nicht fanden und daher zurückkamen, war der „Herr Kassirer“ mit der Uhr auf Nummerwiedersehen verschwunden. Bis jetzt ist es leider noch nicht gelungen, des frechen Schwindlers habhaft zu werden.

Eine recht bezeichnende Geschichte aus der Militär-Bureaukratie wird von hiesigen Blättern gemeldet: Der Gesteife Einl vom Leibgarde-Fusarenregiment, welcher auf dem Rückmarsch vom Kaisermanöver in dem Dorfe Schönwalde aus getränktem Ergeißel Selbstmord beging, ist in Abwesenheit der Truppen von den Bauern ohne Sang und Klang begraben worden. Acht Tage darauf traf in dem Dorfe ein Schreiben des Regimentskommandos ein, das die Uniform des Toten einfordert. Die Bauern haben den Verstorbenen aber in seiner Soldatenkleidung beerdigt.

Dem Säufervahnsinn ist ein unglückliches Mädchen, die 23jährige Kellnerin Marie H. aus der Stallherstr. 115, verfallen. Das Mädchen hat wahrscheinlich in den Animirneipen, in denen es bediente, auf Betreiben der Wirthin zu viel trinken müssen und wurde schließlich so krank, daß es geboten war, es in ein Krankenhaus zu bringen. Derartige Folgen der Animirneipen werden moralisch wieder wett gemacht durch den Patriotismus, der sich in ihnen durchweg kundgiebt.

Ein Entführungskandal. Unter recht fonderbaren Umständen hat das vor etwa 14 Tage erfolgte Verschwinden der 20jährigen Anna Gebriede, deren Eltern in der Oranienburgerstraße wohnen, seine Klärung gefunden. Das junge geistig ein wenig beschränkte Mädchen ist von einem Bekannten ihren Angehörigen entführt und in einer im Norden der Stadt belegenen Wohnung eingekerkert worden. Der 22jährige Sohn des Don Juans war jedoch auf seinen Vater eifersüchtig und machte den Eltern seiner Stiefmutter in spon von dem Aufenthalt ihrer Tochter Mittheilung. Als diese ihr Kind zurückholen wollten, kam es zwischen ihnen und ihrem „Schwiegersohn“ zu so heftigen Szenen, daß die alten Leute von dem Entführer ihrer Tochter wegen „Hausfriedensbruch“ angezeigt wurden. Und so wird dies Familien-Idyll vor Gericht enden.

Vor den Augen seiner Schwester ertrank am Dienstag Mittag der achtjährige Knabe Otto Nischenhain, der Sohn einer Drechslerwitwe vom Engelufer 9. Der Knabe spielte mit seiner Schwester und anderen Kindern auf dem Grundstück Köpnickstraße 48 und fiel dabei in die Spree. Obwohl auf das Hilfesgeschrei der Kinder hin alsbald Versuche angestellt wurden, den Verunglückten zu retten, so gelang es doch erst abends um 7 Uhr, ihn als Leiche dem Wasser zu entziehen.

Die Arbeiterin Johanna Thiert, von deren Unfall mehrfach berichtet worden ist, ist soweit wieder hergestellt, daß sie demnachst wird vernommen werden können. Was die Schuldfrage betrifft, so steht es noch dahin, ob die Verunglückte gegen die Hotelverwaltung wegen fahrlässiger Körperverletzung Straf-antrag stellen wird. Die Folgen der Verletzung wird das Mädchen sein Leben lang zu tragen haben. Die genauere ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß die Verunglückte jedenfalls lange Zeit im Krankenhaus verbleiben müssen, damit die außerordentlich große Wundfläche geschlossen werden kann. Es ist nämlich mit dem Joppe der größte Theil der Kopfhaut, von der Scheitelhöhe bis in den Nacken hinab, weggerissen worden. Da es ausgeschlossen erscheint, die Kopfhaut durch eine gleichartige, Haare tragende, zu ersetzen, so wird das Mädchen Zeit seines Lebens des Haar Schmuckes entbehren müssen.

Verhängnisvolle Folgen hatte eine Balgerei zwischen zwei Lehrlingen eines Tuchwarengeschäftes in der Alexanderstraße. Die 15 resp. 16jährigen Knaben hatten, als sie sich für kurze Zeit im Lagerraum allein befanden, einen Ringkampf entzweit, wobei der eine der Burschen, der 16jährige Winkler, ausglitt und mit dem Kopf gegen die Kante eines Ladentisches fiel. Der junge Mensch erlitt dabei eine Verletzung des rechten Auges, die leider den Verlust der Sehkraft zur Folge haben dürfte.

Durch Heberfahren wurde am Donnerstag Nachmittag um 1 Uhr der 18jährige Sohn Albert des Schuhmachers J. aus

der Heimsstraße 16 schwer verleh. Der Knabe wollte auf der Friedriehsbrücke den Straßendam überfahren, als er von einem Omnibus gefaßt, zu Boden gerissen und überfahren wurde. Ein Schuhmann brachte den Verunglückten mit einer Droschke in ein Krankenhaus.

Zu einer Pfäde ist im Dorf Schöneiche bei Friedriehshagen am Dienstag der 22jährige Bauernsohn Paul Schulze ertrunken. Er wurde an jenem Morgen gegen 5 Uhr in dem kleinen Gewässer, das sich hinter dem elterlichen Gehöft hingießt, todt aufgefunden. Der Kopf des Unglücklichen war von dem Wasser bedeckt, der Körper lag am Lande. Da nach dem Leichenbefunde Selbstmord oder Gewaltthat gänzlich ausgeschlossen, so ist nur anzunehmen, daß der junge Mann am Montag Abend nach dem Pfähl hinausgegangen, um sich in dem Wassergraben, wie er dies öfters zu thun pflegte, die Hände zu waschen; hierbei muß er verunglückt sein.

Gesperrt ist für Fahrwerk und Reiter der nordöstliche Theil des Königsplatzes von der Friedriehsallee bis zur Alsenstraße, sowie die Wienerstraße von der Wendenstraße bis zur Grünauerstraße einschließlich des Kreuzdammes.

Polizeibericht. Am 2. d. M. morgens wurde auf der Treppe eines Hauses in der Poststraße ein Soldat todt aufgefunden. Er ist anscheinend von der Treppe gefallen und hat sich das Genick gebrochen. Eine Fabrikarbeiterin verfuhrte in der Wohnung ihrer Mutter, in der Finkenbergerstraße, sich zu vergiften. Nach Anwendung von Gegenmitteln wurde sie nach der Charité gebracht. — Mittags erlitt in der Spandauerstraße ein Schlächtergeselle bei einer Schlägerei eine schwere Verletzung am Fuße. — In der Nacht zum 3. d. M. versuchte eine Frau in ihrer Wohnung, in der Müllerstraße, sich zu erhängen. Sie wurde jedoch noch rechtzeitig abgesehen. — Ein Kellner wurde in seiner Wohnung, in der Schönholzerstraße, erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden drei unbedeutende Brände statt.

Witterungsübersicht vom 3. Oktober 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius. (99° = 37° C.)
Swinemünde	758	WSW	4	wolkig	10
Hamburg	752	WS	5	wolkig	10
Berlin	755	WS	2	bedeckt	11
Biesbaden	757	WS	0	heiter	10
München	760	W	5	heiter	9
Wien	755	W	4	bedeckt	16
Saparanda	754	SO	2	bedeckt	9
Petersburg	759	SO	1	Nebel	10
Cort	746	W	6	halb bedeckt	15
Aberdin	742	WS	8	wolkig	5
Paris	760	WS	2	wolkig	8

Wetter-Prognose für Freitag, den 4. Oktober 1895.

Zeitweise heiteres, vielfach wolkiges, am Tage etwas wärmeres Wetter mit Regenschauern und starken südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Der Alexianerprozeß gegen die Alexianerbrüder.

Nachen, 2. Oktober. 1. Tag der Verhandlung. Gegen 9^{1/2} Uhr vormittags wurde Bruder Heinrich in schwarzer Kloster-tracht auf die Anklagebank geführt. Es ist das ein kleiner glatt rasierter, hagerer Mann mit etwas verwelktem Gesicht. Gegen 10 Uhr vormittags eröffnet der Präsident, Landgerichtsrath Stinshoff, die Sitzung. Nach Verlesung des Anklage-Beschlusses nimmt das Wort der Verteidiger Herr Rechtsanwalt Gammerebach: Nach dem Eröffnungsbeschluss ist das Verfahren gegen den Angeklagten bezüglich der Aussage der Fiesel und des Pfarrers Rheindorf eingeleitet worden, da einmal den Aussagen der erwähnten Zeugen wenig Glauben beigegeben worden sei, und da andererseits der Angeklagte in gutem Glauben seine Aussage gemacht haben dürfte. Trotzdem sind seitens der Staatsanwaltschaft bezüglich dieses Punktes eine Reihe von Zeugen geladen worden. Dies hat die Verteidigung veranlaßt, den Gegenbeweis zu führen. Ich richte deshalb an den Herrn Staatsanwalt die Frage: Ob er trotz des Eröffnungsbeschlusses die Anklage bezüglich dieses Punktes aufrecht erhält. — Staatsanwalt: Ich kann in diesem Stadium der Verhandlung noch keine Erklärung über die Frage geben. Der Eröffnungsbeschluss ist etwas unklar gehalten, die Staatsanwaltschaft kann sich demselben nicht anschließen. Verth.: Die Verteidigung wird insoweit dieser Erklärung den Gegenbeweis aufrecht erhalten. — Es beginnt alsdann die Vernehmung des Angeklagten. Dieser bemerkt auf Befragen des Präsidenten: Er sei seit 32 Jahren Alexianerbruder und seit etwa 9 Jahren in Alexianerkloster Marienberg. In den letzten 5 Jahren habe er das Amt eines Subrektors in Marienberg bekleidet. Seine Hauptaufgabe war: die Kranken zu inspizieren; sie in die Kirche zu führen, vorzubeten u. s. w. — Präf.: Haben Sie ein schlechtes Gedächtniß? — Angell.: Nein, es kommt aber vor, daß ich Einzelheiten vergesse. — Präf.: Es wird behauptet, daß Sie sich eines sehr guten Gedächtnisses erfreuen? — Angell.: Im allgemeinen habe ich ein gutes Gedächtniß. — Präf.: In Marienberg ist der Pfarrer Rheindorf als freiwilliger Pensionär gewesen. Er wurde mehrere Male von seiner Haushälterin, dem Fräulein Fiesel, besucht. Mit dieser sollen Sie eine Unterredung gehabt und gesagt haben: „Wenn sich Rheindorf mit den Brüdern gut verhält, dann wird er schon bald wieder eine Anstellung bekommen. Wer sich aber mit den Brüdern nicht gut sieht, der kommt hier so bald nicht mehr heraus, denn hier haben weder die „Döcker“ noch der Generalvikar etwas zu sagen, sondern nur wir Brüder, denn wir sind Klüger, als die „Döcker“. Wer in Marienberg ist, der wird zahm gemacht, wer hier herauskommt, der ist zahm.“ Haben Sie das gesagt? — Angell.: Das kann ich nicht gesagt haben. — Präf.: Wollen Sie sagen, Sie können es nicht gesagt haben, oder: Sie haben es bestimmt nicht gesagt? — Angell.: Ich habe bestimmt eine solche Aeußerung nicht gethan. — Präf.: Dem Rheindorf soll von den Vätern andere Rost verschrieben worden sein. Sie sollen jedoch zu der Fiesel gesagt haben: „Das ist Quatscherei, was die Döcker sagen, wer hier ist, muß das essen, was hier gelacht wird, wir Brüder sind Klüger, als die Döcker.“ — Angell.: Das habe ich bestimmt nicht gesagt. — Präf.: Sie wurden nun am 4. Juni in dem Prozeß Mellage als Zeuge vernommen. Dort sollen Sie unter Ihrem Eide bestritten haben, diese Aeußerungen gethan zu haben. — Angell.: Das weiß ich nicht mehr genau, der Herr Rechtsanwalt Niemeier hat diese Frage an mich gerichtet, ich habe darauf geantwortet: „Das kann ich nicht gesagt haben.“ Als mich darauf der Präsident fragte, ob ich mit Bestimmtheit behaupten könnte, derartige Aeußerungen nicht gethan zu haben, antwortete ich: ich behaupte mit Bestimmtheit, derartige Aeußerungen nicht gethan zu haben. — Präf.: Sie scheinen einen Unterschied zu machen zwischen dem Präsidenten und dem Verteidiger. Sind Sie denn der Meinung, die Verantwortung der Fragen, die der Verteidiger stellt, stehen nicht unter dem Eide? — Angell.: Dieser Ansicht bin ich nicht. — Präf.: Sie sollen einmal gesagt haben: Der Advokat kann fragen was er will; wie weit er dazu berechtigt ist, weiß ich nicht. Ich habe nur dem Präsidenten die richtige Antwort zu geben. Angell.: Ich bin der Meinung, daß der Präsident das Ganze vertritt, aber ich weiß, daß ich verpflichtet bin, auch dem Ver-

theidiger wahrheitsgetreue Antworten zu geben. — Präf.: Nun sollen Sie, als Mellage mit dem Polizeikommissar Lohse und dem Hotelier Ose am 30. Mai 1894 nach Marienberg kam, um den Forbes zu sprechen, sich geweigert haben, diesen vorzuführen zu lassen, mit der Bemerkung: Forbes ist so krank und so schwach, er ist toblich und schlägt um sich, den kann niemand sprechen. — Angell.: Das ist nicht wahr, das habe ich nicht gesagt. Der Bruder Rektor Oerbeck sagte mir: Wenn Mellage in Begleitung eines Polizeibeamten kommen sollte, um den Forbes zu sprechen, so solle ich ihn sofort vorführen lassen. Bruder Oerbeck war nämlich an diesem Tage sehr beschäftigt, er konnte deshalb die Herren nicht empfangen. Der Angeklagte erzählt nun ausführlich das Gespräch, das er am 30. Mai 1894 mit Mellage und Genossen geführt hat. — Präf.: Mellage hat die Unterredung, die er und Polizeikommissar Lohse mit Ihnen gehabt hat, anscheinend wörtlich in seiner Broschüre wiedergegeben. Haben Sie die Broschüre gelesen? — Angell.: Ich habe die Broschüre sehr oft gelesen, es ist das sehr bedauerlich. (Geht zurück im Zuscherraum.) — Präf.: Ich fordere das Publikum dringend auf, sich jeder Beifalls- und Mißfallsbezeugung zu enthalten, ich wäre anderenfalls genöthigt, den Zuscherraum räumen zu lassen. Nun Angeklagter, wenn Sie die Broschüre mehrfach gelesen haben, dann werden Sie wissen, daß Mellage schreibt: Sie hätten in rheinischer Mundart gesagt: Forbes ist so krank und so schwach, ist toblich und schlägt um sich, den kann niemand sprechen? — Angell.: Eine solche Aeußerung habe ich nicht gethan. — Präf.: Bei Ihrer Vernehmung in dem Prozeß Mellage haben Sie diese Aeußerung auch eidlich in Abrede gestellt? Angell.: Ja. Verth.: Ich erlaube, den Angeklagten zu fragen, ob er bei seiner Vernehmung in dem Prozeß auch in so ausführlicher Weise die Unterredung mit Mellage und Genossen erzählt hat, oder ob nur einzelne Fragen an ihn gerichtet worden sind? Angell.: Es wurden nur einzelne Fragen an mich gerichtet. — Es wird hierauf zur Zeugenvernehmung geschritten.

Telegraphisch wird gemeldet: Nach Vernehmung des Zeugen Rheindorf und dessen Haushälterin theilte der Vorsitzende heute mit, daß nun die Vernehmung der Zeugen erfolgen werde, die über die Glaubwürdigkeit dieser beiden letzteren aussagen sollten. Diese Aussagen enthielten die bedenklichsten Enthüllungen aus dem Leben der beiden. Bei den Aussagen einiger Zeugen wurde die Deffentlichkeit auf eine halbe Stunde ausgeschlossen. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt.

Nach Wiederöffnung der Sitzung wird mit der Vernehmung der Zeugin Fiesel fortgefahren. Diese bekundet noch auf Befragen des Präsidenten: Sie glaube gehört zu haben, Bruder Heinrich hat in dem Mellage-Prozeß gesagt: „Ich werde doch auf die guten Döcker nicht so etwas sagen!“

Verth. A. Gammerebach: Ist es richtig, daß der Herr Vorsitzende in dem Mellage-Prozeß sehr aufgeregt war, weil Bruder Heinrich ausweichende Antworten gegeben hat? — Zeugin: Das ist richtig, der Herr Vorsitzende sagte in sehr bestiger Weise zu dem Bruder Heinrich: Geben Sie eine bestimmte Antwort, sagen Sie ja oder nein. — Auf weiteres Befragen des Präsidenten bekundet die Zeugin ferner: Sie sei drei Jahre Haushälterin bei Rheindorf gewesen. Sie kannte den Pfarrer Rheindorf schon von früher, denn sie sei von der Mutter des Rheindorf als Pflegelind angenommen worden. Sie sei, nachdem sie von Rheindorf fortgegangen, noch mehrfach mit demselben zusammengelommen. Dieser habe sie vollständig unterhalten, ihr Geld gegeben u. s. w. Sie gebe zu, daß Rheindorf bisweilen mehr trank, als er vertragen konnte. Sobald Rheindorf betrunken war, wußte er nicht, was er that, so daß sie ihn stets bedauert habe. — Verth. A. G.: Ist es richtig, daß man dem Rektor Neumann nicht mehr gestatten wollte, den Rheindorf in Marienberg zu besuchen, weil befürchtet wurde, daß ihm Kognak mitgebracht werde? — Zeugin: Das weiß ich nicht. — Verth.: Haben Sie dem Herrn Mellage erzählt, daß den Rheindorf seine Amtsgenossen nicht besuchen dürften? — Zeugin: Das ist möglich. — Verth.: Heute früh haben Sie gesagt, Bruder Heinrich habe bemerkt, der Bruder Rektor meine das nicht so. — Zeugin: Das ist richtig, Bruder Heinrich sagte mir aber: Es soll überhaupt niemand mehr den Rheindorf besuchen, der Generalvikar wolle es nicht haben. — Verth.: Wodurch sind Sie zu Rheindorf gekommen? — Zeugin: Durch die Schwester des Rheindorf. — Präf.: Wann sind Sie von der alten Frau Rheindorf an Kindesstatt angenommen worden? — Zeugin: Im Jahre 1890. — Präf.: Dann kann man das nicht mehr gut an Kindesstatt nennen. Aus welchem Grunde wurden Sie wohl von der alten Frau Rheindorf an Kindesstatt angenommen? — Zeugin: Weil ich sie gepflegt hatte. — Verth. Rechtsanwalt Oster: Hat Rheindorf Sie und Ihre Familie mit hohen Geldsummen unterstützt? — Zeugin: Ja wohl. — Auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Gammerebach giebt die Zeugin an: das von ihr an die Staatsanwaltschaft zu Nachen eingereichte Schriftstück habe Kaufmann Hildebrandt in Iserlohn mit unterschrieben. Diefen Hildebrandt habe Rheindorf durch sie (die Zeugin) und ihren Bruder kennen gelernt. Es sei dies derselbe Kaufmann Hildebrandt, der den Rheindorf mit Mellage bekannt gemacht habe.

Der folgende Zeuge ist der Pfarrer Rheindorf. Dieser vermag sich auf Einzelheiten nicht mehr genau zu erinnern. Präf.: Es kommt uns hauptsächlich darauf an, ob Sie sich auf ein Gespräch erinnern, das Bruder Heinrich mit Ihnen und der Fiesel geführt hat. Danach soll Bruder Heinrich gesagt haben: Wer einmal in unseren Händen ist, da hat niemand mehr etwas zu sagen. Hier hat weder der Generalvikar noch die Döcker etwas zu sagen, wir Brüder sind Klüger als die Döcker. Wer hier in Marienberg ist, der wird zahm gemacht, wer hier herauskommt, der ist zahm. — Zeuge: Diese Unterredung schwimmt mir so vor, es ist aber schon so lange her, daß ich mich auf alle Einzelheiten nicht mehr erinnern kann. Tagegen kann ich mich auf die Bemerkung des Zahnmachers noch ganz bestimmt erinnern. Diese Aeußerung ist bei mir haften geblieben, weil ich über dieselbe ganz frappirt war. — Nun, Bruder Heinrich, Sie hören, was der Herr Kaplan sagt. — Bruder Heinrich, ich kann nur wiederholen, daß ich das nicht gesagt habe. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Oster stellt aus seinem stenographischen Bericht fest, daß Rheindorf in dem Mellage-Prozeß von dem „Zahnmacher“ nichts gesagt habe. — Rheindorf: Ich bin doch der Meinung, daß ich in dem Mellage-Prozeß dasselbe bekundet habe. — Präf.: Ist Ihnen erinnerlich, was Bruder Heinrich bezüglich dieses Gesprächs im Mellage-Prozeß bekundet hat? — Rheindorf: Soweit ich mich erinnere, hat Bruder Heinrich alles verneint. — Der Zeuge bekundet im weiteren auf Befragen: Er habe nur brauführende Getränke zum Zwecke der Betäubung zu sich genommen, sobald er Schmerzen hatte. — Auf Befragen des Verth. A. G. Gammerebach bekundet der Zeuge: Er sei im Januar 1894 aus Marienberg herausgekommen. Er sei auf Befehl seiner bischöflichen Behörde nach Marienberg gekommen, sei, da er sich einen eintägigen Urlaub vom Erzbischof erwirkt hatte, zunächst nach Köln und alsdann nach Iserlohn gegangen. Dort sei er durch die Fiesel mit einem Kaufmann Hildebrandt bekannt geworden. Letzterer habe ihn mit Mellage bekannt gemacht. Mellage und Hildebrandt seien auf seine Veranlassung nach Köln gefahren, um feinetwegen bei der bischöflichen Behörde vorstellig zu werden. — Verth. A. G. Gammerebach: Haben Sie Herrn Mellage dafür honorirt? — Zeuge: Ich habe ihm die Hefelkosten bezahlt. — Verth.: Sie sollen ihm 80 Mark gegeben haben. — Zeuge: Soweit war es jedenfalls nicht. — Verth.: Wissen Sie noch, wie viel Sie Herrn Mellage gegeben haben? — Zeuge: Das weiß ich nicht mehr, 80 Mark waren es aber jedenfalls nicht.

Eine Reihe anderer Zeugen wissen über Rheindorf und die Fiesel nur ables zu bekunden. So Weber Dankler (Wiesbach): Weber Dankler (Wiesbach): Sowohl Rheindorf als auch die Fiesel haben über alle möglichen Leute geflucht. (So haben sie einmal auf eine Anna Pohl gesagt: Die hat ihre rotte Nase auch nicht von nichts. (Weiterkeit im Hörsaalraum.) Er habe den Rheindorf einmal an einem Ostermorgen auf der Straße vollständig betrunken gesehen, trotzdem habe er sich auf der Straße nach Bier gekauft. Am Ostermontag habe sich Rheindorf zwei Liter Korn bringen lassen mit dem Bemerkten, der sei für einen armen Kranken. (Weiterkeit im Hörsaalraum.) Eines Tages habe Rheindorf zu ihm gesagt: Ich habe meinen Haushalt abgekauft, wissen Sie nicht eine Stellung für die Fiesel? Als ich letzteres verneinte, sagte Rheindorf: Wenn ich in der Trunkenheit einmal zuviel reden sollte, dann geben Sie mir nur ein auf den Mund. Ich antwortete: Das werde ich nicht tun, da habe ich vor einem gefalteten Priester doch zu viel Hochachtung. Rheindorf erwiderte: Ich bin wohl auf dem Hintertopf gefalbt, nicht aber auf dem Vorderkopf. (Weiterkeit im Hörsaalraum.) — Sowohl dieser Zeuge als auch dessen Ehefrau bekunden: Der Verkehr zwischen Rheindorf und der Fiesel sei ihnen als sehr vertraulich vorgekommen. Viktor Neumann (Nachen): Die Fiesel habe ihm einmal gesagt: Rheindorf dürfe Besuche seiner Confratres in Mariaberg nicht mehr empfangen, da man befürchte, daß diese Schnaps einschmuggeln. Dies habe selbstverständlich die Geistlichen furchtbar geärgert, in welcher Folge diese den Rheindorf in Mariaberg nicht mehr besucht haben. Nachdem eine zeitlang zwecks Feststellung des Verhältnisses des Rheindorf zu der Fiesel die Dessenlichkeit ausgeschlossen worden, und zwei Klosterschwester gleichfalls noch allerhand schlimme Einzelheiten über die genannten Zeugen vorgebracht haben, wird die Verhandlung auf Donnerstag Vormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Ueber den Verlauf des Prozesses erhalten wir folgendes Telegramm aus Nachen:

Auf Antrag des Staatsanwalts und der Verteidiger verneint die Geschworenen die Schuldfrage. Bruder Heinrich wurde infolgedessen freigesprochen und sofort in Freiheit gesetzt. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Gerichts-Zeitung.

Das Schwurgericht des Landgerichts II verhandelt gestern gegen den 32-jährigen Strumpfwirker Karl Gringer, welcher der Nothzucht mit tödlichem Erfolge und des Diebstahls im wiederholten Rückfalle beschuldigt ist. Im Hause Sedanstr. 83 in Weißensee hatte die Schneiderin Amalie Legtmeier im zweiten Stock eine kleine Wohnung inne, die sie mit zwei Schlafzimmern, dem Angeklagten und dem Lackierer Dubrau theilte. Am Morgen des 10. April wollte der letztere seinen Koffer haben. Er klopfte gegen die Thür seiner Wirtin, ohne daß ihm geöffnet wurde. Da die Legtmeier sich auch während des vorhergegangenen Tages nicht hatte blicken lassen, schöpfte man Verdacht, daß ein Verbrechen begangen worden sei, die Hauswirthin und mehrere Nachbarn drangen durch ein nur angelehntes Fenster in die Schlafstube der Legtmeier und fanden dieselbe auf dem Fußboden als Leiche liegen. Sie war mittels einer Schürze erdrosselt worden. Ihre Kleider befanden sich in einem Zustande, der darauf schließen ließ, daß vor ihrem Tode noch ein anderes Verbrechen an ihr begangen worden war. Der Thäter konnte nur der Angeklagte Gringer sein, der sich seit dem Morgen des vorhergegangenen Tages in der Wohnung nicht hatte blicken lassen. Er hatte in der Stube seiner Wirtin mehrere Behälter erbrochen und verschiedene Gegenstände daraus mitgenommen. Die Legtmeier hatte immer Furcht vor dem unheimlichen, arbeitscheuen Gefellen gehabt, welcher bereits vielfach, zuletzt mit sieben Jahren Zuchthaus verurtheilt war. Gringer hatte sich stets in Geldverlegenheit befunden und war von der Legtmeier wiederholt gemahnt worden. Am 11. April, morgens gegen 6 Uhr, wurde in der Köpnick's Forst, nahe am Bahnhof Spindlersfeld, ein Mann gefunden, der zwei Schaufeln, eine in der rechten Schläge, eine in der linken Brustweite aufwies. Er wurde nach dem Köpnick's Krankenhaus gebracht, wo er sich anfangs als einen Drechsler Gschwin ausgab, dann aber bekannte, daß er der Strumpfwirker Gringer sei. Seine Wunden waren nicht lebensgefährlich. Er behauptete bei seiner polizeilichen Vernehmung, daß er mit der Legtmeier eine Liebschaft gehabt habe. Am 9. April habe er Häutlichkeiten versucht, sei aber zurückgewiesen worden. Aus Wuth hierüber und aus Aerger, daß sie Vergeltung seiner Schuld verlangte, habe er ihr die Kleider zerissen. Die Wuth habe ihm schließlich jede Herrschaft über sich geraubt, er habe sein Opfer erzwungen und sei davongegangen. Am Abend habe er sich in Berlin bewegt, sei bis zum Schluß in einer Konzerthalle gewesen und habe dann ein Nacht-Café in der Nähe des Oranienburger Thors besucht. Dann sei er nach der Köpnick's Forst gegangen und habe den Selbstmordversuch begangen.

Zur Verhandlung waren 16 Zeugen geladen. Der Angeklagte, ein vollkommen aussehender Mensch, ist von seiner Verwundung geheilt, er kann aber nur leise sprechen, sodas er während seiner Vernehmung vor den Richtern treten muß. Nach Verlesung des Anklagebuchs wurde die Dessenlichkeit ausgeschlossen, so daß wir uns darauf beschränken müssen, das Urtheil wiederzugeben.

Der Angeklagte war im vollen Umfange geständig, sodas die Beweisaufnahme sich auf die Vernehmung einiger Zeugen beschränken konnte. Nachdem die Geschworenen sämtliche Schuldfragen bejaht, beantragte der Staatsanwalt wegen des schwersten Verbrechens lebenslängliche und außerdem wegen schweren Diebstahls zehnjährige Zuchthausstrafe.

Das Urtheil lautete auf lebenslängliche Zuchthausstrafe und fünf Jahre Zuchthaus.

Kautionschwandelen in bedeutendem Umfange führten gestern den Restaurateur Otto Hirschleit vor die siebente Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte besah bis zum April d. J. eine Restauration in Schöneberg. Er gab es dann des schlechten Geschäftsganges wegen auf und richtete ein neues Geschäft im Hause Zimmerstr. 30 in Berlin ein. Eigene Mittel besah er nicht, die Einrichtung für das neue Geschäft wurde ihm von einer Brauerei geliefert. Um nun das Geld zum Ankauf der übrigen Einrichtungsgegenstände und der Waaren zu beschaffen, griff Hirschleit zum Betrugs. Innerhalb kurzer Zeit engagierte er eine ganze Anzahl Personen, denen er Kautionen in Höhe von 8-500 Mark abnahm. Sie sollten die verschiedensten Stellen besetzen, der Angeklagte nahm einen Buchhalter, einen Kassirer und zwei Wäffler an. Dem einen versaherte er als Sicherheit die der Brauerei gehörige Einrichtung. Sämtliche Personen sind um ihre Ersparnisse gekommen. Als von allen Seiten Anzeigen gegen den Angeklagten einliefen, wurde er verhaftet, bevor sein neues Restaurant eröffnet worden war. Der Kommissionsar Friedrich Fuchs wurde durch das Treiben des Angeklagten in Mitleidenschaft gezogen, er sollte sich in zwei Fällen der Beihilfe zum Betrugs dadurch schuldig gemacht haben, daß er dem Angeklagten Hirschleit zwei Stellenjuchende zuschickte. Gegen Fuchs ergab die Verhandlung so wenig Befastendes, daß sein Verteidiger, Rechtsanwalt Hanse, ausführte, daß die Anklage gegen Fuchs gar nicht erst hätte erhoben werden müssen, er beantragte nicht nur die Freisprechung desselben, sondern auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzulegen. Der Gerichtshof erkannte nach diesen Anträgen.

Hirschleit wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilt, wovon 3 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

Wegen fortgesetzter hergloser Mißhandlung ihres dreijährigen Stiefsohnes verurtheilte das Schöffengericht zu Rigdorf die verheiratete Maurer Bertha Auguste Wolde geb. Hein zu 1 Monat Gefängnis. Der mitangeklagte Ehemann wurde freigesprochen.

Die Denunziationsthat mancher Leute zeitigt wunderliche Blüthen, wie nachstehender Fall beweist. Vor dem Rigdorfer Schöffengericht hatte sich der Steinseherlehrling Hugo Bernhardt wegen Unterschlagung zu verantworten. Im Juli dieses Jahres besah sich der Angeklagte bei dem Steinsehermeister Hartwig in Berlin in der Lehre und hatte zum Ausweisen der Arbeiten vom Lehrmeister einen alten Füllstock, der nur etwa 25 Pf. kostete, geliehen erhalten. Bald darauf wurde Bernhardt von seinem Eltern zu einem anderen Lehrherrn gebracht, hatte aber vergessen, den Füllstock zurück zu geben und wurde daher von Hartwig mittels Postkarte daran gemahnt. Da Bernhardt jedoch die Wohnung des Hartwig nicht kannte, dieselbe auch auf der Postkarte nicht angegeben war, so suchte die Mutter des Lehrlings den Hartwig wiederholt auf der Arbeitsstelle, wo ihr Sohn gearbeitet hatte, konnte ihn jedoch nicht treffen und daher den Füllstock auch nicht abliefern. Hartwig hatte aber nichts Geligeres zu thun, als seinen ehemaligen Lehrling wegen Unterschlagung zu denunzieren. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten selbstverständlich frei, wobei der Vorliegende das Verfahren des Hartwig einer scharfen Kritik unterzog.

Vom Schwurgericht Darmstadt wurde in dem Prozeß gegen die Gräfin Waldeck die Schuldfrage auf wissenschaftliche Weise und die Hilfsfrage, ob sie sich bei der Aussage der Wahrheit eine strafrechtliche Verfolgung zuziehen konnte, bejaht. Das Urtheil lautete auf neun Monate Gefängnis.

„Railway Spine“ nennen die Engländer eine gewisse nervöse Krankheit, deren Erscheinungen sich vorzugsweise bei Lokomotivführern und anderen Angestellten im Eisenbahndienste zeigen sollen. Sie sollen auch den Lokomotivführer Wittig, der wegen Körperverletzung vor der 9. Strafkammer stand, ins Unglück gebracht haben. Wittig hatte eines Tages einen Zug auf den Anhalter Bahnhof zu leiten, er hatte auch das Vorfahrsignal und das Haltesignal wahrgenommen, fuhr aber trotzdem über den Haltespunkt hinaus und mit einer Lokomotive zusammen, von welcher infolge des Anpralles ein Arbeiter herabstürzte. Dieser hat sich eine sehr langsam heilende Schenkelverletzung an Stütze zugezogen. Der Angeklagte entschuldigte sein Verhalten wie folgt: Er habe allerdings das Haltesignal wahrgenommen, es sei aber plötzlich unmittelbar vor seiner Maschine ein Mensch über die Schienen gelaufen und er habe darüber einen solchen Schreck bekommen, daß er vollständig unfähig geworden sei, logisch zu denken und etwas zu thun. Der Eisenbahnarzt Dr. Jung gab zu, daß der nervöse Angeklagte durch einen plötzlichen Affekt in einen solchen Zustand gebracht werden konnte, wie er ihn beschrieb, bestritt aber, daß dabei eine die Strafe ausschließende Krankheit vorliege. Rechtsanwalt Dr. Löwy behauptete, daß hier Railway-Spine vorliege und beantragte, den Termin zu vertagen und die Herren Prof. Dr. Mendel und Dr. Lepmann als Sachverständige vorguladen. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage.

Soziale Rechtspflege.

Der Streik der Vergolder, dessen Vorgeschichte und bisheriger Verlauf unseren Lesern bekannt ist, beschäftigte gestern das Generatgericht in seiner Eigenschaft als Einigungsamt. Den Vorsitz führte wieder Magistrats-Rath Herr von Schulz. Nach 4 1/2 stündiger Verhandlung wurde folgender Spruch gefällt: „Die Forderung der Arbeitnehmer nach einem Minimallohn von 21 M. wird für unbegründet erklärt. Der Hauptgrund dafür ist, daß im allgemeinen die Festsetzung eines Minimallohnes gegen die Natur des Arbeitsvertrages verstößt. Der Arbeitsvertrag soll Gegenstand freier Uebereinstimmung sein. Die Festsetzung des Minimallohnes würde einen unzulässigen Zwang für die Arbeitgeber bedeuten. Dazu kommt, daß die Arbeitgeber dadurch schwer geschädigt würden und der Konkurrenz gegenüber geschwächt. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitgeber bei der Einführung eines Minimallohnes sich gerade der schwachen, Kranken und sonst wenig leistungsfähigen Arbeiter zu entledigen suchen würden.“ Auf Befragen erklärten die Vertreter der Fabrikanten, daß diese geneigt wären, wegen eventueller Verbesserung einzelner Akkordjahre mit ihren eigenen Arbeitern zu verhandeln, aber nie mit der Streikkommission.

Versammlungen.

Die Thätigkeit der Stadtverordneten im rothen Hause beendete Dr. Jadel in einer öffentlichen Versammlung vom 2. Oktober, die berufen war, die Aufstellung eines Kandidaten für den 17. Bezirk vorzunehmen. Die Diskussion, welche sich dem interessanten Vortrage anschloß, war von kurzer Dauer. Kaufmann Meyer verpflichtete dem Referenten bezüglich seiner Ausführungen über die mangelnde Fürsorge der städtischen Verwaltung für die Schulkinder vollkommen bei. Genosse Börner bezeichnete es als einen erheblichen Mißstand, daß in nichtöffentlichen Sitzungen über das Geld der Steuerzahler verfügt wird. In der Debatte betheiligten sich außerdem die Genossen Wagner, Tschernig und Lindemann. Als Kandidat der Sozialdemokratie für den 17. Bezirk wurde sodann Genosse Börner proklamirt. Das Wahlkomitee ist aus folgenden Genossen zusammengesetzt: Wartenberg, Herford, Ladowich, Korrans, Sp. Mahle, Schölkel, Schröder, Otto, Gernai und Sippel.

Eine große öffentliche Sattler-Versammlung, die am 2. Oktober in Cohn's großem Saal in der Beuthstraße stattfand, beschäftigte sich mit der Frage: Oben wir betreffs der deutschen Militärsattlerarbeit vor, und verlangen wir die Erbsfelder Preise? Hierzu schickte Kollege Börsch eine Klärstellung voran, in welcher er feststellte, daß die Berliner Fabrikanten 2 bis 3 Mark mehr für die Arbeit erhalten, wie die Ebersfeld-Barmer Fabrikanten, nichtdestoweniger aber bezahlen sie den hiesigen Arbeitern bis zu 50 pCt. weniger, wie die Kollegen in Ebersfeld und Barmer bekommen. Die Vertrauensleute der Berliner Sattler haben festgestellt, daß für dieselbe Arbeit, wofür in Ebersfeld und Barmer 7 M. gezahlt wird, die hiesige Firma Loh 4,48 M., Firma Dotti 4,61 M., Firma Wunderlich 4,77 M., Firma Schulz Nachfolger 4,26 M., Firma Ullan 4,20 M. zahlt. Die Differenz bei Patronenarbeiten zwischen dortigen und hiesigen Löhnen beträgt 5 bis 16 Pf. Daß die Ebersfeld-Barmer Fabrikanten die richtige Konsequenz hieraus als Unternehmer zu ziehen nicht unterlassen würden, war vorauszusetzen; sie machen Miene, die Preise zu reduzieren. Eine weitere Konsequenz wäre, daß die Arbeiter den Berliner Fabrikanten zu gunsten der billigeren Auftragempänger außerhalb entzogen würden. In anbetragt dieser Verhältnisse sind die Vertrauensmänner in geistiger Sitzung nach gewissenhafter Beratung sich dahin schlüssig geworden, der gegenwärtigen Versammlung folgende Resolution zu unterbreiten: Die heutige Versammlung beauftragt die Lohnkommission der Berliner Sattler, an die Militäresketten-Fabrikanten mit folgenden Forderungen betreffs der deutsche Militärsattlerarbeit heranzutreten: 1. So lange die gegenwärtige deutsche Militärsattlerarbeit dauert, ist die Theilarbeit abzuschaffen. Die Tornister, Patronenarbeiten u. s. w. sind nach der Art und Weise anzufertigen, wie in folgenden Forderungen festgesetzt ist: 2. Für deutsche Tornister sind 7 Mark zu zahlen; hierfür hat der Arbeiter folgendes anzufertigen (den Kasten erhält er mit dem Spannriemen bespannt): den Lederkloß einzunähen, Kissen anzufertigen

und einzunähen, die Scheuerleder am Rumpf anzunähen, den Rumpf zu überspannen und am Scheuerleder die zweite Naht zu nähen, das Kissen mit Vorderstück am Rumpf zu nähen; weiter ist der innere Beutel und die Klappe mit Strippe und Schnellklappe zu befestigen und einzunähen, danach das Pelztheil am Steeg einzunähen und den Steeg einzunähen, den Kasten einzustemmen, die 1) Kreuzer mit Schnellklappe und Strippen zu befestigen und einzunähen und die Schlingen scharf einzunähen. 3. Für Patronenarbeiten ist ohne Riemen 1,10 M. zu zahlen. Sämtliches Riemenzeug hierzu muß geklappt, gelocht und geschwarzet sein; außerdem müssen die Tragrippen und Schlaufen aufgenietet sein. 4. Für Leibriemen ist 10 Pf. zu zahlen. 5. Für Leibriemen-Schloß 5 Pf. 6. Für Säbeltaschen 10 Pf. 7. Für 1 paar Kochgeschirriemen 10 Pf. 8. Für Mantelriemen 10 Pf. 9. Für 1 paar Hilfsriemen 10 Pf. 10. Für 1 paar Tragriemen 30 Pf. 11. Das Riemenzeug von Nr. 4-11 ist aufgekloppt, gelocht, Kanten abgestreift u. s. w. zur Arbeit zu liefern. 12. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Ueberstunden dürfen nicht gemacht werden. 13. Dieser Arbeitsvertrag ist mit den Fabrikanten schriftlich abzuschließen und verpflichten sich dieselben, sämtliche, in diesem Vertrage enthaltenen Forderungen bis zur Beendigung der gegenwärtigen deutschen Militärsattlerarbeit innezuhalten.

Die Versammlung ersucht die Fabrikanten, bis spätestens den 7. d. M. der Lohnkommission Mittheilung über ihre Stellung hierzu zu geben zu lassen.

Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß die Lohnkommission ihre Vertretung gegenüber den Fabrikanten ist. Sollten die Fabrikanten die Lohnkommission nicht anerkennen wollen, oder nicht gewillt sein, die in dieser Resolution festgelegten Forderungen zu bewilligen, respektive mit der Lohnkommission betreffs Festsetzung der Preise bis zu oben festgesetztem Termin zu unterhandeln, so sind sämtliche Militäresketten-Arbeiter verpflichtet, die Arbeit einzustellen.

Die sich hieran anschließende recht rege Debatte drehte sich ausschließlich um den Schlußtheil der Resolution, zu welchem vom Kollegen Maurer ein anderer Schlußpassus formulirt war. Die Versammlung lehnte letzteren ab und stellte sich auf den Boden der vorliegenden Resolution der Vertrauensleute der Berliner Sattler. Der zweite Verhandlungspunkt mußte unerledigt bleiben, weil der Kollege Sassenbach noch nicht von seiner Informationsreise nach der Abreise zurückgekehrt war, um über die dortigen Verhältnisse zu diesem Punkte Bericht zu erstatten. Die Versammlung stimmte einstweilen einer von Maurer vorgeschlagenen Sympathie-Erklärung gegenüber den Ebersfeld-Barmer Kollegen zu. Die Innungspetition an die Kriegsministerien, die eine Gegenpetition gegen die seinerzeit von den Sattlern eingereichte Petition an sämtliche Kriegsministerien, um Befestigung der handindustriellen Herstellung der Militärlieferungen ist, rief eine ganz besondere Entrüstung der Versammlung hervor, die in folgender Resolution zum einstimmigen Ausdruck gebracht wurde:

Die Versammlung spricht ihre vollste Entrüstung aus über die Gegenpetition der Berliner Innung in Sachen unserer Petition an die Kriegsministerien um Befestigung der Handindustrie. Sie nimmt an, daß die Kriegsministerien den künftigen Besetzungen der Berliner Innung nicht Folge geben, dagegen die Wünsche der Sattlergehilfen Deutschlands zur Durchführung bringen werden.

Jum Schluß wurde über noch einige Gewerkschaftsfragen diskutiert, die zum theil noch eingehender Recherche bedürfen.

Nachbilder. Die Verlagbuchhandlung und Buchdruckerei C. Regenhardt verweist sich in einem an uns gerichteten Schreiben gegen die in dem Berichte über die Buchbinder-Versammlung in Nr. 228 erhobenen Anschuldigungen gegen ihre Firma.

Eingelaufene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat, Central-Organ des sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 3). Die Nr. 40 hat folgenden Inhalt:

Wochenchau. — Dr. G. David im Kampfe für das Agrarprogramm. (Schluß). — Die Arbeiterorganisation in den europäischen Ländern. — Das neueste Goldstück. — Die Befreiung des baltischen Bauernstandes. — Parteimeldungen. — Todtenliste. — Bericht des Parteivorstandes. — Versicherung und Sozialdemokratie. — Zur Lage der preussischen Komplexgehilfen. — Wie man uns behandelt. — Literatur.

Von der Wiener Wochenchrift „Die Zeit“ ist neben das 22. Heft erschienen. Aus dem Inhalt derselben haben wir hervor: Das Ende der Reichs-Kriegsbeschwerden in der Politik. Von Amicus. — Das Carl'sche Arbeiterparlament. Von G. Rind. — Der Herr der Kammer. Von Theodor Herzl. — Aus dem Goethe-Archiv. Von Professor Erich Schmidt. — Zur musikalischen Erziehung. Von Dr. Heinrich Schenker. — Die deutsche Material auf der westfälischen Ausstellung. Von Vittorio Vico. — Kommo. Von Hermann Behr. — Die Woche. — Wäcker. — Revue der Revuen. — Meine Hüttenwachen. Von Cla. Sanfton. — Inhalts-Verzeichniß zu Band III und IV.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. M. Dieck's Verlag) ist neben das 1. Heft des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Der Fall Kammesstein. — Dr. Engel's letzte Arbeit: Ergänzung und Nachtrag zum dritten Buch des „Kapital“. — Der bevorstehende Vertrag zu Breslau. Von A. Webel. — Seine an Marx. — Arbeiterklub und Bauernklub. Von Karl Kautsky. — Die Gemeindevorwahlen in Wien. Von Dr. M. Ullendorff. — Literarische Rundschau. — Notizen: Zeitung mittels Elektricität. Der Einfluß des Volumens eines Körpers auf die Schwingung seines Gewichtes. Gold- und Silberproduktion in den Vereinigten Staaten. — Feuilleton: Rindbrecht. Von Gise. Dönges.

Von der „Einigkeit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitelassen (Stuttgart, J. G. M. Dieck's Verlag) ist neben das Nr. 20 des 2. Jahrganges ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Zum Breslauer Vertrag. — Im Lager der Arbeiter. — Das Parlamentarismus und seine Töden. — Die Lage der Berliner Zeitungsverleger. — Von Gloufearbeiterinnen. — Eine Agitationstour in England. — Einen der Thätigkeit der weiblichen Fabrikarbeiterinnen in England. — Einen Vortrag zur Charakteristik der Lohnarbeit. — So lang' ich lebe und drüber hinaus (Gedicht). Von Ida Keger. — Feuilleton: Die schöne Seltsam. Literaturgeschichtliche Skizze von Max Frey. — Ar-Beitern-Verordnung. — Art. Nachrichten.

Die „Einigkeit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichs-Post-Regulirung für 1896 unter Nr. 2788) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 30 Pf.; unter Kreuzband 30 Pf. Inzeratenpreis die zwei gespaltene Zeilen 20 Pf.

„Soziale Praxis“, Centralblatt für Sozialpolitik“ enthält in ihrer neuesten Nummer 21 folgenden leitenden Aufsatz: Reichsbrief aus dem Gouvernement Charlott. Von Prof. Dr. G. Schulz-Gaevernis. — Aus dem Reichsbrief haben wir hervor: Abtlig und Bürgerliche unter den verschiedenen Verwaltungsbeamten. — Die Geschäftsführung im Staatsrat. — Reichsbrief. Von Gewerkschaftler Dr. G. Gartenstein. — Steuerverhältnisse. — Reichsbrief. — Statistik der Danneberger in Adelfen. Von Dr. E. Kretsch. — Lage der Epigenetiker im Erzgebirge. — Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Stadt Krotka. — Zunahme der industriellen Unfälle in Deutschland. — Arbeitsordnung der Arbeiter in Bern. — Zentralisation der Gewerkschaften in Australien. — Verband deutscher Post- und Telegraphen-Affilierten. — Fabrikinspektion in Schwarzburg-Rudolstadt. — Seminar für Versicherungswissenschaft in Göttingen. — Armenpflege-Reformen im Ausland. — Bericht zur Unternehmung durch Arbeit in Bern. — Neue Revue. Die Wochenchrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und öffentliches Leben „Neue Revue“ veröffentlicht in Heft Nr. 20 (VI. Jahrg.) vom 25. September 1896 folgende Aufsätze: F. A. Socioeconomic: Franz in und Ullrich. — J. Diner: Genatur im Straßensystem. — E. Gerstler: Richard Batunin und seine Schriften. — G. Schmidlung: Dichtung und Neupolitik. — M. Solina: Kleine Testamente. — Theater. — Miniaturbilder aus der Zeit.

Vermishtes.

Aus Paris wird berichtet: Durch den Zusammenstoß zweier Züge in dem Bahnhof von Longpre-lez-Corps-Saints bei Amiens wurden 20 Personen verletzt, davon 7 schwer. In Floß, Kreis Schmalkalden, sind fünfzig Häuser abgebrannt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag Mittwoh, Freitag und Sonnabend abends von 7-8 Uhr statt. Adl. S. Koloßky, Steinwegstr. 48, Berlin W.

Rothe H. Bedroht ist das Galtzen von Glückspielen auf einem öffentlichen Ort mit Haftstrafe, das gewerbmäßige Glückspiel mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und 6000 M. Geldstrafe

Sowie Ehrverlust, das Gefallen eines Glücksspiels durch den Inhaber eines öffentlichen Versammlungsorts und das Verheimlichen solcher Spiele mit Geldstrafe bis 1500 M. Glücksspiele sind alle solche, bei denen nach Ansicht des Gerichts Gewinn und Verlust allein oder doch in der Hauptsache vom Zufall abhängen. Das gewerbsmäßige Glücksspiel seitens eines Einzelstaats nicht als „gewerbsmäßiges Glücksspiel“ im obigen Sinne zu erachten ist, folgt aus Reichsgesetzen nicht, wird aber in Landesgesetzen und von der Rechtsprechung angenommen. — **Präsident 8.** Der noch nicht 25jährige Sohn bedarf der Einwilligung des Vaters zur Eheschließung. Ist der Vater und die Mutter verstorben, so ist für den Großjährigen die Einwilligung nicht mehr erforderlich. Ist der Vater verschollen oder sein Auf-

enthalt dauernd unbekannt, so liegt die Sache so, als ob er verstorben wäre. Der Betreffende soll also dem Standesbeamten möglichst schnell nachweisen, daß seine Mutter verstorben und sein Vater sich an einem dauernd unbekanntem Orte aufhält. — **M. 18.** Eine Blumenbinderin in einer Handlungsbücherei ist als gewerbliche Arbeiterin zu erachten; ihr steht mangels anderer Abrede 14tägige Kündigungsfrist zu. Die Kündigung kann jeden Tag unter Einhaltung der 14tägigen Kündigungsfrist ausgesprochen werden. — **B. S. 100.** Falls sie Erben sind: Ja. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **M. Rein. Goebel.** Verlangen Sie die ordnungsmäßige Herstellung der Wohnung unter Androhung eventueller Geltendmachung Ihres Rechts auf Schadensersatz und auf Rücktritt vom Vertrag. —

Briefkasten der Expedition.

Für die Familien der im Essener Meincidsprozeß Verurtheilten gingen ferner ein:
E. M. bei einer doppelten Gesellenfeier 1,30 M. Eine Rixdorfer Plätterin 1,50. **M. B.** in B. 5. — Klassenjustiz, Personal Buchdruckerei Mamroth 5,50. Amerikanische Auktion von der Delaturanstalt Lindenstraße 78 6,50. **S. B.** 10 10. — Noth's Hebeisen 3,20. Nothe, Weddingstr. 8 1,65. Bierüberkauf von den Steinmehlen, Play Himmel 15. — Sobau in Sachsen 14,20. Nothe Marie 2,05.
 Summa 65,90 M. Bereits quittirt 11 848,48 M.; in Summa 11 414,98 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 4. Oktober.
Spernhaus. (Kroll's Theater.)
 1. Symphonie. Abend der königl. Kapelle.
Schauspielhaus. 1812.
Deutsches Theater. Die Mütter.
Berliner Theater. Der Pfennig-reiter.
Festung-Theater. Madame Sans-Gêne.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Die Reise nach dem Mars.
Neues Theater. Francillon.
Schiller-Theater. Die Mäler.
Residenz-Theater. Der Rabenvater.
 Vorher: Aber die Ehe!
Adolph Ernst-Theater. Paradebummel.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Ein Kind der Liebe. Vorher: Wahn und Wahnwitz, oder: Sie ist wahnwitzig.
National-Theater. Die Räuber.
Theater Unter den Linden. Die Chansonnette. Purtschenliebe.
American-Theater. Bulgarien in Berlin. Die Millionenerbin von Rixdorf.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
 Freitag: Die Mäler.
 Sonnabend: Djab der Harr.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
 Direktion: Max Samst.
 Nur 2 Aufführungen:
 Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
 Gastspiel des Herrn Oskar Krüger vom Hoftheater zu Braunschweig.
Die Räuber.
 Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
 Regie: Max Samst.
 Karl Moor Herr Oskar Krüger a. G.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 32. Male:
Paradebummel.
 Besetzung der Hauptrollen:
 Anna Bäcker, Josefine Dora, Ida Schlüter, Adolph Ernst, Julius Eppen, Hugo Gabel, Richard Jürgas, Guido Tierscher, Karl Weiß, Georg Worlichsch.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Kein Aufgeld.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
 Novität! Zum 31. Male: Novität!
Eine tolle Nacht.
 Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Wilh. Mannstädt und Julius Freund.
 Musik von Julius Einödahofen.
 In Szene gesetzt v. Dir. Richard Schultz.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Zum 32. Male: Eine tolle Nacht.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112
 (nahe Potsdamer Brücke).
 Jeden Freitag und Montag:
Soiree der beliebtesten Stettiner Sänger
 (Meyer, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
 Anfang präc. 8 Uhr. Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Grossartiges Programm!
 Sonntag: Concerthaus Sanssouci.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater

25/26. Chausseest. 25/26.
 Vorletzte Woche
 des Gastspiels der Lilliputaner.
 Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Die Reise nach dem Mars.
 Sonnabend, 5. Oktober, nachm. 3 Uhr:
Grosse Kinder-Vorstellung.
 Zum 2. Male:
Schneewittchen und die sieben Zwerge.
 Sonntag, den 6. Oktober, nachm. 3 Uhr:
Die Reise nach dem Mars. — Kinder nachmittags halbe Preise.

Feen-Palast

Burg- u. Wolfgangstr.-Ecke.
 Direktion: Winkler u. Fröbel.
 Zum 1. Male in Berlin.
Die tollkühnen Kometen der Luft
 Liegendes Trapez.
Stephan u. Olivier
 Paradebummel
 Berliner Volkstypen dargestellt v. Wilh. Fröbel, sowie die mit unbeschreiblich Erfolg ausgenomm. **18 neuen Glanznummern.**
 Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
 Geöffnet von 5-10 Uhr.
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
 Näheres die Anschlagzettel.

Der größte Tip!!

war's, das
Mannweib
 zu engagiren.
 Mlle. Mary Arnotis
 Das schöne Modell
 1 Weib gegen 7 Männer
 jeden Abend 9 1/2 Uhr.
Kaufmann's Variété-Theater
 Königstrasse, Kolonnaden.
 Ferner 18 Capacitäten.

Passage-Panopticum.

42
Mädchen
 vom andern Ende der Welt (Samoa).

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
!Salambo?

Kaiser-Panorama

(Passage).
 Hochinteressant! Nord-Ostsee-Kanal. A. Reise 20 Pf. Kinder 10 Pf. Vereinstickets ermäßigte Preise.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
 Dresdenerstr. 62/63, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
 Vornehmster Familienaufenthalt!
Ganz neues Spezialitäten-Programm.
Wer ist der Vater?
 Posse von Anno. Musik von Grimm. Regie: E. Stempel.
 Anf. Wochent. 8, Sonntags 8 Uhr.
 Entree 10 Pf., 30 Pf.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Direktion: R. Winkler.

Voranzeige.

Circus Renz.

Bei meiner diesmaligen Wiederkehr ist es mir eine ganz besondere Ehrenpflicht, dem hochgeehrten Publikum der Haupt- und Residenzstadt Berlin meinen Dank und die traditionelle Anhänglichkeit meines Hauses zu betheuern, da es im Laufe dieser Saison fünfzig Jahre werden, daß der Circus Renz, von der Gunst und dem Wohlwollen Berlins getragen, seine Vorstellungen hier giebt. Daß nun diese freundliche Zuneigung, deren sich in erster Reihe mein seliger Vater siebenundvierzig Jahre hindurch zu erfreuen hatte, in den letzten Jahren in gleichem Maße auch auf mich übertragen wurde, zwingt mich zu noch größerer Dankesäußerung. Da ich diese nun nicht in einfache Worte kleiden will, habe ich keine Opfer gescheut, sie durch die That zu betätigen, indem ich außer der baulichen Verschönerung des Circus durch Anlage eines komfortablen Foyers und Festsaales auch die bedeutendsten Repräsentanten aller circensischen Künste, die nur heranzuziehen möglich waren, in meine Gesellschaft eingereicht habe, um damit eine fortlaufende Reihe abwechslungsreicher und künstlerisch gebiegender Vorstellungen zu schaffen. Ich gebe mich nunmehr der schmeichelhaften Hoffnung hin, mir mit dieser Form des Dankes auch das fernere Wohlwollen des hochgeehrten Publikums erringen und bewahren zu können und empfehle mich mit vorzüglichster Hochachtung ergebenst
Franz Renz, Direktor,
 Königl. Preuss. Kommissionsrath.

Nur noch kurze Zeit!

Circus Jansly-Leo.

Friedrich Karl-Ufer.
 Freitag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr:
Humoristische Vorstellung.
 Wer lachen will muss heute kommen!
 Ringkampf: Pohl-Fritz Eidinger, gen. der stärkste Schlosser Berlins, Präsident des Kraft- u. Athleten-Klubs „Birke“.
 Morgen: Vorstellung.

Rixdorf Ed. Wiersing's

Restaurant, Garten und Ball-Salon.
 Rnefebedstr. 77. Hermannstr. 57.
 Jeden Sonntag im Garten:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
 Im neu renovirten Saale von 4 Uhr ab: Großer öffentlicher Ball. 2 verdeckte Regalbahnen. Kaffeeläche stets geöffnet.
 Meine Lokalitäten stehen den Vereinen zu Versammlungen, Festlichkeiten und bei Leihzügen zur Verfügung.

Fritz Wilke,

Andreasstr. 26, [3307L.*
 (nahe Schles. Bahnhof) empfiehlt sein
Restaurant,
 sowie Saal für 200 Personen, Vereinszimmer, Regalbahnen und
Fremden-Logis.
 Telephon: Amt VII, Nr. 3459.

Englischer Garten

Alexanderstr. 27c.
 Besondere Umstände halber ist ein Saal für 200 Personen zur Maskenballzeit unentgeltlich zu vergeben. [3306L.*

Jeden Sonnabend: Gänse-Aus-

spielen bei Boelz, Breslauerstr. 9. [3496

Schwarze Stahlfedern,

weiße echte lange, besondere Spezialität, sowie koul. Köpfe, Reiber, Phantasties, Stäbe, Blumen, Berlin zc. die Hälfte billiger als überall. Puhlfedern-Fabrik B. Venigo, Neu-Cölln 23, I. bei der Waisenbrücke. Eben daselbst Waschfedern inkl. Krausen 25 Pf., nur Krausen 10 Pf. 33832*

Mein flottgebendes Kartoffel- und

Geringsgehalt ist sofort umfände halber zu verk. Paulstr. 18. 555b

Butter! Butter!

kauft man Weberstr. 16.

Zur Aufführung

der „Doreley“ am 7. Dezember im Prater, werden noch einige tüchtige 1. Tendre und 2. Basse gesucht. Uebungsstunde Sonntag, den 6. Oktober, nachmittags von 2-4 Uhr, Belfortersstraße 15. 65/16

Zur Mitteilung, daß ich Beustel-

straße 88 ein Zigarrengeschäft eröffnet habe und bitte um gütigen Zuspruch. Paul Drucker, Zigarrenm.

Achtung!

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtöbten unsonst Gudel, Lauffer Platz 2. Gfasserstraße 12.
 Vereinszimmer, auch zur Zahlstelle, zu vergeben Marsflüßstr. 11, Nähe der Blumenstraße. **H. Scheip.** 82482*

Arbeitsanjüge

W. Pahr,
 Brunnenstr. 112.

Der treue Genosse

Moritz Boas
 ist am 3. Oktober, abends 7 Uhr, am Herzschlag plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. Oktober, von der Leichenhalle des Israelitischen Kirchhofes in Weissensee aus um 12 Uhr statt. 6606

Achtung! Achtung!

Genossen vom Wedding u. d. Oranienburg. Vorstadt!
 Laut Beschluß der Volksversammlung vom 29. Dezember, sowie Beschluß der Zeitungskommission, Nr. 2 des „Vorwärts“, lokaler Theil 1. Spalte, empfehle ich mich zur pünktlichen Lieferung des „Vorwärts“, sowie sämtlicher Parteiliteratur. 83809
Karl Weisse,
 Zeitungspedition, Triftstr. 46a.

Kaufen Sie nicht

anderwärts, bevor Sie sich nicht überzeugt haben, dass bei mir die „billigste Bezugsquelle für Hüte“ ist, und nur streng reelle Waare bei reichhaltigster Auswahl geführt wird!
 Herrenhüte steif und weich 2,- 2,50 3,- 3,50
 do. in H. Haarhüte 4,- 5,50 6,- 7,-
 do. in Loden 1,25 1,50 1,75 2,- 2,50 3,-
 Kinderhüte 1,- 1,25 1,50 2,- 2,50
 Confrmandenhüte 1,- 1,50 1,75 2,- 2,50
 Cylindershüte 4,- 6,- 7,50 9,- 11,-
 im Fabrikkontroll bei **Oscar Arnold**
 am Oranienplatz
Dresdenerstr. 116 (kein Laden).
 Kontrollmarken-Hüte zu sehr billigen Preisen.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.



R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passender Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.
 In Fl. Mk. 0,60. 1,10. & 1,80.
 Im Ansehanke und in Flaschen überall zu haben.

R. Buske (seefeld)

früher Kaiser Wilhelmstraße 18 M, 2. Eing. Grenadierstraße 33. Grosse u. kl. Säle, mehrere Vereinszimmer, Kegelbahnen, Billard. [33212*
 Die Beleidigung gegen Franz Donath nehme ich hiermit zurück. 553b
L. Nitzsche, Friedrichsbergerstr. 3.

Rechts-Bureau

von **S. Münzer**, Oranienstr. 171, empfiehlt sich zur Anfertigung von Gesuchen, Klagen etc. billigst.

Möbel-Kaufgelegenheit.

Zum Umzug passende Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wirtshäuser, Pensionate zc. In meinem entzückten größten Möbelpelzer, Neue Königstraße 69, I., sollen sofort circa 500 Wohnungseinrichtungen, vertheilt gemessene und neue, nur gebliebene Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrath vertheilt gemessener Möbel, welche noch fast neu sind, und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große Gelegenheitskäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich, schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 90, 150, 200 M. zu liefern, ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500-1000 M., also billiger als jede Concurrenz und billiger als in jedem Ausverkaufsgeschäft wegen Umzugs, Hausabtrieb zc. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung, ohne Vorkaufszahlung. Kleiderständer 12 Mark, Kommoden 6, Küchenspend 12, Stühle 3 Mark. Neue Ausbaum-Kleiderständer und Verticows 20 M., Muschelständer und Verticows 25 M., Verticows mit Watragen und Kleiderständer 18 M., Sophas 18, Säulen-Kleiderständer, hochlegant 50 Mark. Truemeier mit Säulen und Architravglas 60, Cylinderschrank, Herrenschreibische, Damenschreibische, Schreibsecretaire 30 M., Waschkamituren 40 und 100 M., Pianinos, Pianocorpos 75 Mark. Wäderschrank, Antikschrank mit Spiegelthüren, Friseurstühlen, Toiletten, Salonarrangaturen, Portieren, Stoppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 M. Empfehle allen Herrschaften, vor Ankauf von Möbeln mein entzücktes größtes und billigstes Möbellager zu besichtigen und von den stannend billigen, aber selten Zappreisen zu überzeugen. Nur Ueberzeugung macht wahr das Ansehen kostet nichts. Gefauste Möbel können 3 Monate kostenfrei auf meinem Aufwahrungsplatz lagern, werden durch eigene Werkspanne transportirt und aufgestellt auch nach außerhalb.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Parquetbodenleger!
 Die Kollegen der Firma **Rosenfeld & Cie.** haben wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. Bezug auch nach dem Neubau **Schulhaus in Wilmersdorf** ist strengstens fernzuhalten. 76/17*
 Die Werkstatt-Kontrollkommission d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.

Harmonika

Klavaturmacher finden dauernde Beschäftigung bei **Piotechmann**, Brunnenstr. 25. M.
 Tüchtigen Schriftmaler verlangen **Erbe u. Co.**, Drißen-Wer 32.
 Vollene Genden- Arbeiterin verl. **Königstr. 49, v. 1 Tr.** 557b
 Eineleiser verlangt Filzschuh-Fabrik **Barnimsstr. 22.** 555b

Marmorschleifer

per sofort gesucht **Greifswalderstr. 37, Jaeger.** 6

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Der Klassenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen, der durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugt und unablässig gesteigert wird, führt auch im deutschen Reichstag zu stets schärferen Konflikten. Die bestehende herrschende Klasse will die Besitzlosen politisch rechtlos machen, um gefügige Arbeiter zu erhalten, die mit dem niedrigsten Lohn wie der höchsten Steuerbelastung zufrieden sein müssen, und besonders die einflussreichsten der Besitzenden, Großgrundbesitzer und Großindustrielle, waren abermals bemüht, die Gesetzgebung zu Gunsten der profitierhaltenden Kreise auszubehüten.

Auch in der vergangenen Session wollten Reich und Großkapitalisten der arbeitenden Bevölkerung neue Steuerlasten auferlegen, und um unsere Opposition mundtot zu machen, ihr gefegmäßiges Vordringen in den Parlamenten des Reichs wie der Bundesstaaten zu verhindern, wählte und hegte die kapitalistische Presse nach dem Attentat des Anarchisten Cafiero in Frankreich, um neue Ausnahmsgesetze gegen uns, die wir die schärfsten Gegner des Anarchismus und der „Propaganda der That“ sind, zu erreichen. Anscheinend nicht vergeblich! Zwar fürzte Graf Caprivi durch die Intrigen der Junker, deren patriotische Gefühle er auf das tiefste durch die Handelsverträge gekränkt hatte — 150 M. Zollerniederigung für den Doppelzentrner Roggen! —, aber sein Nachfolger, Fürst Hohenlohe, der aus dem Lande der Diktatur kam, übernahm gern keine Hinterlassenschaft: die Umsturzvorlage. Als der deutsche Kaiser am 8. September 1894 in Königsberg dem Adel zugewandt hatte: „Nur zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes!“ erklärten die Junker anfänglich, besonders in der „Kreuz-Zeitung“, in welcher der jetzt abgeworfene Epheu Wilhelm von Hammerstein den „Eichenstamm des preussischen Königtums“ schmiedete und schlichtete, daß sie nur für entsprechende Bezahlung durch agrarische Anwendungen diesem Aufse leisten könnten, doch bald übernahmen sie gemeinsam mit den Großindustriellen (Freikonservativen und Nationalliberalen) die Führung im Kampfe gegen uns.

Die Eröffnung des Reichstags, die am 28. Oktober auf den 14. November 1894 festgesetzt war, wurde durch den Sturz Caprivi's verzögert; eine neue Verordnung des Kaisers mit der Gegenzeichnung des Fürsten Hohenlohe berief das Parlament auf den 5. Dezember.

Die Thronrede verkündete als vornehmste Aufgabe des Staates, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen, und illustrierte diesen Voratz durch den Wunsch nach einer „Ergänzung des gemeinen Rechts zum Schutze der Staatsordnung“ und die „Erschließung neuer Steuerquellen“.

Der Kampf gegen uns begann mit einer Reihe von Zwischenfällen, welche scharf und klar die ganze Situation kennzeichneten.

Die Schlüsselsteinlegung zum neuen Geschäftshause des Reichstags hatte am 5. Dezember unter militärischem Prunk stattgefunden, die Reichstags-Abgeordneten waren dabei durch einen Streich von den Mitgliedern des Hofes getrennt. Selbstverständlich hatte sich unsere Fraktion an dieser militärisch-dynastischen Feier nicht beteiligt, und sie wollte auch, wie stets, dem Beginn der ersten Sitzung im neuen Hause am 8. Dezember fernbleiben, da diese der Präsident mit einem Hoch auf den Kaiser zu eröffnen pflegt. Durch Zufall waren jedoch einige unserer Abgeordneten im Sitzungssaal, ehe das Hurrahrufen vorüber war und blieben während desselben sitzen. Nun konnten unsere Gegner ihrem angeblichen Patriotismus, d. h. ihrem Haß gegen die Vertreter der Klassenbewußten Arbeiter Lust machen. Der Präsident v. Leoehow erklärte, daß das Sizenbleiben „nicht der Sitte deutscher Männer, nicht der Gewohnheit des Hauses entspräche und die Gefühle der Mitglieder beleidige; er bedauere, daß er kein Mittel habe, um ein derartiges Verfahren zu rügen“.

Die von unserer Seite erfolgte energische Gegenklärung steigerte die angeblich patriotische Entrüstung. Daß der Gewissenszwang, der gegen uns ausgeübt wird, wenn wir beim Kaiserhof ausziehen sollen, moralisch verwerflich ist, daraus nehmen unsere für „Religion und Sitte“ kämpfenden Gegner keine Rücksicht. Schon in der nächsten Sitzung (11. Dezember) wurde von der Staatsanwaltschaft beim Königl. Landgericht I Berlin die strafrechtliche Verfolgung des Reichstags-Abgeordneten Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung beantragt. Der Antrag wurde der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen; die überwiegende Mehrheit derselben erteilte die Genehmigung zu dieser Strafverfolgung nicht, „weil sie der Ansicht war, daß das Sizenbleiben als eine Äußerung in Ausübung des Berufs“ auf Grund des Artikel 30 der Reichsverfassung straflos bleiben müsse; die Immunität des Hauses sei zu wahren, die Disziplin gegenüber den Mitgliedern dem Reichstage zu überlassen“.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe erklärte demgegenüber, daß die Hilfe der Gerichte in Anspruch genommen werden müsse. Unsere Redner gipfelten die Heuchelei, mit der gerade von Konservativen und nationalliberaler Seite die Königsstrene als Tugendmantel für selbstsüchtige Zwecke benützt werde, während z. B. die Köln. Ztg. noch 1893 eingeschlagen: „Wir müssen es als das größte Verdienst des Fürsten Bismarck ansehen, daß er, der große Staatsmann, uns Idealrepublikaner zu Verunftmonarchisten gemacht hat.“ Uebrigens sei es durchaus nicht das erste Mal, daß die Opposition sich bei einem Hoch auf den König oder Kaiser nicht erhebe; im preussischen Abgeordnetenhause hätten bürgerliche Oppositionelle wie Ultramontane in dieser Weise demonstriert, im Reichstage in früheren Jahren wiederholt sozialdemokratische Abgeordnete, ohne daß es je der Regierung eingefallen wäre, strafrechtliche Verfolgung zu

verlangen oder sich „über die verletzte Würde des Reichstags“ zu entrüsten. In namentlicher Abstimmung wurde mit 168 gegen 58 Stimmen beschlossen, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung Liebknecht's nicht zu erteilen; dagegen wurde eine nationalliberale Resolution angenommen, die Disziplinargewalt des Reichstags und des Präsidenten gegen die Mitglieder während der Ausübung ihres Berufs in angemessener Weise zu verstärken. Die Geschäftsordnungs-Kommission lehnte alle Vorschläge auf Verschärfung der Präsidialbefugnisse ab und berichtete dementsprechend an den Reichstag. Bei der Verathung im Plenum beantragten nun Zentrum, Nationalliberale, Freikonservative und Konervative, die Disziplinargewalt des Reichstags dahin zu erweitern, daß er, falls ein Mitglied die Ordnung gröblich verlegt, dieses von der Sitzung ausschließen kann. Der Präsident v. Leoehow erklärte, daß er sein Amt niederlegen würde, wenn der Antrag keine Annahmefände. Der Antrag wurde angenommen und damit wieder ein Stück Volksrecht — die Redefreiheit im Reichstage — der Reaktion preisgegeben. Eine strafrechtliche Verfolgung Liebknecht's nach Schluß der Session, wie sie von konservativen und nationalliberalen Blättern verlangt wurde, erfolgte aber nicht; die Regierung hatte an den im Laufe der Session erteilten Niederlagen vorläufig genug.

Ein zweiter Zwischenfall trat ein, als wir den Antrag stellten, das Strafverfahren gegen einen unserer Fraktionsgenossen während der Sessiondauer einzustellen. Diesem Antrage, dem sonst von allen Parteien ohne jede Debatte bei jeder politischen Anklage Folge gegeben wurde, widersprachen diesmal die Konservativen, weil es sich um eine Majestätsbeleidigung handelte. Der freikonservative Herr von Stumm benützte die Gelegenheit, um zu bedauern, daß wir im Reichstage als eine gleichberechtigte politische Partei behandelt würden; außerhalb desselben seien wir das selbstverständlich für ihn nicht.

Der Antrag der Konservativen wurde abgelehnt, das Vorspiel hatte aber geoffenbart, wie unsere Gegner gar nicht den Augenblick erwarten konnten, wo sie uns außerhalb des bestehenden Reichs brächten.

Dies zeigte sich auch noch in derselben Sitzung bei der Schriftführerwahl. Unsere Fraktion hatte beschlossen, diesmal von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch zu machen, und ein Fraktionsmitglied zum Schriftführer vorzuschlagen. Es war bisher im Reichstage üblich, die 8 Schriftführer je nach der Stärke der Fraktionen zu wählen; von 823 Wählenden erhielt jedoch das von uns vorgeschlagene Fraktionsmitglied nur 68 Stimmen, weil die Fraktion auf private Anfrage hatte erklären lassen, ihr Vertreter werde sich nicht an der hößlichen Repräsentation beteiligen, zu der auch weder Verfassung noch Geschäftsordnung verpflichten. — Aus diesem Grunde verzichteten wir auch auf die zweite Vizepräsidenten-Stelle, als das bisherige Reichstags-Präsidium umstürzte. Am 23. März 1895 ersuchte der Präsident von Leoehow den Reichstag um die Ermächtigung, zum bevorstehenden achtzigsten Geburtstag Bismarck's diesem „den Geburtstagswünsch des Reichstags ausdrücken zu dürfen“. Unsere Fraktion gab folgende Erklärung ab:

„Die durch den Fürsten Bismarck zum ausschließlichen Vortheil der bestehenden Klasse verfolgte Zoll- und Steuerpolitik hat schwere Schädigungen über das deutsche Volk gebracht und in ihren unheilvollen Wirkungen der Arbeiterklasse die nothwendigsten Lebensmittel vertheuert. Fürst Bismarck hat stets nur die Politik der Sonderinteressen und der nationalen und internationalen Gegensätzlichkeit betrieben; er hat seine Gegner, insbesondere die sozialdemokratische Partei, bis zur Achtung mit Ausnahmegeetzen verfolgt und vergewaltigt. Er besitzt daher keinen Anspruch auf den Dank und die Anerkennung des gerade von ihm so oft mit Hohn behandelten Reichstags. Als Vertreter der stärksten politischen Partei Deutschlands lehnen wir den Vorschlag des Herrn Präsidenten ab.“

Die Rechte machte während und nach dieser Erklärung einen patriotischen Entrüstungslärm, der um so lächerlicher war, als damals — und mehr noch jetzt — bekannt war, wie gerade die um Stöcker und Hammerstein am Sturze Bismarck's gearbeitet hatten.

Auch Zentrum, freisinnige und süddeutsche Volkspartei, Polen und Welfen erklärten sich gegen den Wunsch des Präsidenten, dessen Antrag mit 163 gegen 146 Stimmen abgelehnt wurde. Daran legte Präsident v. Leoehow das Präsidium nieder, der nationalliberale Vizepräsident folgte ihm. Der Vizepräsident Freiherr v. Buol-Berenberg, Mitglied des Zentrums, führte die Geschäfte weiter; er wurde aber nur mit 183 Stimmen zum Präsidenten gewählt; 105 Gegner von der Rechten gaben weiße Zettel ab. Vizepräsidenten wurden noch ein Zentrumsabgeordneter und ein Freisinniger.

Da der Kaiser über den Beschluß des Reichstages vom 23. März ein Entrüstungs-Telegramm an Bismarck sendete, brachte unsere Fraktion einen Antrag ein, den wir mit Fortlassung des eine Kritik jener Kundgebung enthaltenen Satzes nachstehend folgen lassen.

Antrag.

Der Reichstag wolle beschließen: Mit Bezug auf das Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck vom 23. d. M., in welchem über einen Beschluß des Reichstags die „tiefste Entrüstung“ ausgesprochen und behauptet wird, daß der Reichstag „in vollstem Gegensatz zu den Befehlen aller deutschen Fürsten und ihrer Völker steht“, zu erklären:

Die angeführte Meinungsäußerung des Kaisers ist nach den begleitenden Umständen ein politischer Akt. Eine öffentliche Zensur legaler Beschlüsse des Reichstages —

Die verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit des Reichsoberhauptes, sowie die seitliche Gesplogtheit des Reichstages, die Person des Kaisers nicht der Kritik zu unterziehen, haben zur Voraussetzung, daß das Reichsoberhaupt seinen Einfluß auf die Reichsangelegenheiten ausschließlich durch den verantwortlichen Reichskanzler ausübt.

Die Vertretung der Gefühle und Bestrebungen des deutschen Volkes ist Aufgabe des Reichstages, der niemandem verantwortlich ist als dem Volke.

Hierauf erhielt die Fraktion folgenden Präsidialschreiben:

Der angeführte Antrag steht in keiner Beziehung zu irgend einem Titel der Ausgabe und Einnahme des Reichstags auf das Etatsjahr 1895/96 und müßte schon aus diesem Grunde zurückgewiesen werden.

Die in demselben angezogene telegraphische Mittheilung Sr. Majestät des deutschen Kaisers an den Fürsten v. Bismarck ist von dem Herrn Reichskanzler nicht kontrahirt und unterliegt deshalb als eine in die Außenwelt getretene Kundgebung Sr. Majestät des Kaisers keineswegs der Beschlußfassung des Reichstages.

Es wird deshalb abgelehnt, den Antrag dem Reichstage zu unterbreiten.

Der Präsident des Reichstages, gez. R. Frhr. v. Buol.

Alle diese Zwischenfälle zeigten die Gegensätze zwischen unseren Anschauungen und denen der herrschenden Klasse; bei der Verathung der Gesetzentwürfe und Anträge kamen dieselben noch schärfer zum Ausdruck.

Die Verathungen begannen mit der Diskussion des Reichshaushalts-Etats für 1895/96. Derselbe wies zwar gegen 1894/95 eine Minderforderung von 88 Millionen Mark auf, die aber nicht durch Verminderung der fortbauenden Ausgaben verursacht wurde — diese wiesen im Gegentheil eine Steigerung von 23 Millionen Mark auf —, sondern dadurch, daß an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats 84 Millionen Mark weniger angelegt waren, da die Ratenzahlung für Erbauung des Reichstags-Gebäudes und Nordostsee-Kanals wie für Vermehrung der Artillerie und Ausbau der Festungen und der strategischen Bahnlänge nach Saargemünd weggelassen. Der Etat wurde, nachdem 14 Millionen Mark von der Regierungsforderung gestrichen waren, mit 1 233 547 979 M. festgelegt, davon 1106 Millionen Mark fortbauender, 84,3 Millionen Mark ordentliche einmalige und 46,4 Millionen Mark außerordentliche einmalige Ausgaben. Dazu kam noch der Haushaltsetat für die Schutzgebiete mit 8 989 140 M., davon 5,8 Millionen Mark für die ostafrikanischen, 1,7 Millionen Mark für die südwestafrikanischen, 1,2 Millionen Mark für Kamerun und 265 000 Mark für Logo. Ferner kamen hinzu: a) ein I. Nachtrag zum Reichs-Haushaltsetat mit 1,7 Mill. Mark zur Deckung der Unkosten für die Feierlichkeiten bei Eröffnung des Nordostsee-Kanals; die Ausgaben werden durch entsprechende Erhöhung der Matrikularbeiträge gedeckt; b) ein II. Nachtrag zum Reichs-Haushaltsetat mit 4 Millionen Mark für Zuschüsse der Verwaltung des Reichsheeres und Befoldung der Beamten des Nordostsee-Kanals; c) ein Nachtrag zum Etat der Schutzgebiete mit 70 000 M. Insgesamt sind demnach gefordert worden:

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes Reichs-Haushaltsetat 1 239 250 441 M. and Schutzgebiete 9 059 140 M. Summa 1 248 309 581 M.

Unsere Fraktion hat, getreu ihren alten Grundsätzen, dem herrschenden System, insbesondere dem Militarismus jegliche Mittel zu verweigern und keinem Etat zugestimmen, dessen Einnahmen hauptsächlich auf indirekten Steuern beruhen, welche die ärmere Bevölkerung am allerhöchsten belasten, keinen Mann und keinen Groschen bewilligt.

Wie sich die Reichsausgaben vertheilen, zeigt folgende Uebersicht:

Table with 4 columns: Category, Ordentlicher Etat, Fortlaufende, Einmalige. Lists items like Bundesrath, Reichstag, Reichskanzler, etc. with corresponding amounts.

Summa: 1 239 250 441 M.

Die Einnahmen des Reiches wurden im Etat und den Nachtragsetats für 1895/96 wie folgt veranschlagt:

Table with 2 columns: Category, Amount. Lists items like Zölle und Verbrauchssteuern, Reichsstempelabgaben, Post- und Telegraphenverwaltung, etc.

Summa 1 239 250 441 M.

Zu den vorstehenden Summen ist zu bemerken: Wie bei Erörterung der Finanzreform näher auseinandergelegt ist, entsprechen die Matrikularbeiträge den aus den Einnahmen der Zölle und Verbrauchssteuern an die Bundesstaaten gezahlten Ueberweisungen, welche unter den fortlaufenden Ausgaben des Reichshaushalts in Anrechnung gebracht sind. Soweit die Matrikularbeiträge durch die Ueberweisungen ausgeglichen werden — nach diesem Etatanschlag sind letztere um 22 Millionen Mark niedriger als früher — stellen die Matrikularbeiträge keine wirkliche, sondern nur eine rechnerische Einnahme dar, da ihnen eine entsprechende Ausgabe im Ausgaben-Etat gegenübersteht, und zwar im Etat für 1895/96 373,6 Millionen Mark Ueberweisungen gegenüber 396 Millionen Mark Matrikularbeiträgen. Von letzteren sind also nur 22,2 Millionen Mark wirklich neue Einnahmen, so daß diese im Ganzen nicht 1 239,25 Millionen Mark betragen, sondern nur 865,5 Millionen Mark.

Von diesen kommen 682 Millionen Mark aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Reichsstempelabgaben, das heißt: Vier Fünftel der Einnahmen werden durch indirekte Besteuerung aufgebracht und fallen insolge dessen am schwersten der ärmeren Bevölkerung zur Last; eine Arbeiterfamilie wird mit 8—10 pCt. ihres Einkommens durch die indirekten Steuern getroffen, eine Familie des Mittelstands mit 5—6 pCt., die reichste Schicht mit 1—3 pCt.

Die Reichseinnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern für 1895/96 wurden im einzelnen wie folgt veranschlagt:

Bötte	548 572 000 M.
Zuckersteuer	11 831 000 "
Zuckersteuer	80 000 000 "
Salzsteuer	43 657 000 "
Branntweinsteuer:	
a) Branntweinsteu- und Branntweinmaterialsteuer	18 820 000 "
b) Verbrauchs-Abgabe und Zuschlag zu derselben	98 957 000 "
Branntwein- und Uebergangsabgabe an Bier	25 603 000 "
Auerja für Bölle und Verbrauchssteuern	68 420 "

Summa 627 003 420 M.

Durch die Tabaksteuer wird jedes Kilogramm inländischen Tabaks mit 44 Pf. belastet, jedes Kilogramm Zucker mit 18 Pf., jedes Kilogramm Salz mit 12 Pf., jeder Liter 100 grädiger Spiritus mit 85 Pf., mithin jeder Liter Branntwein mit ca. 28 Pf. (bis 1887 nur 5 Pf.), jeder Liter Bier im norddeutschen Brauereigebiet mit 0,8 Pf.

Die Bölle hatten nach Begründung des Reichs 1871 eine Brutto-Einnahme von 95,8 Mill. M. ergeben, durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung 2 M. 45 Pf., 1894 ergaben sie 364,4 Mill. M. und 7 M. 13 Pf. auf den Kopf! — 1894/95 lieferten die größten Zeleinnahmen die Einfuhr von Getreide (nebst Hülsenfrüchten und Malz) mit 99,6 Mill. M. (3 M. 50 Pf. pro Hektoliter Roggen und Weizen, 2 M. 80 Pf. pro Hektoliter Hafer und Malz, 2 M. pro Hektoliter Gerste und Hülsenfrüchte); die Einfuhr von Petroleum brachte 54 Mill. M. (6 Pf. pro Liter), die von Kaffee 49 Mill. M. (40 Pf. pro Kilogramm), von Tabak 44,5 Mill. M. (85 Pf. pro Kilogramm), Wein 15,5 Mill. M., Schmalz 7,9 Mill. M. (10 Pf. pro Kilogramm), Geringe, gefaselt, 4 Mill. M. (je nach der Größe 1/2—1 Pf. das Stück), Reis 4 Mill. M. (4 Pf. pro Kilogramm), Gewürze 3,7 Mill. M. (50 Pf. pro Kilogramm), Tee 2,8 Mill. M. (100 Pf. pro Kilogramm), Eier 2 Mill. M. (8 Pf. pro Kilogramm — zicko 20 Stück), Käse 1,6 Mill. M. (20 Pf. pro Kilogramm), Butter 1,2 Mill. M. (20 Pf. pro Kilogramm).

Die Steigerung der Bölle steht mit der des Militarismus in engem Zusammenhange. Seit Begründung des Reichs veranlaßte das Wachstum der Friedenspräsenzstärke folgende Steigerung der Ausgaben (in Millionen Mark):

Jahr	Mann	Laufende Ausgaben				Einnahme	Summa	Mehrgaben
		Armee	Marine	Pension	Summa			
1872	359 000	250	12	47	309	244	553	
1875	401 859	319	18	49	386	108	564	
1881	427 274	344	27	49	420	65	485	
1887	468 419	359	39	52	450	182	632	
1890	486 983	400	41	63	504	350	654	
1893	570 577	450	48	68	566	227	793	

Seit 18. Januar 1872 bis zum 1. April 1896 (die letzten Jahre nach den Voranschlägen der Etats berechnet) betragen die Gesamtausgaben für Meer, Flotte und Pensionen zusammen 13 967 Mill. M. und zwar laufende Ausgaben für die Armee 5597, Marine 759, Pensionen 1821, zusammen 10 677 Mill. M., und einmalige Ausgaben 3290 Mill. M.

Dazu kommt noch die Verzinsung der Reichsschuld, welche seit 1876/77 bis 1895/96 an 699,5 Mill. M. gekostet hat und zum größeren Teil für Zwecke des Militarismus verwendet wurde.

Diese Ziffern beweisen, daß unsere Fraktion im Interesse des Volkes handelte, wenn sie, wie es von je geschah, den gesamteten Stat ablehnte.

An den einzelnen Forderungen desselben übte die Fraktion wie in den Vorjahren eingehende und scharfe Kritik und vertat die Forderungen der beschlossenen Klasse. Daß es uns in diesem Reichstage nicht möglich ist, Beschlüsse zu deren Gunsten zu erwirken, ergibt sich schon allein aus dem Verhältniß der Parteien. Von den 397 Sitzen des Reichstages eroberten wir 1893 44, erhielten durch Nachwahlen 1894/95 zwei neue Sitze und verloren einen, so daß wir mit 45 Mandatanten eine leicht zu überstimmende Minorität bilden, da, sobald es sich um ernsthafte Reformen zu Gunsten der beschlossenen Klasse handelt, alle anderen Parteien stets gegen uns stimmen, bis auf wenige Ausnahmen, wo sie, um ihre Gegner in Verlegenheit zu bringen, sich aus Zweckmäßigkeitsgründen zu uns schlagen. Wir fanden daher wechselnde Parteigruppierungen gegenüber, die aber stark genug waren, um unsern Anträgen niederzustimmen: zu widerlegen vermochten sie unsere Kritik nicht.

Bei der ersten Lesung des Stats erklärte der Reichskanzler Fürst Dönhofsche, daß er kein Programm entwickeln werde, da ein Systemwechsel nicht eingetreten sei. Und unter dem Beifall der Unternehmertenparteien kennzeichnete er es als eine Aufgabe des neuesten Reiches, den Arbeiterschutz-Gesetzen eine Ergänzung zu geben, bei welcher der Gesichtspunkt der Schonung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie im eigenen Interesse der Arbeiter nicht außer acht gelassen werden darf.

Unser Statredner nagelte fest, daß die Sozialreform, die 1890 mit so großem Pomp angekündigt wurde, nach den wenigen ungenügenden Gesetzen, die sie zeitig, völlig eingefloren ist, ja, wie die Durchföherung der Sonntagsruhe beweist, wurde sie bereits rückwärts revidiert. In ihrem eigenen Interesse fordern die Arbeiter Ausdehnung des gesetzlichen Schutzes, nur im Interesse des Unternehmertums werde er ihnen verweigert. Und um die Arbeiter am Ausdruck ihrer Unzufriedenheit zu verhindern, soll ihnen ein Knobel in den Mund gestopft werden. Es ist eine mehrfache Praxis, daß man den Sozialismus mit dem Anarchismus zusammenwirft, die sich in der Taktik wie im Ziel grade entgegengesetzt sind. — Unserm zweiten Fraktionsredner, der die Angriffe der Gegner auf diese Rede widerlegen wollte, schnitt die Majorität das Wort ab, indem sie die Diskussion schloß.

In den vielen und langen Kommissionsberathungen des Stats suchten die Vertreter unserer Fraktion nach Möglichkeit Abhilfe der obwaltenden Mißstände zu schaffen; bei der zweiten und dritten Lesung des Stats im Plenum nahm ein großer Theil der Fraktion daran theil. Hier ist ja die oft einzige Möglichkeit gegeben, an den dem Reich unterstehenden Verwaltungen, dem Militarismus und dem Besteuerungssystem eine gekührende scharfe Kritik zu üben, und so die einzige Stätte, an der im Deutschen Reich noch eine gewisse Redefreiheit herrscht, zur Gerichtshalle zu machen, wo die arbeitende und beschlossene Klasse ihr Urtheil spricht über die Opfer, die Staat und Gesellschaft ihr auferlegen. Die sozialdemokratische Partei hat sich dabei mit gleicher Fürsorge aller Schichten der beschlossenen Klasse angenommen, ohne Rücksicht darauf, ob diese sich bereits der Sozialdemokratie angeschlossen haben oder ihr noch gleichgültig gegenüberstehen, oder sie, wie es bei vielen Kategorien der Subalternbeamten noch der Fall ist, aufs heftigste bekämpfen. Wir hielten nicht um Stimmen, sondern wollten das Recht.

Beim Stat des Reichstags trat unser Fraktionsredner dafür ein, daß die Hilfskassen der Reichstages längere Arbeitszeit (anstatt der oft 14—15stündigen), bessere Vergütung, Krankengelder und Pension erhalten. Ferner machte er auf den

standalösen Zustand aufmerksam, daß die Keller in den Restaurationen des Reichstages keinen Lohn erhalten, sondern auf die Trinkgelber der Abgeordneten angewiesen sind, obwohl der Wirth keine Pacht zahlt und Heizung, Licht, Einrichtung und Reinigung der Räume auf Reichskosten geliefert werden. — Weiden Nebelständen ist übrigens bis jetzt noch nicht abgeholfen.

Beim Stat für den Reichskanzler fragte unser Mitglied der Kommission für Arbeiterstatistik an, ob denn die Reichsregierung nicht endlich, entsprechend dem dritten Absatz des § 120b der Gewerbe-Ordnung, der seit 1. April 1892 geltendes Recht ist, die übermäßige, gesundheitschädigende Dauer der täglichen Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien einschränken will. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat die grauenvollen Zustände im Bäckereigewerbe klargelegt und empfohlen, die Arbeitszeit auf 12 Stunden einzuschränken, mindestens 8 stündige Ruhe und 16 stündige Sonntagsruhe zu gewähren, und für die Gehilfen verlangt, daß sie im ersten Jahre 2 Stunden, im zweiten 1 Stunde weniger als die Gesellen arbeiten. Minister v. Bötticher wies den Vorwurf unseres Redners, die Arbeiten der Kommission würden in den Papierkorb wandern, mit Entrüstung zurück; der § 120b der Gewerbe-Ordnung sei nicht begraben, die Entscheidung werde demnächst getroffen. Thatsächlich ist jedoch bis jetzt von seiten des Bundesrats keine Bestimmung zum Schutz der Bäckerei-Arbeiter getroffen worden, vielmehr offiziell gegenüber dem Rufsturm der in ihrem Ausbeutungsrecht Beschränkung fürchtenden Meister erklärt worden, sie sollten sich beruhigen, es werde ihnen nichts geschehen.

Der Stat des Landwirtschaftlichen Amtes in Verbindung mit dem des Handels der Schutzgebiete veranlaßte unsere Fraktion wieder in energischer Weise gegen die Vergewandlung von Staatsgelbern Front zu machen, die durch die von Bismarck eingetragene Kolonialpolitik jedes Jahr in steigendem Maße verursacht wird. Der Lugs überseeischer Abenteuer, der Millionen verschlingt, zu einer Zeit, wo das Volk durch Steuern aller Art schon für den europäischen Militarismus erdrückt wird, kommt nur einigen Großhändlern und Großkaufleuten zu gute, nicht der Gesamtheit, zumal unsere Kolonien, an und für sich fast wertlos, durch eine ungeschickte, und, wie im Falle West, Wehlan, die Eingeborenen brutalliehende Verwaltung nicht vorwärts, sondern rückwärts sich entwickeln. Selbstverständlich lehnten wir jede Geldbewilligung auch für den Haushalt der Schutzgebiete und einen späteren Nachtragset ab.

Beim Stat des Reichsamts des Innern kritisierten wir, so wie in jedem Jahre, die Berichte der deutschen Gewerbe-Zuspektoren und die in der Produktion herrschenden, zu immer weiterer Vereinerung der Arbeiter führenden Zustände. Die Verbindung der Kesselfeuer mit der Fabrikinspektion, wie sie nach schlechtem sächsischem Beispiel seit 1899 in Preußen eingeführt wurde, läßt die ohnehin nicht genügende Leistungsfähigkeit der Aufsichtsbeamten und bringt es dahin, daß dieselben noch weniger Betriebe revidieren können als sonst, sobald das bishere Arbeitsschutz, das durch die Gewerbe-Ordnung versprochen wurde, auf dem Papier stehen bleibt. Dabei müssen die Arbeiter, die dem Fabrikinspektor Mittheilungen machen, Entlassung aus der Fabrik fürchten, und wenn ein Fabrikinspektor sich, wie es allein zweckmäßig ist, mit den Gewerkschaften und Fachvereinen in Verbindung setzt, treten ihm die Unternehmer feindselig entgegen. Wir forderten: Vermehrung der Zahl der Zuspektoren, Entlassung derselben von der Kesselfeuerung, Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, Hinzuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen zum Inspektorat, Ausdehnung desselben und des Arbeiterschutzes auf Flößerei und Schifffahrt, Handwerk und Hausindustrie, Einföherung der Arbeitsämter und Arbeitskammern, wie sie unser Gegenwärtiger von 1890 vorschlug. Die Unzulänglichkeit mancher Berichte wurde eingehend nachgewiesen und Abhilfe verlangt. Die Regierung gab keine Antwort; an eine Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Gewerbeinspektion denkt sie ja nicht.

Beim Stat der Behörden für die Untersuchung von See-Unfällen kam der Untergang der Elbe, bei dem hunderte von Menschen zu Grunde gingen, abermals zur Sprache, nachdem bereits einige Tage vorher eine konservativ, offenbar mit der Regierung verabredete Interpellation, betreffend die Verhütung des Verlustes von Menschenleben bei Seegefahr, der Regierung Gelegenheit gegeben hatte, in das Loblied des Abgeordneten und Redners Jepsen auf die deutsche Schiffsbereit einzustimmen, die ohne die Verhütung und Schuttsachen, welche ihr eine Reichsaufsicht schaffen würde, ihre volle Schuldbiligkeit theilte. — Wir verlangten Reichskontrolle des Schiffsbauens und Schutts der Seeleute durch eine Seemanns-Ordnung, wie wir eine solche schon 1892/93 vollständig vorgelegt hatten. Der Minister erklärte, daß eine Revision der Seemannsordnung durch die Regierungen berathen werde.

Zum Stat des Reichs-Versicherungsamtes hatte unsere Fraktion die Resolution gestellt:

Den § 157 des Gesetzes betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung dahin abzuändern, daß jeder Versicherte, der das 70. Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrente erhält, und die §§ 9 Abs. 3 und 156 dahin abgeändert werden, daß diejenigen Versicherten, die infolge ihres geistigen oder körperlichen Zustandes nicht mehr im Stande sind, sich in ihrem Berufe die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahres-Arbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidenrente erhalten.

Unser Redner wies nach, wie die Verwaltungskosten sehr hohe seien, dagegen die Zahl der Invalidenrentner weit hinter dem Voranschlag zurückbliebe und daher die Zahl der Rentenempfänger im Sinne unserer Enträge vermehrt werden müsse. Ein anderer Fraktionsredner wies auf das schleppende Verfahren vor den Schiedsgerichten der Berufsgenossenschaften und deren für die Arbeiter ungünstige Entscheidungen hin und fragte, wo denn die vom Minister seit 1890 ausdrücklich versprochene Knegehaltung des Unfallversicherungsgesetzes bliebe; noch im vergangenen Jahre habe der Minister uns veranlaßt, die von uns gestellten Anträge zurückzugeben, und jetzt heute man uns anstatt des versprochenen Arbeiterschutzes den Arbeitertum. In eingehender Weise zeigte ein anderer Fraktionsredner an einer Fülle von Beispielen, wie die Schiedsgerichte oft die einseitigen Interessen der Berufsgenossenschaften wahrnehmen und 49 pCt. aller Ansprüche der Schiedsgerichte vom Reichs-Versicherungsamt zu Gunsten der Arbeiter umgeändert werden müßten. Wir verlangten Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, Verschmelzung der ganzen Arbeiter-Versicherung für Krankheit, Invalidität und Alter in eine einzige centralisirte Versicherung, mit gerechter Vertheilung der Steuern, Extrazuschlägen für besondere Gefahrenklassen, und Handhabung durch ein selbständiges Reichsarbeitsamt unter Hinzuziehung der Versicherten zur Verwaltung. Noch von zwei anderen Rednern unserer Fraktion wurden bei diesem für die Arbeiterschaft so wichtigen Punkte berechtigte Beschwerden vorgebracht: Verweigerungen der Renten und Unterzahlungen, die von Arbeitgebern an Krankenkassengeldern verübt werden. Minister v. Bötticher wehrte sich lebhaft gegen den weit verbreiteten Jerthum, als ob die Gesetzgebung aus dem Gebiet der Arbeiterversicherung ins Stagniren gerathen sei, erklärte, daß dieselbe sehr verheerungsbedürftig ist, gab aber zu, daß die Entwürfe, die von der Regierung gemacht wurden, wegen der laut gewordenen Bedenken, besonders gegen die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk, zurückgezogen

seien; im nächsten Jahre werden dem Reichstage neue Vorschläge gemacht werden. Nachdem noch besonders die Nationalliberalen die Unfall-Berufsgenossenschaften und den Opfermuth der Unternehmer hochgepriesen hatten, wurde auf Antrag des Zentrums unsere Resolution abgelehnt und nur das Gesuchen ausgesprochen, die Vorlage der in Aussicht gestellten Novelle zur Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes möglichst zu beschleunigen.

Beim Marine-Stat geißelte ein Fraktionsredner, daß auf den kaiserlichen Werften, anstatt die Arbeitszeit zu verkürzen, 500—600 Arbeiter im Frühjahr entlassen wurden. Gegen die geforderten 7 Millionen Mark erster Rate für den Bau neuer Kreuzer stimmten wir wie gegen den gesamteten Marine-Stat.

Zum Militär-Stat hatte unsere Fraktion folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Umwandlung der Wehrordnung angebahnt wird.“

Unser Fraktionsredner hatte die Berechtigung unseres Antrages durch Hinweis auf das Milizheer der Schweiz bewiesen und dargelegt, daß erst durch ein Milizheer ein wirkliches Volk in Waffen entstehe, das sich aber auch nie zu einem Angriffskriege, nie gegen das Volk gebrauchen lassen werde, und Soldatenmishandlungen unmöglich mache. „Der größte Theil aller Mishandlungen entsteht durch die Ungleichheit der Leute in bezug auf die einfachen Körperübungen, die jedem geläufig sind, der von Jugend auf das Turnen gelernt hat.“ Unser zweiter Fraktionsredner wies auf die in unserer Parteipresse zuerst in die Öffentlichkeit gebrachten Erlasse von 1878, 1879 und 1890 hin, die sich gegen die Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter in Militärwerkstätten richten; damit werde nur Erbitterung und Geuchlei erzeugt, die Bestimmung der Arbeiter aber nicht geändert. Die Militärverwaltung habe aber sogar, wie ein Vertrag von 1891 zeige, von Lieferanten verlangt, daß diese keine sozialdemokratischen Arbeiter beschäftigen oder dieselben sofort entlassen sollen.

Der Kriegsminister erklärte, die Lieferanten der Militärarbeiten können Arbeiter einstellen, welche sie wollen; an dem Erlaß, der sich gegen die Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter in Militärwerkstätten richtet, müsse er festhalten und „sogar in Erwägung nehmen, ob es nicht notwendig ist, in diesen Erlaß noch andere Arbeiterkategorien (Bureau-Arbeiter) mit einzubeziehen“. Die von unserm Redner gebührend beleuchteten Mängel in der Armee suchte er zu verteidigen. Das Vorgehen gegen verschiedene unserer Parteigenossen in der Armee (Wendlandt, Dr. Dirschfeld) fand er in den militärischen Einrichtungen begründet, und auch die anderen Parteien hatten nichts dagegen einzuwenden. Eine große Anzahl von Soldatenmishandlungen, die von unserm Redner wie in jedem Jahre gerügt wurden, veranlaßten unsere abermalige Forderung, daß die seit 25 Jahren vom Reichstage verlangte Militär-Strasprozedur endlich vorgelegt werde. Auch die massenhafte Verwendung von Soldaten bei Erntearbeiten wurde gerügt; der Kriegsminister mußte zugeben, daß allein in Preußen an 3331 Landwirths 12 054 Mann auf durchschnittlich je 7 Tage abgeden wurden. Abhilfe wurde nicht versprochen.

Beim Stat des Reichsjustizamtes wurde wie im vorhergehenden Jahre das Vorgehen sächsischer Justizbehörden gegenüber unserer Partei gekennzeichnet. Damals erklärte der Staatssekretär Niederding, daß die Verbreitung von Wahlschriften und Druckschriften deshalb noch nicht unzulässig ist, weil der Verbreiter sie offensichtlich trägt, oder daß er sie jedermann, ohne Rücksicht auf politische oder religiöse Anschauung anbietet. 14 Tage nach dieser Erklärung hat das Schöffengericht zu Chemnitz und später das Landesgericht und Ober-Landesgericht solche Flugblattvertheiler wegen groben Unfugs verurtheilt. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes erwiderte auf unsere Beschwerden — nichts und die Praxis des „groben Unfugs“ greift immer weiter um sich.

Beim Stat der Reichsschuld forderten wir, daß die 450 Millionen mit 4 pCt. und die 778 Millionen Mark mit 3 1/2 pCt. verzinste Reichsschulden in Anleihen umgewandelt würden, welche entsprechend dem allgemein gesunkenen Zinsfuß nur 3 pCt. Zinsen zu zahlen haben, wodurch eine Zinsersparnis von 8 Millionen Mark entstehe. Auch die Einzelstaaten könnten dann die 4 prozentigen Anleihen konvertiren, was bei Preußen, Bayern, Baden, Württemberg und Hessen, die zusammen 5583 Millionen Mark 4 prozentige Schuldverschreibungen ausgegeben haben, bei Konvertirung auf 3 prozentige eine jährliche Ersparnis von 55 Millionen Mark ergeben würde. Dem widersprachen der Abgeordnete Rintelen (Zentrum) im Interesse der Kirchen und Stiftungen, deren Einkommen durch die Konvertirung verringert werde, und der konservativ Abgeordnete von Frege vom agrarischen Standpunkte aus; der Staatssekretär des Reichsjustizamtes erklärte, Deutschland werde noch öfter borgen, wie es schon so oft gethan, und wenn es seine Anleihen konvertire, keine Geldgeber mehr finden.

Beim Stat des Reichs-Eisenbahnamtes brachte ein Redner der Fraktion u. a. die überlange Arbeitszeit und ungenügende Bezahlung der Unterbeamten zur Sprache, worauf der Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes erklärte, daß er seit mehreren Jahren in dieser Beziehung keine einzige Beschwerde bekommen habe, folglich alles befriedigend sei, — eine Schlussfolgerung, die außer Acht läßt, daß die Furcht vor Entlassung oder Zurücksetzung im Anancement die Beamten wie die Arbeiter — leider nicht ohne Grund — am Vorbringen von Beschwerden hindert.

Beim Post-Stat geißelte unser Redner das System der sozialen Politik in der Postverwaltung, das jetzt wie früher seine Ersparnisse auf Kosten der Tagelöhner und Subalternbeamten mache, so z. B. die Zahl der geringer bezahlten Assistenten gegenüber den etatsmäßigen Stellen nicht in genügender Weise vermindere, so daß ein Drittel der Unterbeamten und zwei Fünftel der Landbriefträger nicht etatsmäßig angestellt sind. Posthilfsboten müssen erklären, daß, falls sie vor Selangung einer gesicherten Lebensstellung heirathen und infolge dessen in Noth gerathen, sie auf Hilfe aus der Post-Unterstützungskasse verzichten werden; dabei kommt der Posthilfsbote in „gesicherte“, d. h. unklübbare Stellung erst nach 24jähriger Dienstzeit. Auch die hohen Zinsen, welche die Post-Spar- und Vorschußvereine nehmen, die lange, für die Briefträger oft 15—14stündige Arbeitszeit, das Strafgeburwesen, der Mangel an Pensionsberechtigung für Postilione und die ungenügende Besoldung aller unteren Beamtenstufen wurde unter Verdringung unabweislichen Materials gerügt. Ferner forderten wir, daß für Hilfsleistungen bei der Post, besonders zu Weihnachten und Neujahr, nicht Soldaten, sondern heillosen Zivilpersonen zugezogen würden; die Postverwaltung gab aber keine zusage Antwort. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist in Privat wie in Staatsbetrieben nur auf die Erzeugung von Profit, von Nebenwerth, bedacht und läßt sich nur nothgedrungen darin fähren, wenn die politisch-soziale Macht der Arbeiter dazu zwingt. Auch die Postangestellten werden nur dann bessere Zustände erringen, wenn die Sozialdemokratie mächtig genug geworden ist, um für die gesamte Arbeiterklasse Fortschritte zu erkämpfen. Daß aber unsere offene und scharfe Kritik schon jetzt nicht einflößt, ist zeigten verschiedene Maßnahmen, die auf Anregung derselben gerade bei der Postverwaltung getroffen wurden. Und wenn nun endlich nach jahrelangem Andrängen der Reichstag beschloß, daß die Dienstrufen des Postwesens bei den Postbeamten einzuföhren, so ist das mit in erster Linie dem jahrelangen Rufsturm unserer Fraktion zu verdanken.

Beim Stat der Bölle und Verbrauchsabgaben beantragte die Fraktion, das Verbrauchs-

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Sonntag, den 6. Oktober 1895, abends 6 Uhr,
bei Zubeil, Lindenstraße 106:
Versammlung.
Vortrag des Genossen **Waldeck Manasse: Krieg dem Kriege.** Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein.
Entree 10 Pfg. 289/7

Gleichzeitig die Mittheilung, daß in den Wintermonaten an jedem Sonntag in demselben Lokal derartige Versammlungen stattfinden. Da für lehrreiche Vorträge bestens vorgesorgt ist, wird um rege Theilnahme ersucht.

Zimmerer.
Sonntag, den 6. Oktober, vorm. 10^{1/2} Uhr, Annenstr. 16:
Versammlung
der Verbandes der Zimmerer Deutschlands und verw. Berufsgeu.
Zahlstelle Berlin.
Tagesordnung: 1. Welche Schlüsse ziehen wir aus der am 15. September stattgefundenen öffentlichen Zimmerer-Versammlung? 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 254/10
Das Erscheinen aller Mitglieder ist nothwendig. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Brande der Parquetbodenleger.
Versammlung
am Sonntag, den 6. Oktober 1895, vormittags 10 Uhr,
bei Schöning, Stallschreiberstraße 29.
Tagesordnung: Welche Stellung nehmen wir bei den uns bevorstehenden Lohnreduzierungen ein? 77/19
Es ist dringend Pflicht der Kollegen zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter und Tischler!
Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Cohn's Festsälen (großer Saal), Beuthstr. 20:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Der Streik der gesammten Arbeiter und Arbeiterinnen der Telephonbauanstalt von Welles, Engelufer 1a.
Zahlreiches Erscheinen nothwendig. 115/18
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Naether, N. Anklamerstr. 44.

Berein der Einseker (Tischler)
Berlins und Umgegend.
Ordentliche General-Versammlung
am Sonntag, 6. Oktober, vorm. 11 Uhr, bei Herrn Köllig, Neue Friedrichstr. 44.
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 3. Berichterstattung der Arbeitsvereins-Kommission. 4. Verschiedenes. 5. Fragekasten. 95/5
Es wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Verband der Bauarbeiter u. Berufsgen. Deutschl.
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 6. Oktober ex., vormittags 10^{1/2} Uhr,
bei S. Brüder, Waldemarstr. 75:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Unfallversicherungs-Gesetz und die Anwendung der Unfallverhütungs-Vorschriften in der Praxis. Referent: Genosse **A. Dähne.**
2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal 1895. 4. Verbandsangelegenheiten. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Zahlreiches Erscheinen wünscht. 32/5
Die Ortsverwaltung.

Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
am Sonntag, 6. Oktober, vorm. 10^{1/2} Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines 2. Kassiers. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Fortsetzung der Statutenberathung. 4. Verschiedenes und Fragekasten. 83/7
Der Vorstand.

Zentralverband deutscher Maurer
Zahlstelle Berlin I. (Poker).
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 7. Oktober, vorm. 11 Uhr, in Kohn's Festsälen, Beuthstr. 20.
Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Mitglieder zu unserer Lohnbewegung. 2. Tarifrevision. 3. Wahl eines Hilfskassiers für Moabit und die Zustände in der Zahlstelle bei Trill. 4. Wichtige Vereinsangelegenheiten. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet. 184/5
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Achtung! Arbeiter. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
der Putzer Berlins und Umgegend
am Montag, den 7. Oktober, abends 6 Uhr,
im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht. 2. Vorlage des revidirten Tarifs und Beschlußfassung über denselben. 3. Besprechung über weitere Maßnahmen in unserer Lohnbewegung. 181/16
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen bittet
Die Kommission.

Die Mitglieder der
Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen früher Meyer'sche Kasse
werden hierdurch zu der am Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppensstr. 28, stattfindenden öffentlichen
Mitglieder-Versammlung
eingeladen.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Dreizehner-Kommission über ihre Bemühungen zur Wieder-Einführung der freien Arztwahl. 2. Freie oder beschränkte Arztwahl. Referent: **Dr. Heymann.** 3. Diskussion. 4. Stellungnahme zu den bevorstehenden Delegirtenwahlen.
Wenn die Mitglieder nicht gewillt sind, sich wie im vorigen Jahre, abermals über's Ohr hauen zu lassen, dann ist es ihre Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
555/6
Im Auftrag der Kommission: Fr. Anna Jäger, Hermannstr. 85.

Steinarbeiter Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 6. Oktober, vorm. punkt 10 Uhr:
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung und Wahl des Vertrauensmanns und der Revisoren. 2. Die Stellen wir uns zur Auflösung der 10 Pf.-Kasse. 3. Der Steinbildhauer-Streit und die gemäßigten Steinmetzen. 172/8
Die Plagvertreter und Vertrauensleute werden ersucht, die statutarischen Fragebogen einzusammeln und in der Versammlung abzugeben.
172/8
Der Vertrauensmann.

Verein der Schäftebranche.
Sonntag, den 5. Oktober, abends 9 Uhr, **Versammlung.**
bei Wernau, Rosenthalerstraße 57:
T.O.: 1. Vortrag des Gen. Sassenbach über: Das Freimaurerthum. 173/7
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
NB. Die Bilets zu dem am 23. November stattfindenden Kränzchen werden ausgegeben.

Achtung! Stralau. Achtung!
Sonntag, den 6. Oktober 1895, nachmittags 1 Uhr:
Große öffentliche Volksversammlung
im Lokale des Herrn Schröder (Alte Taberne).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Volksschule. Referent: Genosse **Georg Wagner.** 2. Diskussion. 3. Bericht der Lokalkommission. 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. 222/15
Die Vertrauensperson.

Landsberger Allee 40-41. **Elysium** Landsberger Allee 40-41.
Sonntag, den 5. Oktober 1895:
Zehntes Stiftungsfest
der
Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen,
arrangirt von den Mitgliedern der Filiale **Berlin Ost,**
unter gütiger Mitwirkung der Arbeiter-Gesangsvereine: der Kupferschmiede, Ihu'scher Humor, Berliner Kärchner und Liedes-Lohs (sämmlich Mitglieder des Arbeiter-Gesangsbundes) unter Leitung des Dirigenten Herrn E. Bontnor.
Festrede, gehalten vom Stadtvorordneten **G. Tempel.**
Während der Kaffeepause: **Humoristische Vorträge.**
Anfang 8 Uhr. Bilets: Herren 50, Damen 25 Pf.
Arbeitslose Mitglieder erhalten freien Eintritt.
Um recht zahlreichen Besuch bittet **Die Ortsverwaltung.**
Bilets sind bei allen Vorstandsmitgliedern sowie in allen mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. 176/8

Echt Stonsdorfer Vikör,
à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M.
Echten alten Nordhäuser, à Liter 1,— M., 5 Liter 4,50 M.
Ingher, Getreidekümme, Wachholder, à 2 l M., 5 l 4,50 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M. 8104L*
Medicin, Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M.
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin
Eugen Neumann & Co.,
6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Hansa-Kaffee
Röstung nach Patent 71373.
Bestes Röstverfahren der Welt.

No. 1, allerfeinste Qualität in Kraft und Aroma	pr. Pfd.
" 2, hochfeine Qualität und aromatisch	Mk. 2,30
" 3, sehr kräftig, voller Geschmack	" 1,90
" 4, gut im Geschmack, angenehm	" 1,60

Die bedeutendsten Fachmänner und massgebendsten wissenschaftlichen Autoritäten, u. a. auch
Dr. Friedrich Elner, Leipzig
Dr. R. Kayser, Dortmund
Dr. R. Kayser, Nürnberg
Professor Dr. A. Stutzer, Bonn
Dr. H. Willemer, Landshut
haben die glänzendsten Gutachten über den
eminenten Fortschritt
gegeben, den das Röstverfahren — D. R. P. 71373 — durch die unverkennbare Geschmacksveredelung des Kaffees thatsächlich erreicht hat.
Für stets gleichmässige, der Beschreibung entsprechende Qualität bürgt die Controlle des Verbandes **Deutscher Kaffee-Importeure und Kaffee-Rösterei-Besitzer „Hansa“.**
Die Verkaufs-Stellen sind durch Plakate kenntlich.

Verband d. Sattler u. Tapeziree (Filiale Norden).
Versammlung
Sonntag, den 5. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr,
bei Meier, Müllerstraße 7.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bzgl über Berufskrankheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet. 157/2
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter und Tischler!
Sämmliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Telephon-Bauanstalt von Welles, Engelufer 7a, haben wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Zugug ist fernzuhalten. 111/5
Der Vorstand
des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Samariter-Kursus
für Arbeiter und Arbeiterinnen.
Montag, den 7. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20, 1:
Eröffnung des Winterkurses.
Vortrag des Herrn Dr. Christeller über den Körperbau des Menschen. Aufnahme neuer Mitglieder. Ausgabe der Bibliothek. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin hat einmaligen freien Zutritt, ohne irgend welche Verpflichtungen. Diese Lehr- und Übungsstunden finden alle 14 Tage des Monats abends statt.
NB. Dem Unterzeichneten sind beim letzten Ausflug am Sonntag, den 22. September, nachmittags zwischen 8 und 4 Uhr, von Station Landsberger Allee bis zur Straße nach Wilhelmberg folgende Bücher und Karten verloren gegangen: 1 Notizbuch aus rothem Leder, 1 Mitgliedsbuch, 1 Prüfungskarte des Lehrkurses, 1 Karte Arbeiter-Sanitätskommission u. s. w. Abzugeben in obiger Versammlung. 155/1
S. A.: **Gustav Dietrich,** Schöneberg, Bahnstraße Nr. 48.

Möbel-Gelegenheitskauf
Zum Umzug **Oranien-Strasse 75, Hof 1,** günstige Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem 8 Stagen großen Möbelspeicher, alles hell und überflüssig, kein Laden, sollen sofort ca. 300 neue ganze Wohnungs-Einrichtungen von 100—1000 Mark und darüber verkauft werden. Speziell empfehle ich die großen Borchs die verlichen gewesener zum Theil sehr wenig benutzter Möbel für jeden annehmbaren Preis. Theilhabung gestattet. Kleiderständer, Sopha 15 Mark, Kommode, Küchenspiegel, Waschtabelle 12 Mark, Stühle 3 Mark, Beistellen mit Federmatratze und Metallfüßen 15 Mark, elegante Kuchbaum-Kleiderständer und Waschebstände 30 Mark, Wuschelspindel 40 Mark, Säulen-Kleiderständer und Herzkonsol, hoch-elegant 40 Mark, Trumeau mit Stufe 55 Mark, Wäschegarnituren 60 und 100 Mark, Vaneelgarnituren, Ganzsopha 80 Mark, Wuschelgarnituren, Chaiselongue, Schloßsopha, Schreib-tische, Kouchentische, Buffets, Schreibstühle, Tische, Spiegel u., alles haumend billig, sowie fertig decorirte Salons, Speise- und Schlaf-stimmer. Beschäftigung erboten ohne Kaufzwang. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern und eigene Gespanne werden durch transportirt und aufgestellt. 3109 L*

Sophatoffe
Beste
in Agypt, Damask, Cröpr, Phantase, Gobelin und Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Läuferstoffe
Berlin S.,
Emil Lefevre, Oranienstraße 158.

Möbel,
gebrauchte und neue in größter Auswahl in **Hoppe's Möbelspeicher, Prenzlauerstr. 37,** am Alexanderpl. Plüschgarnituren, Kleiderständer, Waschebstände, Sophas, Marmortabletten u. Ein großer Vorrath gebrauchter Möbel spottbillig. Besonders für Zimmervermieter und Brautleute. 8238L*